

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Andreas Ludwig

Objektkultur und DDR-Gesellschaft

Aspekte einer Wahrnehmung des Alltags

Annette Kaminsky

„Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“

Konsumpolitik in der DDR

Jörg Roesler

Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR

1948–1989

Michael Rauhut

Rockmusik in der DDR

Politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen

B 28/99

9. Juli 1999

Andreas Ludwig, M. A., geb. 1954; Studium der Geschichte und Germanistik; Leiter des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt.

Veröffentlichungen u. a.: Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung im Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR „Tempolinsen und P2“, Berlin 1996; (zus. mit Gerd Kuhn) Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektkultur und ihre Musealisierung, Hamburg 1997; Menschenbilder: Der sozialistische Mensch. Zur Konstitution eines Idealtyps am Beispiel der frühen Jahre Eisenhüttenstadts, in: Rosmarie Beier (Hrsg.), aufbau west aufbau ost. Wolfsburg und Eisenhüttenstadt im Vergleich, Ostfildern 1997; Mitherausgeber der Zeitschrift „WerkstattGeschichte“.

Annette Kaminsky, Dr. phil., geb. 1962; Sozialwissenschaftlerin; Mitarbeiterin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin.

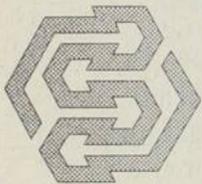
Veröffentlichungen u. a.: Kaufrausch, Berlin 1998; (Hrsg.) Heimkehr 1948, München 1998; Illustrierte Konsumgeschichte der DDR, Erfurt 1999.

Jörg Roesler, Dr. sc. oec., geb. 1940; Studium der Wirtschaftsgeschichte in Berlin; 1978–1991 Bereichsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR für die Wirtschaftsgeschichte der DDR und Osteuropas; Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Veröffentlichungen u. a.: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978; Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR, Freiburg/Br. – Berlin 1990; Inszenierung oder Selbstgestaltungswille. Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der fünfziger Jahre, Berlin 1994.

Michael Rauhut, Dr. phil., geb. 1963; Studium der Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Beat in der Grauzone, Berlin 1993; Schalmei und Lederjacke, Berlin 1996; Amiga. Die Diskographie der Rock- und Pop-Produktionen 1964–1990, Berlin 1999.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Objektkultur und DDR-Gesellschaft

Aspekte einer Wahrnehmung des Alltags

Glaubt man professionellen Beobachtern, die sich im Osten Deutschlands umtun, so läßt sich die DDR auch noch im Jahr zehn nach der „Wende“ erspüren, läßt sich aus Architektur, Gerüchen und Interieurs ein spezifisches DDR-Gefühl (wieder-) herstellen, das, je nach Lebensort, Fremdheit oder Wiedererkennen provoziert – so jedenfalls der Kommentar eines Kulturjournalisten aus Anlaß eines Berichtes über eine Ausstellung in Eisenhüttenstadt¹. Damit ist ein Spannungsverhältnis benannt, das die Jahre seit dem Ende der DDR gekennzeichnet hat und wohl auch noch künftig latent mitbestimmen wird: das zwischen Geschichte und gelebtem Leben, zwischen Historizität und Erfahrung.

In diesem kulturellen und zugleich eminent politischen Raum vollzieht sich die Erforschung der DDR auf breiter Basis und in außergewöhnlich starkem Maße unter Beobachtung der Öffentlichkeit. Bereits Ende 1993 ergab eine Übersicht mehr als 750 Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte²; ihre Zahl dürfte seitdem noch gestiegen sein, selbst wenn man von den zahlreichen Studien zur Transformation der ostdeutschen Gesellschaft hier einmal absieht. Der Deutsche Bundestag hat über zwei Legislaturperioden Enquete-Kommissionen eingerichtet³, die sich mit der Geschichte der DDR befaßten und die in der inzwischen erfolgten Gründung der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mündeten, auch, um eine Kontinuität in der Beschäftigung mit der Vergangenheit zu erreichen. Schließlich sei auf die Medien hingewiesen, die teils kontinuierlich, teils anlaßbezogen das Thema DDR darstellen. Im Fernsehen des

Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) wird täglich die „Aktuelle Kamera“, das Nachrichtenmagazin des DDR-Fernsehens, im Abstand von exakt zehn Jahren wiederholt, im Dritten Fernsehprogramm des Senders Freies Berlin laufen Wiederholungen der DDR-Krimiserie „Polizeiruf 110“, und aus Anlaß des 50. Jahrestages der beiden deutschen Staatsgründungen 1949 nimmt auch in den Printmedien die Zeitgeschichte der DDR eine prominente Stellung ein⁴.

Soviel Geschichte war nie, könnte anhand dieser Beobachtungen behauptet werden, wobei es sich lediglich um wenige Beispiele handelt, um die Spannweite der öffentlichen Aufmerksamkeit zu benennen. Dennoch weist die Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit Disproportionen auf, von denen zumindest zwei markante hier benannt werden sollen: Die erste betrifft die vorrangige Beschäftigung mit der DDR, deren Ende einen regelrechten Forschungsboom ausgelöst hat, der aber eine gleichrangige Beschäftigung mit der „alten“ Bundesrepublik zur Zeit nicht in gleichem Maße gegenüber zu stehen scheint; ob das diesjährige Jubiläum der Staatsgründung einen zumindest partiellen Ausgleich schaffen wird, bleibt abzuwarten. Die zweite Disproportion betrifft die Verteilung der Themenfelder bei der Beschäftigung mit der DDR. Es überwiegen bei weitem Themen der politischen Geschichte, während Fragen der Sozial- und der Alltagsgeschichte eher am Rande stehen⁵. So wird vor allem die Alltagsgeschichte in Übersichtsdarstellungen zur DDR-Geschichte entweder nur als kursorischer Appendix gefaßt⁶, oder sie fungiert als lebensweltlich bestimmte Kommentarschiene zu einer breiteren historischen Darstellung⁷, oder sie erscheint lediglich als Reaktion

1 Bernd Dreiocker in: Radio Kultur (SSB/ORB) vom 18. 5. 1999.

2 Vgl. Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, Mannheim 1994.

3 Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 18 Bde., Baden-Baden 1995; ders., Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Drs. 13/11000 vom 10. 6. 1998.

4 Vgl. Der Spiegel, Nr. 20 vom 17. 5. 1999; Die Zeit, Nr. 21 vom 20. 5. 1999; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 5. 1999.

5 Vgl. Bernd Faulenbach, Geteilte Vergangenheit – eine Geschichte? Eine Bestandsaufnahme, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 15–34.

6 U. a. in der Überblicksdarstellung von Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft, 1949–1990, München 1998, S. 565–587.

7 Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998.

auf die Zumutungen politischen Herrschaftsanspruchs⁸. Hinter dieser insgesamt kritischen Bilanz steht die Erwartung, daß gerade auch die Beschäftigung mit dem Alltag geeignet ist, die inneren Funktionsmechanismen einer Gesellschaft beschreiben zu können. Darum soll es im folgenden gehen.

Zunächst ist eine begriffliche Klärung angebracht, denn „Alltag“ ist eine äußerst diffuse Kategorie, die sich eher in Gegensätzen – das Alltägliche im Gegensatz zum Besonderen – als mit analytischen Kriterien fassen läßt. Was zunächst wie eine begriffliche „Verlegenheitslösung“⁹ aussieht, erweist sich als Gang in das „Landesinnere der Geschichte“, dessen Ziel die Erforschung der kulturellen Praxis der Subjekte ist¹⁰. Erfahrungen, Mentalitäten, Geschlechterverhältnisse, Widerständigkeit gegen Zumutungen, die dem eigenen Lebensentwurf entgegenstehen, Aushandeln von Machtverhältnissen im kleinen gehören deshalb zu den wichtigsten Themen der Alltagsgeschichte.

„Alltagskultur“ dagegen bezieht sich auf einen Teilaspekt des historischen Alltags: Gemeint sind hier die Gegenstände des Alltags, die materiellen Sachzeugen einer Kultur und einer Gesellschaft, wie sie alltäglich gebraucht, erkannt und gedeutet, und wie sie nachträglich in den Museen bewahrt werden. Gemeint ist also ein Aspekt von Kultur¹¹, nämlich ihre materiellen Spuren, die auf ihre Bedeutungen für Kultur und Gesellschaft hin befragt werden können¹²; eine Sachkultur der All-

tagsdinge, die „unter Einbezug der zugehörigen Handlungsfelder“ Aufschluß über gesellschaftliche Prozesse und alltägliche Praktiken geben können¹³.

Die Ästhetik des Alltags

Die Produktkultur der DDR ist aus der Öffentlichkeit beinahe vollständig verschwunden. Nur aufmerksame Beobachter registrieren „Straßenmöbel“ als öffentliche Gestaltung des Wohnumfeldes, finden an Brandmauern und auf Dächern letzte Überreste von Produktwerbung. Ihre Einbindung in ihre ursprüngliche Umgebung zu Zeiten der DDR ist kaum noch erkennbar und kann heute zumeist nur noch anhand von Fotografien rekonstruiert werden.

Mit der in der DDR vor allem seit den siebziger Jahren sehr entwickelten sozialdokumentarischen Fotografie verfügen wir über eine Quelle, die soziale Zustände präzise zu erfassen gesucht hat, teils im Auftrag von Organisationen, teils aus privater Neigung. Es muß an dieser Stelle offen bleiben, warum die beobachtende Fotografie gerade in der DDR, sehr viel weniger aber in der Bundesrepublik bedeutsam wurde¹⁴. Bedacht werden müssen die Entstehungskontexte schon im Sinne der Quellenkritik, denn neben professionellen Fotografen waren auch zahlreiche Amateurgruppen beteiligt, und Fotografie wurde als Medium der Selbstdarstellung der DDR auch nach innen genutzt¹⁵. Darüber hinaus ist die Fotografie heute eine Quelle ersten Ranges für die Erforschung der DDR-Alltagskultur. Themen des auf diese Weise dokumen-

tungen und „Monument“ als selbstreferentielle Herstellung einer solchen Bedeutung vgl. Aleida Assmann, Kultur als Lebenswelt und Monument, in: dies./Dietrich Harth (Hrsg.), Kultur als Lebenswelt und Monument, Frankfurt/Main 1991, S. 11–25, hier S. 13.

13 Zusammenfassend und unter Bezug auf die industrielle Massenkultur vgl. Wolfgang Ruppert, Zur Kulturgeschichte der Alltagsdinge, in: ders. (Hrsg.), Fahrrad, Auto, Fernsehschrank. Zur Kulturgeschichte der Alltagsdinge, Frankfurt/Main 1993, S. 14–36.

14 Die führende Fachzeitschrift in der DDR, „fotografie“, trug in den fünfziger Jahren den Untertitel „Monatsschrift für gestaltende und dokumentarische Fotografie“, der später in „Zeitschrift für kulturpolitische, ästhetische und technische Probleme der Fotografie“ geändert wurde; dennoch war die sozialdokumentarische Fotografie hier, wie auch in Ausstellungen, deutlich vertreten. Eine Übersicht in der Bundesrepublik erschien in: Angehaltene Zeit. Fotografien aus der DDR, in: Niemandland, 2 (1988) 7.

15 Vgl. u. a. das Spektrum in: DDR konkret. Fotoreport 88. Zentrale Ausstellung der Amateurfotografen und der Betriebsfotografen der DDR, Frankfurt/Oder 1988, veranstaltet vom Bundesvorstand des FDGB in Zusammenarbeit mit dem Kulturbund der DDR.

8 Beispielsweise in der zweiten Enquete-Kommission des Bundestages, vgl. Deutscher Bundestag, Schlußbericht (Anm. 3), S. 194–209, zum Thema Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern.

9 Alf Lütke, Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?, in: ders. (Hrsg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/Main – New York 1989, S. 9–47, hier S. 9.

10 Vgl. Wolfgang Kaschuba, Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen. Einige volkskundliche Anmerkungen zur Debatte um Alltags- und Kulturgeschichte, in: A. Lütke (Anm. 9), S. 191–223, hier S. 192 f.; zugleich A. Lütke, ebd., S. 12: „Ins Zentrum rückt die soziale Praxis der Menschen.“

11 Der inzwischen gebräuchliche, sehr weit gefaßte Kulturbegriff soll hier nicht näher ausgeführt werden, vgl. aber die Hinweise von Ina-Maria Greverus, Kultur und Alltagswelt. Eine Einführung in Fragen der Kulturanthropologie, München 1978, S. 70 f., auf die in der DDR entwickelte Kulturtheorie von Dietrich Mühlberg und Wolfgang Jacobeit, die eine materielle Ebene von Kultur, eine der gesellschaftlichen Beziehungen und eine (selbst-)interpretative unterscheiden. In diesem breiten Verständnis, bezogen auf die DDR, vgl. Dietrich Mühlberg, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 62–94.

12 Zur zeichentheoretischen Unterscheidung von „Dokument“ als Träger von nachträglich entzifferbaren Bedeu-

tierten Alltags waren die Städte der DDR¹⁶, Portraits von Menschen¹⁷, die Arbeitswelt, die überbordende Verbreitung der Herrschaftssymbolik von Partei und Staat¹⁸ und anderes mehr¹⁹.

Entstand die sozialdokumentarische Fotografie aus den Alltagskontexten der DDR heraus, die sie mit ästhetischen Mitteln zu beschreiben und durchaus in die damalige politische Diskussion einzubringen suchte, so ist die Aufmerksamkeit für die Objektwelt der DDR über einen engeren fachwissenschaftlichen Kontext hinaus eher eine Entwicklung der Zeit nach 1989. Sie spiegelt zunächst eine Sensibilität für eine im Westen Deutschlands fremde Ästhetik, die durch erfolgreiche Publikationen und Ausstellungen dem Publikum bekannt wurde²⁰.

Inwieweit die Ästhetik der Alltagsobjekte in der DDR im allgemeinen selbst wahrgenommen wurde, ist dagegen noch weitgehend ungeklärt. Ganz sicher hatten Fragen der Gestaltung von Alltagsobjekten bereits frühzeitig eine große wirtschaftspraktische wie kulturpolitische Bedeutung. Bereits 1950 nahm sich das Institut für industrielle

Formgestaltung des Industriedesigns an²¹, später wurden gestalterische Fragen in der Zeitschrift „form + zweck“ intensiv diskutiert, vergab die DDR einen Design-Preis²². Dabei wurde der westliche Begriff des Designs bis in die achtziger Jahre hinein vermieden und durch den Begriff der „Formgestaltung“ ersetzt. Die intendierte gesellschaftliche und kulturelle Eigenständigkeit äußerte sich in gebrauchswertorientierten Vorstellungen²³; den Gegenständen sollten distinguierende Eigenschaften fehlen.

Kulturpolitische Interventionen wie im Rahmen der Formalismus-Debatte zu Beginn der fünfziger Jahre, die Orientierung an ausländischen Designentwicklungen, aber auch produktionspraktische Erwägungen und Zwänge sorgten immer wieder für Irritationen. Zugleich wurde der Formgestaltung ein hoher kulturpädagogischer Wert beigegeben, der unter anderem anhand der Zeitschrift „Kultur im Heim“ nachvollzogen werden kann²⁴. Inwieweit die Vorstellungen adäquater Kulturadaptation im Bereich des Alltäglichen wirksam geworden sind, kann noch kaum beantwortet werden. Angesichts beschränkter finanzieller Mittel muß gerade beim Erwerb von hochwertigen Gebrauchsgütern wie Möbeln eher von einer langfristigen Mischung unterschiedlicher Stile ausgegangen werden – ganz zu schweigen von den Beschränkungen, die den Konsumenten durch die Produktion selbst und die Bedingungen des industriellen Wohnungsbaus auferlegt wurden.

Objekt und Biographie

Erste Anhaltspunkte geben auch hier wieder Fotografien²⁵. Mehr über die Bedeutung der Objektwelt für den Alltag erfährt man durch Befragun-

16 Als Beispiele Christian Borchert, *Zeitreise Dresden 1954–1995*, Dresden 1995; Jürgen Homuth u. a., *Lebensbilder aus Jena. Versuche einer Dokumentation*, Jena 1990; Peter Thieme (Fotografien)/Wolfgang Hilbig, *Plagwitz*, Leipzig 1992; Harald Hauswald (Fotografien)/Lutz Rathenow, *Berlin-Ost. Die andere Seite der Stadt*, Berlin 1990; durch den westlichen Fotografen Bernard Larsson, *Berlin, Hauptstadt der Republik. Fotografien aus einer geteilten Stadt 1961–1968*, München 1998. Zu den Schwierigkeiten der „Abbildung von Wirklichkeit“ vgl. Helga Paris, *Diva in Grau. Häuser und Gesichter in Halle*, Halle 1990.

17 Vgl. z. B. *Neue Gesellschaft für Bildende Kunst* (Hrsg.), *Abschlußball*, Berlin 1993; Katja Worch (Fotografien)/Holde-Barbara Ulrich, *Frauenbilder. Leben vor '89*, Berlin 1995; Helga Paris, *Frauen in der Bekleidungsfabrik Treff-Modelle*, Berlin 1994, teilw. abgedr. in: *Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR* (Hrsg.), *Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P 2“*, Berlin 1996, S. 40 ff.

18 Vgl. Jürgen Nagel, *Parole Zukunft. Eine fotografische Spurensuche*, Berlin 1992.

19 Hingewiesen sei auf die Arbeiten Christian Borcherts, der die Beziehungen der Menschen zum Konsum in einer ganzen Serie festgehalten hat, teilweise abgedruckt in: *Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR* (Hrsg.), *Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektkultur und ihre Musealisierung*, Hamburg 1997, S. 115 passim. In Vorwegnahme der diesjährigen Jubiläen zur Staatsgründung erschien Volker Handlock/Harald Hauswald (Hrsg.), *Die DDR wird 50. Texte und Fotografien*, Berlin 1998.

20 Vgl. vor allem Georg C. Bertsch/Ernst Hedler/Matthias Dietz, *SED. Schönes Einheits Design*, Köln 1994; *Deutscher Werkbund/Regine Halter* (Hrsg.), *Vom Bauhaus bis Bitterfeld. 41 Jahre DDR-Design*, Frankfurt/Main 1991; *Deutsches Werbemuseum e. V.* Frankfurt/Main (Hrsg.), *Spurensicherung. 40 Jahre Werbung in der DDR. Kabinettstücke aus der Sammlung Ute und Michael Berger*, Frankfurt/Main 1990; *Werbung und Verpackung in der DDR. Eine Ausstellung des Museums für angewandte Kunst Gera*, Gera 1991; *Deutsches Hygienemuseum Dresden* (Hrsg.), *Schmerz laß nach. Drogerie-Werbung der DDR*, Dresden 1992.

21 Seine bereits ab 1950 angelegte Beispielsammlung befindet sich heute in der Sammlung industrielle Gestaltung in Berlin; vgl. hierzu: *Kulturstiftung der Länder* (Hrsg.), *Sammlung industrielle Gestaltung*, Berlin 1994; Joachim Fischer, *Stiftung Industrie- und Alltagskultur* (Hrsg.), *Sammlung industrielle Gestaltung. Einblicke, Ausblicke*, Berlin 1991.

22 Vgl. als Übersicht über die Entwicklung der Formgestaltung Heinz Hirdina, *Gestalten für die Serie. Design in der DDR 1949–1985*, Dresden 1988. Seit 1968 erschien „form + zweck. Zeitschrift für industrielle Formgestaltung“.

23 Vgl. Anja Baumhoff, *Designerware aus Plaste und Elaste? Zur Verwendung des Designbegriffs in der DDR*, in: *Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR* (Anm. 19), S. 201–211.

24 Die Zeitschrift erschien unter dieser Prämisse seit 1957 in der Nachfolge von „Möbel und Wohnraum“.

25 So die Fotoserie von Sybille Bergemann für die unterschiedliche, aber dennoch durch äußere Normsetzung des Wohnbautyps P 2 geprägte Wohnzimmergestaltung, teilw. abgedr. in: *Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR* (Anm. 17), S. 90 f.

gen und Interviews, die einen lebensweltlichen Kontext eröffnen können. Der erste dieser Kontexte liegt in den Gebrauchswerteigenschaften der Objekte: „... das ist ein ganz simples Grillgerät ohne Motor, d.h., wenn Sie den Spieß benutzt haben, dann mußten Sie den drehen bis die Gans fertig war. Ging aber bloß mit Hähnchen ... Vor allen Dingen kann man nicht das Huhn braten und gleichzeitig rühren, sonst brannte das sofort an. Sagen wir mal so, es war eine DDR-Neuerung zur Belastung der Hausfrau.“²⁶

Anhand dieser Äußerung über einen ganz banalen Haushaltsgegenstand wird schlaglichtartig deutlich, daß Objekte Informationen in sich tragen, die über die äußere Wahrnehmung weit hinausgehen. Die Dimension solcher auf den ersten Blick lakonischen Hinweise zeigt sich, wenn man die Frage nach den Alternativen stellt: Ein Motorgrill war offensichtlich nicht verfügbar, man war dem unvollkommenen Gerät ausgeliefert, was durch die ironische Haltung in der Erzählweise zum Ausdruck gebracht wird. Bleibt die Frage, warum ein Gerät mit Funktionsmängeln über lange Jahre im Haushalt verwahrt wurde. Dem Objekt haftet offensichtlich eine Bedeutung an, die über die reinen Gebrauchswerteigenschaften hinausgeht. Die Gründe dafür können unterschiedlich sein: der Preis, die Umstände des Erwerbs, die sich in der DDR deutlich komplizierter darstellten als in einer auf Massenkonsum hin orientierten westlichen Gesellschaft und die damit im Gedächtnis haften geblieben sind, möglicherweise die Einstellung zum Besitz überhaupt.

In objektzentrierten Interviews scheinen diese Zusammenhänge in verschiedener Kombination auf. Die hier zitierte Passage stammt aus einem Interview, das anlässlich einer Abholung von Alltagsgegenständen für ein Museum geführt wurde. Dabei war es den Interviewten selbst überlassen, was sie über die einzelnen Gegenstände berichten wollten und wie weit die Erzählung führen sollte. Ganz wesentlich ist der mit dem Objekt verknüpfte biographische Bezug; die Gegenstände sind mit individueller Bedeutung „aufgeladen“, indem sie Anlaß zur Erinnerung bieten. Im gleichen Interview heißt es über ein Radio: „EAK Zwergsuper, der kommt aus Sonneberg, das war also unsere erste Anschaffung vom Stipendium beim Studium, das muß also '52 oder '53 gewesen sein. Mein Mann und ich, wir hatten beide das gleiche Gerät.“

Das Radio als erste größere Investition bei knappem Geld gibt einen Hinweis auf die Konsum-

26 Ebd., S. 104f.

prioritäten einer bestimmten Schicht zu einer bestimmten Zeit. Generationelle und schichten-spezifische Differenzierungen sind bei der Analyse der individuellen Einstellung zu den Objekten der Alltagskultur auf jeden Fall zu berücksichtigen. Die Einstellung zu langlebigen Gebrauchsgütern ist bei der Aufbaugeneration sicherlich mit der der entsprechenden Generation in der Bundesrepublik vergleichbar. Mit der zunehmend auf schnellen Wechsel orientierten Konsumstrategie des Westens seit den siebziger Jahren dürften allerdings zusätzliche Ost-West-Unterschiede eingetreten sein.

Was aus den Interviews heraus analysierbar wird, ist der Aspekt der Erfahrungsgeschichte, der alltagspraktischen Erläuterungen und lebensweltlichen Deutungen, der individuellen Interpretationen, überhaupt der Bedeutungszuweisungen in vielfältigen Schichtungen. Die an den Gegenstand gebundene Erfahrungsgeschichte zeigt, daß die Objektkultur zur Analyse einer Gesellschaft taugt, diese konkret erzählbar macht und nicht nur Abbild der materiellen Warenproduktion ist. Das vermutlich unspektakuläre Objekt der industriellen Massenkultur wird auf diese Weise „Dokument“, Träger biographischer wie geschichtlicher Bedeutungen.

Das Produkt und seine Sprache

Die Objektkultur äußert sich nicht nur in materieller äußerer Form, sondern auch auf einer sprachlichen Ebene. Hierzu gehört als auffälligstes Zeichen die Synonymität von Produktname und Produktgruppe, wie sie etwa für „Tempo“ gleich Zellulosetaschentücher, für „Tesa“ gleich Klebestreifen geläufig ist. Namenssynonyme waren auch in der DDR verbreitet, wobei an dieser Stelle vor allem auf sprachliche Unterschiede hingewiesen werden soll. Bekannt ist der Gebrauch des Sammelbegriffs Plaste für Plastik bzw. Kunststoff, aber auch für konkrete Produkte haben sich solche Unterschiede ausgeprägt und durch langjährigen Gebrauch verfestigt; so entspricht dem westdeutschen Overheadprojektor der „Polylux“. Auch die zunehmend eingeschränkte Produktvielfalt innerhalb einer Produktgruppe führte zu Synonymen: Kinderzahncreme ist „Putzi“. Am westdeutschen Beispiel „Hansaplast“ orientiert ist der Name „Gothaplast“ für Pflaster.

Der Produktname soll Besonderheiten offenbaren. Eine eher zeittypische Auffassung spiegelt die Eindeutschung fremdsprachiger Wörter, mit denen

eine Internationalität des Produkts angestrebt wurde. So hieß eine Pudercrème „täng“, eine Kosmetikserie „Chance“, eine andere schlichtweg „Paris am Abend“²⁷. Ähnliches berichtet Annette Kaminsky über die Modellnamen von Damenoberbekleidung²⁸. Die Gestaltung von Markennamen changierte zwischen Assoziativem, etwa „Eva“ für Haarentfernungscreme oder „glätt“ für Frisiercreme, bis hin zu technischen Bezeichnungen. Rührgeräte etwa trugen die Produktbezeichnung RG, kombiniert mit verschiedenen Zahlen; eine Waschmaschine hatte die Typenbezeichnung WM 66. Solche produkttypischen Bezeichnungen finden sich auch bei den westdeutschen Konsumgütern.

In Ermangelung eines Marktes mit entsprechender Konkurrenz und großem Angebot, der eine Produktwerbung²⁹ gerechtfertigt hätte, erscheint Werbung eigentlich als etwas Dysfunktionales. Vieles von der Auffassung der Hersteller über ihre Produkte transportierte sich daher in den beigelegten Produktbeschreibungen, die Gebrauch, Reparaturtips, gelegentlich auch Verzeichnisse der Reparaturbetriebe enthielten. Die Bedienungsanleitung der bereits erwähnten Waschmaschine WM 66 gibt Informationen über Herstellungsdatum, technische Besonderheiten, Bedienungshinweise, aber auch zum Umgang mit Wäsche. Sie vermittelt kulturhistorische Informationen über technischen Fortschritt, technische Probleme und Sauberkeitsvorstellungen. Die folgende Sequenz von Aussagen aus der Bedienungsanleitung von 1977³⁰, die Maschine war bereits elf Jahre in der Produktion, soll diese Dimensionen andeuten: „Für den Betrieb müssen Wasserablauf sowie ein elektrischer Anschluß vorhanden sein. Eine dauerhafte Aufstellung der Waschmaschine in der Nähe der Anschlüsse ist jedoch nicht erforderlich . . . Die Wäsche sollte weder durch allzu langen Gebrauch übermäßig verschmutzt sein noch wochenlang liegengelassen werden. Besser ist es, einmal mehr zu waschen . . . Sie können mindestens viermal mit der gleichen Lauge waschen. Stark verschmutzte Wäsche wird zum Schluß eingelegt . . . Bereits die erste Wäsche, auf die Sie sicher schon ungeduldig

warten, wird Ihnen die große Leistung dieses kleinen Gerätes beweisen.“ Produktwerbung verbindet sich hier mit Erziehung zur Hygiene und elementaren Gebrauchshinweisen.

Ein weiteres Beispiel ist der Bedienungsanleitung des bereits erwähnten Handrühr- und Mixgerätes RG entnommen, die grundsätzlicher einleitet: „Die ständige Weiterentwicklung und Vervollkommnung elektrischer Küchengeräte hat das Ziel, der Hausfrau immer mehr Erleichterungen bei der täglichen Küchenarbeit zu bringen . . . Das formschöne und moderne Gerät sollte in keinem Haushalt fehlen. Es ist an keinen Standort und an kein bestimmtes Gefäß gebunden.“ Allerdings galt es auch, technisch bedingte Einschränkungen zu machen: „Der auf dem Leistungsschild angegebene Vermerk ‚KB 10 min‘ bedeutet, daß Sie mit dem Gerät 10 Minuten lang ununterbrochen arbeiten können. Eine längere Betriebszeit könnte dem Motor schaden . . . Die Leistung des Geräts ist auf 500 g ohne Zutaten abgestimmt.“

In direktem Zusammenhang mit der Produktwerbung standen die Schaufenstergestaltungen³¹. Das Schaufenster war Teil der ökonomischen und gesellschaftlichen Konkurrenz seit der Währungsreform von 1948 und blieb es bis 1961, als die Schließung der Grenzen den alltäglichen Besucherverkehr und damit einen täglichen Vergleich des Lebensniveaus unmöglich machte. Zugleich hatte das Schaufenster eine Funktion bei der Propagierung des sozialistischen Wirtschaftssystems nach innen: „In diesem Schaufensterwettbewerb soll der sozialistische Inhalt und Aufbau unseres Staates in Verbindung mit einer ausgezeichneten Warendarstellung gezeigt werden.“³²

Zwei Dimensionen scheinen auf: die ästhetische Warendarstellung, um Kaufanreiz wie auch Kaufregulierung zu beeinflussen, aber auch die politische Propagierung des Warenangebots als Ausdruck der Erfolge staatlicher Politik. Bei letzterem wurden von den Werbeabteilungen der Handelsbetriebe zumeist Bild-Text-Tafeln mit Bezug auf aktuelle politische Kampagnen erstellt, etwa zum Karl-Marx-Jahr, zu Parteitagungen der SED, zu Jahrestagen der DDR. Im ästhetischen Bereich der Warenpräsentation war – wie bereits in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren – das „Stapelfenster“ besonders beliebt³³. Seine rhythmische

27 Beispiel aus: Deutsches Hygienemuseum Dresden (Anm. 20), S. 20, S. 22, S. 40.

28 Vgl. Annette Kaminsky, Kaufrausch, Berlin 1998.

29 Vgl. Deutsches Werbemuseum und Deutsches Hygienemuseum (beide Anm. 20); die Produktwerbung in DDR-Zeitschriften wurde zu Beginn der siebziger Jahre weitgehend eingestellt. Zum Werbefernsehen („Tausend Tele Tips“) vgl. Simone Tippach-Schneider, Moderner Einkauf, moderner Verbraucher und das Verschwinden der Waren. Das Werbefernsehen in der DDR 1959 bis 1976, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hrsg.), Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den sechziger Jahren, Köln u. a. 1996, S. 62–76.

30 Vgl. Sammlung Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt.

31 Vgl. Katherine Pence, Schaufenster des sozialistischen Konsums: Texte der ostdeutschen „consumer culture“, in: Alf Lütke/Peter Becker (Hrsg.), Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 91–118.

32 K. Pence, ebd., S. 99, zitiert eine Wettbewerbsaus-schreibung von 1959.

33 Vgl. ebd., S. 105.

Darstellung von strukturierten Warenmassen suggerierte Dynamik und Fülle in einem.

Gestaltung im Vergleich

Ein oberflächlicher Vergleich der Produktgestaltung alltagskultureller Gegenstände aus der DDR und der Bundesrepublik ergibt erstaunliche Ähnlichkeiten. Aus westdeutscher Sicht werden DDR-Produkte des Alltags oft als dem Zeitgeschmack entsprechend und damit kaum von denen westdeutscher Herkunft unterscheidbar erlebt; gelegentlich gibt die Herkunft auch dem Kundigen Rätsel auf. Diese Ähnlichkeiten sind keineswegs zufällig³⁴, sondern lassen sich aus der historischen Entwicklung erklären.

Aus wirtschaftshistorischer Sicht kann auf viele gemeinsame Wurzeln verwiesen werden: Durch die Teilung der Wirtschaftsgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg lagen die Betriebsteile großer Wirtschaftsunternehmen in unterschiedlichen Besetzungszonen. Dies hatte zur Folge, daß sowohl Produkte wie Produktnamen zunächst identisch waren und sich erst schrittweise auseinanderentwickelten. Beispiel hierfür sind die Waschmittel des Henkel-Werkes in Genthin, die sich von ihrem westdeutschen Pendant zunächst nur durch den Zusatz im Herstellernamen „VEB“ unterschieden. Gleiches gilt für die Filme des Agfa-Werkes in Wolfen. Erst nach der gerichtlichen Klärung von Markenrechten ging die DDR dazu über, Markennamen zu ersetzen. Persil hieß jetzt Spee, Agfa wurde zu ORWO.

Auch aus ästhetischer Perspektive verliefen ost- und westdeutsche Entwicklungen lange Zeit parallel. Auch hier gab es zunächst einen gemeinsamen Ausgangspunkt, der sich vor allem an der Konsumgüterproduktion der Vorkriegszeit orientierte. Während der fünfziger Jahre war der Einfluß kunstgewerblicher Vorstellungen auf die Produktion von Alltagsgegenständen deutlich, in der DDR vor allem verstärkt durch den sogenannten Formalismus-Streit, der die internationale Moderne als unsozialistisch charakterisierte und für einige Jahre weitgehend aus Architektur, Bildender Kunst und ebenso aus der Produktgestaltung fernhielt. Gegen Ende der fünfziger Jahre, mit nur geringer zeitlicher Verzögerung zur Bundesrepublik, wurde das Dekor wieder zugunsten von

Funktionalität und Sachlichkeit zurückgedrängt. Architektur und Gebrauchsgegenstände entsprachen in den sechziger Jahren dem, was auch im Westen Mode war.

Heinz Hirdina beschreibt das Programm der DDR-Moderne dieser Zeit, indem er wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen in den Vordergrund rückt, in drei Punkten: Erstens seien, ausgehend vom Aspekt der Wirtschaftlichkeit der Produktion, neue Werkstoffe konzentriert eingeführt worden. Besonders das Chemieprogramm der DDR habe eine Fülle von Gebrauchsartikeln aus Kunststoff hervorgebracht. Zweitens habe man anstelle der Suche nach individueller Distinktion nun nach Formen der Übereinstimmung gesucht. Die sozialistische Lebensweise als Ausdruck der Überwindung von Gegensätzen habe neben dem Aspekt der Brauchbarkeit den Gegenständen zugleich eine gesellschaftliche Bedeutung zugesprochen und ihnen damit eine neue Symbolfunktion, die der Gleichheit, zugewiesen. Drittens schließlich wurde die zeitliche Dimension neu bestimmt, indem die Gegenstände auf Beständigkeit und Langlebigkeit hin konzipiert sowie der Wechsel der Moden als kapitalistisch abgelehnt wurden³⁵. Die Folge war eine bewußte Verbindung von gesellschaftlichen Emanzipationsvorstellungen, wissenschaftlicher Fundierung, wirtschaftlichem Denken und Politikorientierung. Als Beispiel wird die Entwicklung von Modulsystemen – etwa bei Radiogeräten, Kantinegeschirr und Wohnzimmermöbeln – angeführt.

Diese rationale Grundauffassung führte seit den siebziger Jahren nicht nur zu einer Sortimentseinschränkung aus Effektivitätserwägungen, sondern auch zu zunehmender Normierung. Hirdina verweist hier besonders auf die immer stärker eingeschränkten Grundtypen von Schrankwänden, die sich nur noch durch den Wechsel des Dekors voneinander unterschieden³⁶. Aus heutiger Sicht erscheinen für die Objektkultur der DDR im Bereich der Konsumgüter der siebziger und achtziger Jahre zwei Entwicklungen bedeutsam: die Wiedergewinnung des Dekors unter Verwendung nunmehr deutlich von westdeutschen unterscheidbaren Materialien sowie eine teilweise Bevorzugung historisierender Formen, die auch im Westen in den siebziger Jahren Konjunktur hatten. Die DDR-Entwicklung zu dieser Zeit zeigt sich als Abkehr von der funktionalen Moderne hin zur erneut individuellen Funktion der Produktwahl.

34 Der bekannte Umstand, daß viele in westlichen Warenhauskatalogen angebotene Konsumgüter aus DDR-Produktion stammten, bedarf noch der genaueren Erforschung.

35 Vgl. Heinz Hirdina, Gegenstand und Utopie, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Anm. 29), S. 48–61, hier S. 50.

36 Vgl. ebd., S. 60.

Gibt es eine DDR-spezifische Objektwelt?

Der landläufige Vergleich der Objektkultur der DDR mit der des Westens läßt die Frage nach einer für die DDR spezifischen Objektwelt aufkommen. In der Tat gab es Produktgruppen, die sich weniger aus einer Konsumkultur in ihrer spezifisch ostdeutschen Ausprägung, sondern aus einem politischem Bedarf heraus entwickelten:

Das Brigadetagebuch ist ein in rote Umschläge eingefafßtes Einlegebuch, einem Fotoalbum ähnlich. Mittels eines Schraubverschlusses können lose Blätter zusammengeheftet werden. Weder seine technische Verarbeitung noch seine Funktion sind im Westen Deutschlands bekannt.

Das Brigadetagebuch diente der begleitenden Bilanzierung der Tätigkeiten der Produktionsbrigaden in den DDR-Betrieben³⁷. Gemäß ihrem Motto „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ erfüllten sie u. a. die Funktion einer permanenten gegenseitigen Selbstvergewisserung über Fortgang und Fortschritt in der sozialistischen Produktionsweise, über die im Brigadetagebuch Rechenschaft abgelegt wurde. Seine gewissenhafte Führung war Teil des Systems des „sozialistischen Wettbewerbs“, des Vergleichs der einzelnen Produktionsbrigaden nach einem vorgegebenen Katalog von Kriterien. Demgemäß enthalten die Brigadetagebücher Aufzeichnungen über Produktionserfolge, aber auch über Probleme der materiellen Produktion, über Qualifizierungen, Neuerungen, Planerfüllung, „Brigadeleben“, d. h. Ausflüge und gemeinsam besuchte Veranstaltungen, Hinweise auf den Namensgeber der Brigade (Traditionspflege), Aussprachen und vieles mehr.

Sie sind, trotz zumeist floskelhafter Reproduktion des Geforderten – schließlich mußte durch das Brigadebuch nachgewiesen werden, daß die Brigade im sozialistischen Sinne funktionierte, damit der „Titelkampf“ um die Auszeichnung „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ erfolgreich geführt werden konnte –, eine hervorragende Quelle für die Normen und Beziehungsgeflechte in der realsozialistischen Gesellschaft. Ihre Bedeutung wird durch den folgenden Eintrag des Kollektivs „Roter Oktober“ von 1978 über die Führung des Brigadebuchs deutlich³⁸: „Papier, Kugelschreiber und ein fester Wille sind notwendig, um die Wettbewerbs-

verpflichtung unseres Kollektivs, 10 Artikel im Quartal für das Brigadebuch, zu erstellen. Die neue Kennziffer im sozialistischen Wettbewerb ist anspruchsvoll und entspricht dem gewachsenen Leistungsvermögen unseres Kollektivs und aller anderen Kollektive unseres Betriebes. Da es dennoch Diskussionen über den Bewertungsmaßstab für die Brigadebucheerfüllung gab, wollen wir mit gutem Beispiel demonstrieren, daß 10 Artikel im Quartal möglich sind und ein echtes Wettbewerbsziel darstellen. Bei der Erfüllung dieser Kennziffer sind wir nicht nur um qualitative Ergebnisse, sondern auch um hohe Qualität bemüht. Die Planung der zu schreibenden Brigadeartikel wurde in unserem Kollektiv nach Bereichen durchgeführt. 1978 haben so Bereich A 8 Brigadebuchartikel, Bereich B 13 Brigadebuchartikel, Bereich Direktion/Schreibbüro 19 Brigadebuchartikel anzufertigen. Die Aufgaben wurden über die persönlich-schöpferischen Pläne bis auf das einzelne Brigademitglied aufgeschlüsselt.“

Aus heutiger Sicht erscheint der Text beinahe grotesk; dennoch transportiert er eine ganze Reihe von Schlüsselbegriffen, die auf Mikrostrukturen der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft verweisen. Die Sache könnte sich wie folgt abgespielt haben: Das Brigadebuch wurde schlampig geführt und muß nun verbessert werden, um zu einem guten Abschneiden im Wettbewerb zu kommen. Damit niemand der unangenehmen Pflicht enttrinnen kann, wird jeder einzelne für einen Beitrag haftbar gemacht, wobei beinahe die Hälfte der Verpflichtung auf das Büro der Direktion abgewälzt wurde. Das Brigadebuch erweist sich also, trotz vielfach formalisierter Beiträge, als eine aufschlußreiche Quelle über den Betriebsalltag.

Eine ähnliche *systemspezifische* Qualität der Objektkultur zeigen Orden und Auszeichnungen. Gegenüber westlichen Gesellschaften wurden Auszeichnungen weit über die traditionellen Bereiche von Militär und Vereinskultur hinaus ausgeweitet. Es entstand eine vielfältige, nach Organisationen und Handlungsbereichen differenzierte „Ordenskultur“³⁹, die eine eigene Produktwelt ausmachte. Allgemeine staatliche Orden und Auszeichnungen wurden ergänzt durch die einzelner Ministerien, die der Parteien und Massenorganisationen, auf die erfolgreiche Bewährung in der Produktion bezogene sowie zahlreiche Medaillen einzelner Betriebe und Städte. Geehrt wurden verdiente Aktivisten, ausgezeichnete Kollektive, verdiente Mitarbeiter der Zollverwaltung, langjährige Betriebszugehörigkeiten, besonderer gesellschaftlicher Einsatz, etwa beim Nationalen Aufbauwerk

37 Vgl. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 211 ff.

38 Brigadebuch im Bestand des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt.

39 Vgl. Günter Tautz, Orden und Medaillen. Staatliche Auszeichnungen der DDR, Leipzig 1983.

oder bei Wahlen. In einem öffentlichen Akt verliehen wurde eine Medaille, oft eine dazugehörige Spange, und eine Urkunde. Mit vielen Auszeichnungen waren Geldprämien verbunden, ohne daß an dieser Stelle auf das außerordentlich ambivalente Verhältnis von Auszeichnung und materieller Vergütung eingegangen werden kann, wie es sich in Interviews darstellt.

Die Objektkultur der Auszeichnungen und Orden repräsentiert das komplizierte Gefüge von Anreiz und Leistung in der DDR-Gesellschaft jenseits des Arbeitslohns auf hochsymbolischer wie alltagspraktischer Ebene. Öffentliche Auszeichnungen erfolgten in solcher Dichte, daß es durch sie gelingt, berufliche und gesellschaftliche Lebensläufe zu rekonstruieren, ohne daß sonstige biographische Daten zu einer Person bekannt wären. Auch haben sie eine langanhaltende Bedeutung für die ausgezeichnete Person, wie die folgende Passage aus einem Interview zum Ausdruck bringt⁴⁰: „1949 ist die erste Auszeichnung als ‚Jungaktivist‘. Seit dieser Zeit habe ich alles, was so einigermaßen war, aufgehoben. Hab’s nicht weggeworfen nach der Wende. Wenn man sich irgendwo beworben hat, dann mußte man das ja immer aufführen.“

Berufliche Notwendigkeit, Differenzierungsvermögen ob des Wertes einer Auszeichnung, aber auch anhaltende Wertschätzung der oftmals belächelten Auszeichnungen als Beleg für ein gelebtes Leben verdichten sich in dieser kurzen Passage und zeigen die Bedeutung einer Objektkultur in ihrer lebensweltlichen, biographischen Aneignung.

Objektkultur und Öffentlichkeit

Trotz vielfacher Bezüge besonders zur westdeutschen Objektkultur, die ebenso wie andere kulturelle Bereiche einen erheblichen Einfluß auf die DDR ausgeübt hat, läßt sich eine spezifische Eigenständigkeit der DDR-Objektkultur feststellen. Daß eine Orientierung der DDR-Bevölkerung vor allem an der westdeutschen und amerikanischen Konsumwelt und Massenkultur stattgefunden hat, ist mehrfach diskutiert worden⁴¹. Offen bleibt dagegen die Frage, ob und inwieweit ein Bewußtsein über eine eigenständige Objektkultur

40 Sammlung Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt.

41 Vgl. u. a. Gerlinde Irmischer, Der Westen im Ost-Alltag. DDR-Jugendkultur in den sechziger Jahren, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Anm. 29), S. 185–193; Katrin Böske, Abwesend anwesend. Eine kleine Geschichte des Internets, in: ebd., S. 214–222.

der DDR bestanden hat. Das zitierte Interview über die Funktionsfähigkeit des Grills ohne Motor mag als Hinweis gedeutet werden, daß sehr wohl eine distanziert-ironische Haltung den Gegenständen und ihrer DDR-Spezifika gegenüber geherrscht hat. Der fast vollständige Austausch der Konsumgüter in DDR-Haushalten nach 1989 ist zugleich ein Indiz dafür, daß die Bewertung der DDR-Produkte zum damaligen Zeitpunkt überwiegend negativ gewesen ist – ob aus tatsächlichen Mängeln heraus oder weil sie durch ihre Konnotation mit dem politischen System abgelehnt wurden, bleibt zu untersuchen.

Festgestellt werden kann jedoch eine nachträgliche Bedeutungszuweisung der Alltagsobjekte als Erinnerungsstücke für eine spezifische Lebensweise⁴². Diese oft als Ostalgie bezeichnete und möglicherweise fälschlich als unreflektierte, nostalgische Rückwendung interpretierte Wiederaaneignung des eigenen gelebten Lebens hat ihren Ausdruck in zahlreichen Ausstellungen gefunden, die seit 1990 die Objektkultur der DDR ins öffentliche Bewußtsein gerückt haben. Die Themenliste reicht von „Marke Eigenbau – Kreatives findiger Sachsen“ (Chemnitz 1998) bis „Die Zeitschrift Sibylle 1956–1995. Fotografie“ (Fotogalerie Friedrichshain, 1996), von „DDR-Souvenirs“ (Deutsches Historisches Museum Berlin, 1994) bis „Kurzwort: Ewig blühe – Erinnerungen an die Republik der Lobetrotter“ (Museum Berliner Arbeiterleben, 1992), von „Alltagsleben in der DDR – Vom Zusammenbruch des Dritten Reiches bis zur Wende“ (Rheinisches Freilichtmuseum Kommern, 1991) bis „Arbeit und Alltag in der DDR. Aus der Sammlung Bornitz“ (Staatsbibliothek zu Berlin SMPK, 1998)⁴³. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, einen vollständigen Überblick zu geben, hinzuweisen bleibt jedoch auf die inzwischen erreichte Dichte und Vielfalt der öffentlichen Präsentation der DDR-Objektwelt. Einige dieser Ausstellungen haben eine erhebliche Resonanz erfahren, wie die Auswertung der Besucherbücher zur Ausstellung „Lebensstationen in Deutschland 1900 bis 1993“ im Deutschen Historischen Museum Berlin zeigt⁴⁴.

Dabei war und ist die museale Aneignung der DDR keineswegs unumstritten. Während kurz

42 Vgl. u. a. Wie erst jetzt die DDR entsteht, in: Der Alltag, Nr. 72, Juni 1996.

43 Vgl. auch die in Anm. 20 aufgeführten Ausstellungen.

44 Vgl. Rosmarie Beier, Bericht zur (mental)en Lage der Nation. Was die Besucher einer Berliner Ausstellung über die deutsch-deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft denken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 10–18; vgl. hierzu den Ausstellungskatalog von Rosmarie Beier/Bettina Biedermann (Hrsg.), Lebensstationen in Deutschland 1900–1993, Gießen 1993.

nach dem Ende der DDR vor allem der Verlust von vierzig Jahren Geschichte befürchtet wurde, dem mit den Mitteln des Museums zu begegnen sei⁴⁵, ist an anderer Stelle einer Musealisierung der DDR noch im Prozeß ihrer Auflösung und der unmittelbaren Zeiteigenschaft ihrer Bewohner heftig widersprochen worden⁴⁶. Dabei hatten die Museen auf das Ereignis der Maueröffnung und des absehbaren Verschwindens der DDR unmittelbar mit Sammlungsaktivitäten reagiert⁴⁷.

Chancen und Grenzen

Im Ergebnis finden wir eine intensive, objektbezogene Aneignung der DDR-Geschichte vor, für die in der Bundesrepublik wohl nur auf die Summe ihrer Stadtgeschichts- und Heimatmuseen verwiesen werden kann. Zumindest findet sich zum „Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR“⁴⁸ in Eisenhüttenstadt kein Pendant in der alten Bundesrepublik. Die durch Ausstellungen und Museumsaktivitäten betriebene „Archäologie

45 Vgl. Katharina Flügel/Wolfgang Ernst (Hrsg.), *Musealisierung der DDR? 40 Jahre als kulturhistorische Herausforderung*, Leipzig 1992.

46 Vgl. Gert Selle, *Erinnern – Suchbewegung in der Wirklichkeit. Einwände gegen eine selbstverständliche Musealisierung*, in: *Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR* (Anm. 19), S. 87–103.

47 So die Arbeit des Deutschen Historischen Museums in Berlin, dargestellt von Monika Flacke, *Alltagsobjekte der ehemaligen DDR. Zur Sammeltätigkeit des Deutschen Historischen Museums*, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), *Probleme der Musealisierung der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte*, Münster 1993, S. 57–61.

48 Vgl. zur Intention Andreas Ludwig, *Alltagskultur der DDR. Konzeptgedanken für ein Museum in Eisenhüttenstadt*, in: *Deutsche Geschichte im Museum*, (1994) 21, S. 1152–1155.

des Alltagslebens“ im Osten Deutschlands ist eindeutig ein Reflex auf die Ereignisse des Herbstes 1989 und das dadurch hervorgerufene Bewußtsein der Historizität der DDR, das unmittelbar mit dem Mauerfall einsetzt. Ein solches Schockerlebnis bestand für die „alte“ Bundesrepublik nicht und damit auch kein Anlaß zu einer musealen Bestandsaufnahme ihrer Alltagsgeschichte und Objektkultur.

Es bleibt kritisch zu fragen, ob die vielfältigen Bemühungen um die Objekt- und Alltagskultur der DDR, von denen hier nur ein Ausschnitt angesprochen werden konnte, langfristig Auswirkungen auf das Bild einer vergangenen Gesellschaft haben können. Auf der Haben-Seite steht, daß die Sensibilität für die materiellen Sachzeugen des Alltags wohl selten so intensiv zum Ausdruck gekommen ist wie gegenüber den Relikten der DDR-Gesellschaft. Auch dürfte ihre zeitnahe Sicherung durch die Museen einen Fundus geschaffen haben, der eine Beschäftigung mit dem Gesellschaftsinnern der DDR langfristig ermöglicht – dies im übrigen ganz im Gegensatz zu früheren Epochen und Kulturen. Schließlich hat die Aufmerksamkeit für die Objektkultur die Grenzen wissenschaftlicher Fachdisziplinen gelockert und die Chancen interdisziplinärer Zusammenarbeit zumindest angedeutet.

Im Soll steht noch die tatsächliche Umsetzung solcher Vorhaben, was einerseits der Förderpraxis für wissenschaftliche Vorhaben und den Zwängen fachwissenschaftlicher Profilierung geschuldet sein mag, andererseits der insgesamt doch sehr unterschiedlich ausgeprägten analytischen Qualität der musealen Beschäftigung mit der Alltagskultur. Es bleibt zu hoffen, daß ein gleichsam ethnologischer Blick auf die eigene Gesellschaft zu einer intensiveren Wahrnehmung der Objektkultur des Alltags auch über die DDR hinaus führt.

„Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ Konsumpolitik in der DDR

1960 konstatierte Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay „Das Plebiszit der Verbraucher“¹, daß die Mehrheit der Bundesbürger in einem unüberschaubaren „Horizont von Waren“ lebe, der für sie zum Inbegriff des „Etwas-vom-Leben-Haben“ geworden sei². Demgegenüber mußte das SED-Politbüro zeitgleich das Fazit ziehen: „Viele bzw. die meisten Verkäufe kommen nur dadurch zustande, weil die Kundschaft resigniert; sie kauft, weil sie nicht daran glaubt, doch zu der Ware zu kommen, die sie tatsächlich kaufen möchte.“³ Im elften Jahr der DDR war es der Staats- und Parteiführung nach wie vor nicht gelungen, an der deutsch-deutschen Konsumfront mit dem Westen gleichzuziehen. Dabei hatte die SED bereits zu einem frühen Zeitpunkt erkannt, daß die Begründung ihrer politischen Legitimität als Interessenvertreterin der Bürger in der DDR nicht unwesentlich davon abhing, wie es ihr gelingen würde, die Versorgungsprobleme zu lösen und die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Mit programmatischen Verlautbarungen sollte die Bevölkerung dazu gebracht werden, Mängel als vorübergehende Erscheinungen der Aufbauphase zu akzeptieren und optimistisch in eine gut versorgte Zukunft zu blicken.

Die lange Nachkriegszeit

Nach den von Entbehrungen bestimmten ersten Nachkriegsjahren, in denen sowohl in Ost- wie in Westdeutschland die „Leib- und Magenfragen“ im Vordergrund standen, versicherte Walter Ulbricht 1948, daß nun „die Zeit der Erfolge“ gekommen sei, was vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht zu verstehen war⁴. Der wirtschaftliche Wettstreit der Systeme hatte sich bereits 1947 deutlich abgezeichnet. Während in den westlichen Besatzungszonen mit dem Marshall-Plan die Weichen für die Ein-

führung der Marktwirtschaft und den materiellen Wohlstand gestellt wurden, mußte für den Osten Deutschlands ein eigenes Konzept gefunden werden, um sowohl die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und damit den eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs zu rechtfertigen wie auch gleichzeitig den Reparationsforderungen der Sowjetunion nachzukommen. Unter dem Motto „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ versuchte der II. Parteitag der SED 1947, die Menschen für eine Steigerung der Produktion und eine höhere Arbeitsleistung zu gewinnen. 1948 wurde ein erster Zweijahrplan aufgestellt, dem zufolge die Arbeitsproduktivität bis 1950 um 30 Prozent gesteigert und 80 Prozent der Produktivität des Standes von 1936 erreicht werden sollten. Den gewünschten Arbeitsleistungen wurde in den im November 1948 eröffneten Läden der staatlichen Handelsorganisation HO ein materieller Anreiz in Form von Waren geboten⁵. Die Auswirkungen auf den Alltag der Mehrheit der Bürger formulierten die Aktivisten in den fünfziger Jahre mit dem Slogan: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“⁶ Sie propagierten Konsumverzicht und trösteten auf spätere Zeiten. Allerdings gab es bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auch Ausnahmen. So sollten die Akteure von Bündnispolitik und Industrialisierung, die Landbevölkerung, die technische Intelligenz und die Arbeiterzentren bevorzugt versorgt werden.

In der Bevölkerung jedoch förderte die täglich erlebbare Hintanstellung der Konsumbedürfnisse den Unmut über die Politik der SED. Vor dem Hintergrund der in Westdeutschland seit der Währungsreform 1948 vorhandenen Konsummöglichkeiten erschienen die von der SED unternommenen Anstrengungen als unzureichend. Zwar hatte der II. Parteitag der SED 1950 verheißen, die Konsumgüterproduktion zu erhöhen, aber die 2. Parteikonferenz machte diese Pläne im Sommer 1952 zunichte. Auf ihr beschloß die SED, den Sozialismus aufzubauen, die schwerindustrielle Basis zu erweitern und eigene Streitkräfte zu schaffen. Die knappen Ressourcen flossen fast aus-

1 In: ders., Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie, Frankfurt am Main 1969, S. 167–178.

2 Ebd., S. 168.

3 Bericht zur Versorgungslage vom 16. 5. 1960, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen – Bundesarchiv (SAPMO-BArch), J IV 2 610-134, S. 7.

4 Zitiert nach Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 198.

5 Vgl. Jan Helbig u. a., Auftrag: Luftbrücke, Berlin 1998, S. 38 f. Dort Information über die Reaktion der Bevölkerung auf die Eröffnung von „Freien Läden“.

6 Slogan der Aktivistin Frida Hockauf aus dem Jahre 1955.

nahmslos in diese Bereiche. Im Juni 1953 mußte die SED schließlich erleben, daß den Konsum- und Versorgungsproblemen eine „systemsprengende Kraft“⁷ innewohnen konnte, wenn sie sich mit einer allgemeinen Unzufriedenheit über die politischen Verhältnisse paarte. Sie zog daraus zweierlei Konsequenzen: Zum einen baute sie ihren Sicherheitsapparat aus, der künftige Unruhen bereits im Keim ersticken sollte. Zum anderen setzte sie den bereits vor dem Aufstand aus Moskau vorgegebenen „neuen Kurs“ fort, der sich auch in einer „Konsumwende“ niederschlagen sollte, um die innenpolitische Lage zu entspannen⁸. Dessen Ziel sollte es sein, „in der nächsten Zeit eine ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen und auf dieser Grundlage die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bedeutend zu heben“⁹.

Verbesserung der individuellen Konsumtion lautete nun die Devise. Der laufende Fünfjahrplan wurde geändert, um verstärkt Konsumgüter zu produzieren und Konsummöglichkeiten zu erweitern. Zwar verbesserte sich der Lebensstandard infolgedessen, aber als der erste Fünfjahrplan 1955 endete, konnte die SED-Führung noch keine befriedigende Bilanz ziehen: Der angestrebte Vorkriegsstand von 1936 war weder in der Arbeitsproduktivität noch beim Lebensstandard erreicht worden¹⁰.

Die offiziellen Verlautbarungen von Partei und Regierung nahmen sich in der Folgezeit verstärkt der Wirtschaftsprobleme an. Für den 2. Fünfjahrplan (1956–1960) beschloß die 3. Parteikonferenz der SED eine Direktive, die unter der Parole „Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung“ auf die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die „wissenschaftlich-technische Revolution“ setzte. Die damit erhoffte „industrielle Umwälzung auf der Basis der Ausnutzung von Kernenergie, des weiteren Ausbaus der Schwerindustrie und der ununterbrochenen Entwicklung des technischen Fortschritts“¹¹ sollte sich auch auf die Versorgung auswirken. Die SED versprach erneut, die Konsumgüterproduktion bis

1960 um 40 Prozent zu erhöhen¹². Die Versorgungslage stabilisierte sich, und schließlich konnte im Juni 1958 für die letzten Waren – z. B. Fleisch, Butter, Schuhe – die Rationierung abgeschafft werden.

Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Fortschritte – unterstützt durch den erfolgreichen Start des Sputnik 1957 – fühlte sich die SED-Führung stark genug, nun mit der „Vollendung des sozialistischen Aufbaus“ – wie ihn die Sowjetunion vorgegeben hatte – zu beginnen. Sie erklärte auf ihrem V. Parteitag die ökonomische Hauptaufgabe mit dem Erreichen des westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauchs an Konsumgütern und Lebensmitteln bis 1961 zum Kernstück des sozialistischen Aufbaus¹³. „Überholen und einholen“ hieß der dazugehörige Slogan, der später in „Überholen ohne einzuholen“ abgewandelt wurde. Mit dem „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ der werktätigen Bevölkerung versuchte die SED dem von Ludwig Erhard 1957 für die Bundesrepublik verkündeten „Wohlstand für alle“ eine ähnliche Konsumententwicklung entgegenzusetzen, nährte damit aber überzogene Konsumhoffnungen in der Bevölkerung.

Der 1956 angelaufene Fünfjahrplan wurde durch den „Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks“ ersetzt, der die „ökonomische Hauptaufgabe“ bestätigte und eine komplexe, reichhaltige Versorgung der Bevölkerung in Stadt und Land „auf Weltniveau“ bis 1961 verhiess. Laut Walter Ulbricht wollte man so „die Überlegenheit des Sozialismus beweisen (. . .), nicht mit irgendwelchen Gebrauchsgütern, mit Schund, mit Überplanbeständen, sondern mit Waren, die hohen Gebrauchswert – besitzen, die schön und geschmackvoll sind, die der arbeitende Mensch mit Freude kauft und benutzt“¹⁴.

In diesem politischen Umfeld war es nur zu verständlich, daß die Handelskonferenz der SED 1959 die illusionären Zielsetzungen aufgriff und erklärte, es komme nur noch darauf an, „auf neue sozialistische Art Handel zu treiben und die Konsumgüter mit hoher Verkaufskultur anzubieten und schnell zu verkaufen“¹⁵, um so die Zielsetzungen bis 1961 zu erfüllen. Die Zauberworte hießen „komplexe Versorgung“ auf dem „Weltstand im

7 Stéphan Merl, Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Rußland und die ostmitteleuropäischen Länder, in: Europäische Konsumgeschichte, hrsg. von Hannes Siegrist/Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka, Frankfurt/Main – New York 1997, S. 235.

8 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X, Berlin 1996.

9 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 449.

10 Vgl. H. Weber (Anm. 4), S. 262–265.

11 Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED vom 24. bis 30. März 1956, Berlin (DDR), Bd. 2, S. 1026.

12 Vgl. H. Weber (Anm. 4), S. 281.

13 Vgl. Der Handel im Siebenjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik und seine Aufgaben zur weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, Berlin (DDR) 1959, S. 4.

14 Ebd., S. 105; Monika Zielke, Zur Sozialpolitik in der DDR während der Übergangsperiode (1945–1961), Diss. A, Berlin (DDR) 1981, S. 116.

15 Diskussion und Entschlüsse der Handelskonferenz der SED, Berlin (DDR) 1959, S. 105.

Einzelhandel“¹⁶. Und auch der zum Vorzeigeprojekt des DDR-Handels erkorene Versandhandel verkündete 1959: „Ich bin stolz darauf, der Katalog eines sozialistischen Versandhauses zu sein. Auf meinen Seiten wird jetzt schon überzeugend sichtbar: Die Arbeiter in der Industrie und die Werktätigen in der Landwirtschaft schaffen es! Bis 1961 wird Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an Lebensmitteln und den wichtigsten Konsumgütern überholt.“¹⁷

Für diese sozialistische Utopie waren die Konsumbilder dem Kapitalismus entliehen. Entgegen dem Trend, sich auf allen Gebieten eng an die Sowjetunion anzuschließen und dort verfolgte Entwicklungen zu übernehmen, war der für den Konsumbereich angelegte Maßstab das am westdeutschen Standard definierte Weltniveau, das es zu erreichen galt¹⁸. Entgegen einer sonst auf vielen Gebieten der staatlichen Organisation festzustellenden „Sowjetisierung“ von Staat und Gesellschaft in der DDR¹⁹ blieb der Bereich Konsum und Versorgung weitgehend unberührt. Vielmehr rühmten sich die Ökonomen und Handelspolitiker der DDR, daß die sowjetischen Genossen gerade auf diesem Gebiet auch einmal von der DDR lernen wollten.

Der sozialistische Verbraucher

Die Einführung moderner Handelsformen und Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der umfassenden Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft standen, verfolgte jedoch keinen Selbstzweck. Sie sollte dazu beitragen, bisher unproduktive Arbeitskräfte freizusetzen.

Die Erleichterungen beim Einkauf und der Hausarbeit richteten sich in erster Linie an bereits werktätige bzw. neu für eine Berufstätigkeit zu gewinnende Frauen und sollten ihnen den Einstieg in

die Erwerbstätigkeit erleichtern²⁰. „Zeitersparnis“ hieß das Zauberwort. Die Botschaft für die Frauen lautete, daß bügelfreie Stoffe, Schnellkochgerichte, Gefriergemüse, Fertiggerichte und Dauerbackwaren es ihnen ermöglichten, die Hausarbeit in kürzerer Zeit absolvieren zu können²¹. Die Männer erhielten eine ähnliche Botschaft: Für sie sollte die Berufstätigkeit ihrer Frauen nicht zu einer Einbuße an häuslicher Bequemlichkeit führen.

Die folgende Entwicklung zeigte jedoch, daß die Mehrfachbelastung von Frauen durch Kinder, Haushalt und Erwerbstätigkeit allein durch technische Hausgeräte nicht aufgefangen werden konnte. Männer sollten nun auch ihren Teil zur Hausarbeit beitragen und die stetig wachsende Diskrepanz zwischen männlicher und weiblicher Freizeit verringern helfen. In den Warenhauskatalogen warben 1971 Männer in Schürzen für Hausgeräte und verkündeten: „Von jetzt ab wasche ich die große Wäsche, denn meine Frau hat das gleiche Recht auf Freizeit und Erholung wie ich!“²² Innovationen wie Ins-Haus-Lieferung, Kasse des Vertrauens, Spät- und Frühverkaufsstellen sowie nicht zuletzt die Selbstbedienung und die Möglichkeiten des Bestellkaufs hatten den Kunden ein hohes Maß an Umgewöhnung abverlangt und innerhalb kürzester Zeit die Einkaufswelt verändert. Das 1959 in „Unsere Welt von morgen“ prophezeite Konsum-Dorado, zu dem die DDR nach den Vorstellungen der SED bis 1990 geworden sein würde, verhielt eine glückliche Zukunft²³.

Die Versorgungsprobleme sollten jedoch nicht allein durch Verbesserungen in Wirtschaft und Handel gelöst werden. Auch die Konsumenten sollten ihre Kaufwünsche den wirtschaftlichen Möglichkeiten anpassen. Über ein plan- und berechenbares Kaufverhalten erhofften sich die Ökonomen, volkswirtschaftliche Möglichkeiten, Bevölkerungsbedarf und die Bedürfnisse des einzelnen in Übereinstimmung zu bringen²⁴. Werbung sollte nun nicht mehr nur die Lust am Kaufen fördern, sondern „volkswirtschaftlich verantwortlich“ die

16 Verordnung über den Handel vom 26. 3. 1960.

17 Konsument-Katalog Frühjahr/Sommer 1959, S. 2.

18 Vgl. Werner Freyer/Werner Schumann, Verbrauch der westdeutschen Bevölkerung an wichtigen Konsumgütern und Vergleich des Verbrauchs an wichtigen Konsumgütern zwischen der DDR und Westdeutschland in den Jahren 1958 bis 1960. Forschungsbericht des Instituts für Marktforschung, Leipzig 1961; Werner Schumann, Die Entwicklung der Produktion und des Verbrauchs an wichtigen Konsumgütern der Branche Haushaltswaren und der Vergleich der Produktion und des Verbrauchs zwischen der DDR und Westdeutschland. Forschungsbericht des Instituts für Marktforschung, Leipzig 1962.

19 Vgl. Stephan Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Konrad Jarausch/Hannes Sigrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/Main – New York 1997, S. 169 ff.; Anne Hartmann/Wolfgang Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998.

20 Vgl. Programm zur Durchführung von Maßnahmen zur Entlastung der werktätigen Frauen durch den sozialistischen Handel, bekannt als „Bundprogramm“, April 1957; Gerhard Manz, Was darf's denn sein? Was Du vom sozialistischen Handel wissen sollst, Berlin (DDR) 1959.

21 Vgl. Herbert Koch/Waltraud Nieke/Eberhardt Wieland, Die Erleichterung der Hausarbeit. Konzeption erarbeitet vom Institut für Marktforschung, Leipzig 1964, S. 56, in: Bundesarchiv, Außenstelle Coswig IfM L 102/93; Olaf Schmutzler, Zum Einkaufsverhalten der Haushalte der DDR bei Lebensmitteln, in: Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung (MIM), Nr. 4/1968, S. 11.

22 Katalog Centrum-Versand, Frühjahr-Sommer 1971.

23 Ralf Böhm/Klaus Dörge, Unsere Welt von morgen, Berlin (DDR) 1959.

24 Vgl. Dein Beruf – dein Leben. Handel I, Heft 4, Berlin (DDR) 1965.

Utopie versus Realität

Käufer auf die Produkte orientieren, von denen man zu viel produziert und zu wenig verkauft hatte, weil sie den Wünschen der Käufer nicht entsprachen. Bei den Waren hingegen, die landläufig als „Mangelwaren“ firmierten, sollte auf kaufreizende Werbung verzichtet werden, um die Nachfrage nicht weiter zu steigern. Sprach man dem sozialistischen Käufer einerseits Rechte zu – „Unsere Werktätigen sind anspruchsvolle Käufer, und sie haben ein Recht, anspruchsvoll zu sein. Sie sind die Herren der Betriebe – sie sind die Schöpfer unseres ständig wachsenden Reichtums... sie erwarten auch beim Einkauf beste Qualität“²⁵ –, wurde er andererseits zum zu erziehenden Staatsbürger, bei dem „bürgerliche Konsumtionsgewohnheiten“ bekämpft werden mußten. Zu diesen zählten jede unkontrollierbare Äußerung eines autonomen Käuferwillens wie spontane Käufe, die zu geringe Ausnutzung der physischen Lebensdauer von Waren oder der als unvertretbar hoch eingeschätzte „moralische Verschleiß“ einer „Wegwerfgesellschaft“, wie man ihn in der Bundesrepublik erblickte. Die SED hatte sich als Maßstab für ihre Versorgungsziele einerseits das bundesdeutsche Konsumniveau ausersehen, andererseits benutzte sie dort selbst kritisierte Konsumtionsgewohnheiten als Projektionsfläche für eine Systemkritik und den Nachweis der Überlegenheit der sozialistischen Verhältnisse in der DDR²⁶.

Dahinter verbargen sich letztlich politische und wirtschaftliche Überlegungen. Die Konsumgüterwirtschaft kam kaum mit der Produktion der Waren für den Grundbedarf nach. Zudem stellten Handel und Käufer nun fest, daß man sich seit Mitte der fünfziger Jahre zwar verstärkt den Kopf über „hochwertige Konsumgüter“, die zum Systemvergleich ausersehen waren, zerbrochen hatte, darüber aber die „tausend kleinen Dinge“ in Vergessenheit geraten waren. Es fehlte im ganzen Land an Dosenöffnern, Klammern, Schuhamziehern, Eierbechern und Sieben. Und so wandte das 6. Plenum des Zentralkomitees der SED (1959) seine Aufmerksamkeit dem „Programm der 1 000 kleinen Dinge (des täglichen Bedarfs)“ zu, das der Ministerrat 1960 förmlich beschloß²⁷.

25 „Verkaufskultur“, in: Unser Rundfunk, Nr. 43/1953, S. 29.

26 Vgl. Anneliese Albrecht, Die Funktion und die Aufgaben der Werbung auf dem Konsumgüter-Binnenmarkt, die Verantwortung der einzelnen Organe bei der Lösung dieser Aufgaben und die Vorbereitung und Durchführung der Werbemaßnahmen, Leipzig 1963, S. 2, sowie verschiedene Analysen und Forschungsberichte des Instituts für Marktforschung Leipzig, in: Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, Centrum Versand L 102/246, 247 und 250, L 102/31.

27 Tausend kleine Dinge, Reparaturen und Dienstleistungen. Aus dem Beschluß des Ministers vom 11. Februar 1960, SAPMO-BArch DY 34/5/342/5717.

Trotz der Einbeziehung der Frauen in die Produktion, trotz der Versuche, die Bevölkerung zum sparsamen Kaufen zu erziehen, trotz der punktgenauen Verteilung der Mangelwaren, trotz der immer wieder erhobenen Forderung „Handeln statt Verteilen!“ hatte sich die Versorgungslage nicht nachhaltig gebessert. Wegen der unzureichenden wirtschaftlichen Basis, die durch wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen wie die Vernichtung des privaten Handwerks oder die krampfhaftige Einholjagd gegenüber der Bundesrepublik weiter verschärft wurden, konnte keine langfristige Versorgungsstrategie etabliert werden.

Am schlechten Image des DDR-Handels hatte sich Anfang der sechziger Jahre trotz vielfältiger Initiativen wenig geändert. Auch das angestrebte bundesdeutsche Versorgungsniveau war 1961 nicht erreicht. Die der Dorfbevölkerung versprochene „komplexe Landversorgung“, mit der bis 1965 überall „Großraumlandverkaufsstellen“ und moderne Dienstleistungszentren entstehen sollten, war nur in drei Pilotprojekten erreicht worden. Diese brachten für die im Umkreis lebenden Menschen Erleichterungen sowie ein modernes Einkaufsgefühl und kündeten als utopische Verheißung „So wird es einmal sein“ von den ehrgeizigen Versorgungsplänen. Denn so wünschenswert diese Einrichtungen für eine verbesserte Versorgung waren, es zeigte sich sehr schnell, daß diese politisch zwar gewollt und unterstützt, aber nicht in dem angestrebten Maße zu realisieren waren. Bei den Planungen auf höchster politischer Ebene hatte man sich um Baukapazitäten, Maschinen oder Waren wenig Gedanken gemacht. Die Hoffnung, diese Großprojekte eines Tages flächendeckend auf dem Land errichten zu können, blieb unerfüllt.

Die SED-Propaganda orientierte sich bei ihrer Suche nach Schuldigen an alten Mustern²⁸. Sie lastete die wirtschaftlichen Probleme in einer ideologischen Offensive „Spionen und Saboteuren“ aus dem Westen und den noch verbliebenen etwa 250 000 Betrieben in privater Wirtschaft, Handwerk und Handel in der DDR an.

28 So Neues Deutschland vom 20. 1. 1953 „Zu Fragen des Handels und der Versorgung“. 1956 hatte die 3. Parteikonferenz festgestellt, daß „der größere Teil der Westberliner Bevölkerung bestrebt sei, auf Kosten der Wirtschaft der DDR die billigeren Waren bei uns zu kaufen“. Zitiert nach: Monika Zielke, Zur Sozialpolitik in der DDR in der Übergangsperiode (1945–1961). Studie zu einigen ausgewählten Problemen, Diss., Rostock 1982, S. 140; vgl. ferner das Protokoll der Sitzung des Politbüros Nr. 26/64 vom 28. 7. 1964, SAPMO-BArch J IV 2/2 – 941.

1960 startete sie einen neuen Versuch, die 1953 abgebrochene sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft zu einem Ende zu bringen. Insbesondere in Handwerk und Landwirtschaft sollten die noch bestehenden privaten Unternehmen „freiwillig“ in Genossenschaften zusammengefaßt und so die Produktivität gesteigert werden. In Stadt und Land wurden privaten Unternehmen rigoros die Existenzmöglichkeiten beschnitten. 1961 war die Situation schließlich wieder so angespannt, daß sich selbst Walter Ulbricht zu mahnenden Worten veranlaßt sah und seinen Genossen befahl, das Tempo der Umgestaltung zu drosseln: „Die paar privaten Geschäftsleute, die da noch sitzen, die gefährden den Sozialismus nicht, und die paar Fleischermeister, die ihr noch habt, die gefährden den Sozialismus auch nicht. Und dann macht ihr einfach eine ganze Anzahl von Bäckerläden wieder auf, und sollen sie selber backen. Aber sorgt dafür, daß die Bevölkerung Brot kriegt.“²⁹ So einfach, wie sich Walter Ulbricht die Lösung der festgefahrenen innenpolitischen Lage vorstellte, war es jedoch nicht. Immer mehr Menschen entschlossen sich zum letzten Schritt und überquerten die noch durchlässigen Landesgrenzen gen Westen, um den Repressionen in der DDR zu entgehen. Am 13. August 1961 schließlich griff die DDR-Führung zum letzten ihr noch zur Verfügung stehenden Mittel. Sie riegelte die Grenze zu Westberlin ab.

Die SED versprach ihren Bürgern wieder, daß der sozialistische Aufbau nunmehr ohne Störungen durch den „imperialistischen Klassenfeind“ ruhig und erfolgreich vonstatten gehen würde. An ihrem Lebensstandard sollten sie täglich erfahren, daß sie im besseren Teil Deutschlands lebten und daraus ihr Vertrauen in die Richtigkeit der Politik von Partei und Regierung ziehen. Die systemeigenen sozialistischen Vorzüge sollten durch spürbare Verbesserungen in der Versorgung erlebbar gemacht werden. Keine Ware des täglichen Bedarfs war zu wichtig, um nicht zum Thema auf den Sitzungen von Zentralkomitee und Politbüro zu werden. In den „Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung“ sah die Parteiführung eine gute Gelegenheit, um der Bevölkerung zu zeigen, wie ernst sie dieses Thema nahm, indem sie es in das Zentrum politischer Entscheidungen rückte³⁰.

29 Zit. nach: Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, hrsg. von Dierk Hoffmann/Karl-Heinz Schmidt/Peter Skyba, München 1993, S. 389.

30 Vgl. Walter Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin 1961; Sitzungen des Politbüros vom 16. 4. 1963, SAPMO-BArch J IV 2/2-875; vom 12. 6. 1963, J IV 2/2-882, vom 26. 6. 1963, J IV 2/2-884, vom 16. 12. 1963, J IV 2/2-914, vom 28. 7. 1964, J IV 2/2-941; siehe auch Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees

Trotz aller Rückschläge und Einschränkungen ihrer in den fünfziger Jahren verkündeten Pläne konnte die SED zu Beginn der sechziger Jahre auf wenigstens einem Gebiet durchweg Erfolge vermelden: Die Ernährungssituation hatte sich stabilisiert; die Bevölkerung hatte sich erfolgreich an die Weltspitze gegessen. Sie nahm pro Tag durchschnittlich 33 Prozent mehr Kalorien zu sich – das waren etwa 1 000 Kilokalorien mehr, als energetisch notwendig war. Allerdings sah man sich nun völlig überraschend mit anderen Problemen konfrontiert. So verständlich nach den langen Jahren des Hungers und der Rationierung die Sehnsucht der Menschen nach gutem Essen auch war, die dadurch auftretenden gesundheitlichen Probleme hatte niemand bedacht. Nun sollte die Bevölkerung über diese Folgen aufgeklärt und zu einer gesunden Ernährung gebracht werden³¹. Der wirtschaftliche Hintergrund dieser Bestrebungen war außerdem die Erkenntnis, daß die Landwirtschaft und die Nahrungsgüterindustrie in der DDR einerseits nicht in der Lage waren, das versprochene qualitative Versorgungsniveau tatsächlich zu liefern. Andererseits führten die Probleme mit Übergewicht und Fettsucht – die als Merkmal aller hochindustrialisierten Staaten relativiert wurden – durch krankheitsbedingten Ausfall zu volkswirtschaftlichen Verlusten.

Ernährungsphysiologisch wertvolle Nahrungsmittel wie Obst, Gemüse oder Fisch, die bei einer gesunden Ernährung eine wichtige Rolle spielen und den Werktätigen zu „Gesundheit und Schaffenskraft“ verhelfen sollten, fehlten in den Geschäften. Man war sich der Vielschichtigkeit der Problematik sehr wohl bewußt: „Die Unkontinuität im Angebot von Nahrungsmitteln hemmt die sozialistische Bewußtseinsbildung und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in ihren Staat. Da Nahrungsmittel täglich konsumiert werden, und sie über ein Drittel der Ausgaben für Waren ausmachen, sind sie bei breiten Kreisen der Werktätigen zum ersten Kriterium für die Bewertung des Lebensstandards geworden. Die Gewährleistung eines niveaувollen, kontinuierlichen Angebots ist somit nicht ausschließlich eine Versorgungsfrage, sondern ein Politikum ersten Ranges.“³²

der SED vom 9. 11. 1960 sowie das 11. Plenum des ZK der SED „Zu Fragen des Handels, der Versorgung und der Produktion der tausend kleinen Dinge“; hierzu auch: Aus dem Bericht des Politbüros an das 11. Plenum des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 21. 12. 1960, Ausgabe B, S. 4.

31 Vgl. Anneliese Albrecht, Die Aufgaben der zentralen staatlichen Organe auf dem Gebiet der sozialistischen Binnenhandelswerbung, in: Mitteilungen des Instituts für Marktforschung (MIM), Nr. 2/1962, S. 25.

32 Die künftige Entwicklung der Verbrauchererwartungen an das Sortiment, die Bearbeitung, die Qualität und die Verpackung der Nahrungsmittel, 1968, in: Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, DL 102/189, S. 4.

Während die Partei- und Staatsführung in den fünfziger Jahren auf vielen Gebieten zu einer Aufholjagd gegenüber der Bundesrepublik gerufen hatte, verfolgte sie im Bereich von Mode und Bekleidung andere Ziele. Die Versuche, das Bekleidungsverhalten der Bürger zu beeinflussen, orientierten sich nicht daran, die Bundesrepublik in der Pro-Kopf-Ausstattung an Kleidern, Schuhen und Mänteln zu überholen. Hier sollte genau der gegenteilige Effekt erreicht werden: Mäßigung war angesagt. Wie auf anderen Gebieten sollte der internationale Entwicklungsstand – das Weltniveau – die Grundlage für eine eigene sozialistische DDR-Modelinie sein. Entsprechend den Erfordernissen des „modernen Industriestaats DDR“ sollten die Käufer vor allem im Bereich der Mode ihren bisherigen Kauf- und Tragegewohnheiten abschwören und sich einer zeitlosen, modeunabhängigen Modelinie zuwenden. Mit dieser sollte dem „westlichen Konsumterror“ und hektischem Modewechsel, dem Sich-Kleiden nach dem „letzten Schrei“ ein sozialistisches Modebewußtsein entgegengesetzt und durch planvolles Zukaufen, Komplettieren und Kombinieren der Bedarf an modischen Artikeln beeinflußt werden. Modische Veränderungen sollten sich kontinuierlich, berechenbar und nicht in schnellen Wechsels vollziehen. Darauf sollte auch beim Import von modischen Textilien geachtet werden, um nicht durch unbedachte Einfuhren das sozialistische Erziehungsanliegen zu unterwandern³³. Entsprechend der modernen Lebensweise sollte die Kleidung „praktisch, langlebig und modeunabhängig“, „adrett“ und sorgfältig gepflegt sein. Farbenfroh und optimistisch sollte sie vom sozialistischen Lebensstil künden.

Enttäuschte Hoffnungen

Zum Ende der sechziger Jahre konnten viele DDR-Bürger feststellen, daß sich ihre Lebenssituation verbessert hatte. Zwar war die wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalisierung Mitte der sechziger Jahre abgebrochen worden, der Bereich der individuellen Konsumtion jedoch war weitgehend verschont geblieben. Hier galten noch immer die Pläne vom Erreichen des Weltniveaus. Die Ausstattung der Haushalte mit Waschmaschinen, Kühlschränken und Fernsehgeräten hatte durchschnittlich 60 Prozent erreicht. Die Ernährungslage galt seit Jahren als stabil. Die gesättigten Menschen verlagerten ihre Kaufwünsche zuneh-

mend in den Bereich der hochpreisigen Genußmittel wie Süßwaren, Kakaoerzeugnisse, Kaffee und Alkohol³⁴.

Darüber hinaus hatte der Staat seinen Bürgern eine Reihe von Erleichterungen im täglichen Leben gewährt. Polikliniken, Kulturhäuser, Kur- einrichtungen und Ferienplätze waren in großer Zahl eingerichtet worden und wurden hoch subventioniert. Das Angebot an Dienstleistungen hatte sich erweitert. Ganz dem internationalen Trend folgend, wurde Freizeit als Ergänzung zur Arbeitszeit gesellschaftlich und privat hochgeschätzt.

Nach dem hoffnungsvollen Start, mit dem Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag die kommenden zwanzig Jahre sozialistischer Entwicklung umrissen hatte, konnte der IX. Parteitag im Mai 1976 stolz eine erste Bilanz ziehen. Mit der Realisierung der 1971 versprochenen Vorhaben wurde rasch begonnen. Die DDR-Bevölkerung konnte auf den höchsten Lebensstandard im Ostblock blicken, das allgemeine Lohn- und Rentenniveau war gestiegen, Arbeitszeitverkürzungen und das „Babyjahr“ waren eingeführt. Die Ausstattung der Haushalte mit Bekleidung, Möbeln und technischen Geräten hatte sich weiter erhöht. Hunderttausende Wohnungen waren seit der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED 1972 entstanden. Auf dem internationalen Parkett hatte sich die DDR zu einem anerkannten Partner entwickelt, und auch die sportlichen Erfolge der DDR-Nationalmannschaften, die als „Botschafter für den Frieden“ um die Welt reisten, konnten sich sehen lassen.

Anfang der siebziger Jahre versuchte die SED nun die Politik der individuellen Bedürfnisbefriedigung durch eine verstärkte Hinwendung zu den „sozialistischen Errungenschaften“ zu ersetzen. Die Bürger sollten nicht mehr mit Blick nach Westen ihre Kühlschränke, Fernseher, Fleisch- und Butterkilos zählen, sondern die längst als selbstverständlich geltenden hochsubventionierten sozialen Leistungen in den Blick nehmen.

Der IX. Parteitag verkündete die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, mit der die neue Sachlichkeit der Politik ihren Slogan finden sollte. Das individuelle Lebensniveau, Löhne und Sozialleistungen sollten nur noch im Gleichklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung steigen. Mit diesem ökonomisch durchaus vernünftigen Programm ver-

33 Vgl. Karl-Ernt Schubert, Zur Aufgabenstellung des Modeschaffens in der DDR, in: MIM, Nr. 2/1963, S. 64.

34 Vgl. Jutta Schmutzler, Zum Bohnenkaffeeverbrauch der Bevölkerung der DDR, in: MIM, Nr. 2/1974, S. 22 ff.; Peter Donat, Entwicklungsprobleme des Spirituosenverbrauchs, in: MIM Nr. 2/1973, S. 24 ff.; Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin (DDR) 1990, S. 323.

suchte die SED-Führung einmal mehr, die Ausgaben für die Erhaltung des Lebensstandards der Bürger den tatsächlichen Möglichkeiten der DDR-Wirtschaft anzupassen. Die Bevölkerung jedoch hatte wie immer hoffnungsvoll auf die Beschlüsse des Parteitages geblickt und war enttäuscht. Um dem Unmut der Bevölkerung zu entgegen, wurden nur eine Woche nach dem Parteitag Erhöhungen der Mindestlöhne und Renten verkündet. Die SED-Führung fürchtete den Unmut der Bürger über nicht gewährte Verbesserungen im Lebensstandard mehr als die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen einer ökonomisch nicht fundierten weiteren Anhebung des Lebensniveaus³⁵.

Statt die innenpolitische Lage zu entspannen, provozierte die SED mit der im gleichen Jahr erfolgten Ausbürgerung Wolf Biermanns den schlimmsten intellektuellen Aderlaß der ohnehin durch die Abwanderung von ca. vier Millionen Bürgern seit 1949 betroffenen DDR. Die SED-Führung geriet nicht nur bei den Intellektuellen unter Druck. Auch die politisch und ökonomisch stets umworbene Jugend, deren Loyalität man mit vielerlei materiellen Anreizen zu erkaufen versucht hatte, wandte sich resigniert mehr und mehr von der „Partei der Arbeiterklasse und Interessenvertreterin des gesamten Volkes“ ab. Es zeigte sich, daß die Bevölkerung nicht mehr – wie in den Anfangsjahren – gewillt war, materielle Anreize als Stillhaltebonus für politische Zumutungen zu akzeptieren. Zwar hatte sich der Lebensstandard der DDR-Bürger erhöht, aber die erhoffte Zufriedenheit mit den Lebensumständen war nicht eingetreten. Vielmehr befand sich inzwischen der Staat in der Rolle desjenigen, der durch die Erfüllung ständig wachsender Forderungen und Bedürfnisse unter Druck gesetzt wurde.

Der Zusammenhang zwischen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt, Mangelercheinungen in der DDR und wachsender Unzufriedenheit der Bürger zeigte sich 1977 in der sogenannten „Kaffeekrise“ besonders deutlich. Seit Honeckers Machtantritt hatte sich die Auslandsverschuldung der DDR um ein Vielfaches erhöht. Das Politbüro suchte angesichts der steigenden Weltmarktpreise und der Exportschwäche der DDR-Wirtschaft nach Wegen, um über die Drosselung von Importen die Verschuldung abzubauen³⁶. Über die reduzierte Einfuhr von Kaffee hoffte die SED, einen Teil der aufgehäuften Schulden abbauen zu können. Da Kaffee zu den beliebtesten und größten

Ausgabepositionen der DDR-Bevölkerung im Nahrungs- und Genußmittelbereich gehörte, traf die SED der Unmut der Bevölkerung unmittelbar hart: Die Bevölkerung nahm diesen Angriff auf ihren Lebensstandard nicht unwidersprochen hin. Es hagelte Eingaben und Drohungen³⁷.

Eine „delikate“ Versorgungsstrategie

Allen Plänen zum Trotz hatten die Versorgungsprobleme im Laufe der Zeit nicht ab-, sondern zugenommen. Die offiziellen Berichte sprachen von einer „stabilen Versorgungssituation“. Diese erwies sich in nichtveröffentlichten Analysen als „stabil kritisch“, woran sich den Prognosen zufolge auch in absehbarer Zeit nichts ändern würde. Hauptaufgabe war es, das „erreichte Versorgungsniveau zu sichern“ und eine Reihenfolge der Bedarfsdeckung zu erstellen. Die als „sozialistische Errungenschaften“ popularisierten niedrigen Mieten sowie die Preise für Energie, Brot und Milch zählten zu den Punkten, die nicht angetastet werden durften. Gleichzeitig legte die Abteilung Handel und Versorgung beim Zentralkomitee der SED Listen über die aktuellen Mangelwaren an. Auf ihnen fanden sich fast alle Waren wieder, die ursprünglich den Wettstreit mit der Bundesrepublik entscheiden sollten³⁸. Die Bürger empfanden die Versorgungslage als so schlecht wie seit den fünfziger Jahren nicht mehr.

Um der wachsenden Unzufriedenheit entgegenzuwirken, hatte das Politbüro beim ZK der SED im Frühjahr 1977 beschlossen, die Delikat- und Exquisit-Läden auszubauen. Denn unter der Bevölkerung riefen nicht nur die fehlenden Waren Unmut hervor; vor allem sorgten Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Produkte für Ärger. Erich Honecker äußerte sich vor SED-Funktionären noch optimistisch, daß die Läden, die die DDR-Bevölkerung zunehmend in zwei Gruppen spalteten, nicht von langer Dauer sein würden: „Gestattet mir ein offenes Wort zu den Intershop-Läden. Diese Läden sind selbstverständlich kein ständiger Begleiter des Sozialismus. Natürlich übersehen wir nicht, daß Bürger der DDR, die keine Devisen besitzen, in gewissem Sinne im Nachteil gegenüber denen sind, die über solche Währung verfügen. Mit dieser Frage haben wir uns befaßt und festgelegt, das Netz der ‚Exquisit-“

35 Vgl. Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, München 1998, S. 118 ff.

36 Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur*, Bonn 1998, S. 200.

37 Vgl. Ina Merkel, *Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation. Briefe an das Fernsehen der DDR*, Köln – Weimar 1997.

38 Vgl. *Markttagetest Haushaltsgeräte 1985*, Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, DL 102/VA 121.

Läden auszubauen. Auch die Anzahl der Delikat-Läden wird erhöht.³⁹ Sie sollten den Bedarf der – devisenlosen – Bevölkerung an hochwertigen Import-Nahrungsmitteln befriedigen und über die dort erzielten höheren Preise zum Abbau der ständig wachsenden Spareinlagen beitragen. 60 Prozent der Waren sollten hochwertige, dem Westen in Verpackung und Art entsprechende Waren aus einheimischer Produktion sein, 40 Prozent aus Importen vor allem der Bundesrepublik stammen.

Das Angebot in den Delikat-Läden entsprach anfangs auch den Erwartungen der Verbraucher. Mängel im Angebot konnten mit der Anlaufphase begründet werden⁴⁰. Bereits 1981 war jedoch eine „generelle Angebotsverschlechterung“ eingetreten. Es gelang nicht, einen festen Käuferkreis mit seiner Kaufkraft zu binden. Die angebotenen Artikel aus DDR-Produktion wurden nicht als Alternative zu den zunehmend weniger im Angebot befindlichen Importen akzeptiert. Sie galten als „nachgemacht“ und entsprachen nicht den Erwartungen an ein westliches Erscheinungsbild der Waren. Auch litt die Akzeptanz des Delikathandels als sinnvolle Ergänzung zum sonstigen Warenangebot, da mehr und mehr Waren aus dem normalen Warensortiment nun in den Delikat-Läden auftauchten. Die Bürger fühlten sich betrogen und unterstellten, daß Mangelwaren aus dem normalen Sortiment zu höheren Preisen im „Delikat“ käuflich waren. Der Ärger über die eingeschränkten Konsummöglichkeiten wurde noch durch die seit den sechziger Jahren betriebene Bevorzugung von Berlin bei der Belieferung mit Mangelwaren verstärkt⁴¹.

Bei ihrem Versuch, für hausgemachte Probleme externe Ursachen zu benennen, griff die DDR-Führung auf altbekannte Repertoires zurück. War bereits 1953 die verschobene Aufhebung der Rationierung dem „Abkauf“ der Westberliner Bevölkerung in Ostberlin angelastet und auch der Mauerbau mit dem drohenden Ausverkauf der DDR durch Westberliner begründet worden, so boten sich in den achtziger Jahren wiederum Touristen und Ausländer als Sündenböcke an. 1980 wurde im Auftrag der Regierung untersucht, welche Auswirkungen der ausgesetzte Reiseverkehr

zwischen Polen und der DDR auf die Versorgungslage hatte. Man stellte fest, daß dieser auf 33 Prozent des Vorjahresstandes zurückgegangen sei, wobei die Einreisenden zu 90 Prozent als Arbeitskräfte in die DDR kamen. Diese wiederum kauften weniger Waren, wodurch für DDR-Bürger mehr Waren zur Verfügung stünden. Im Klartext hieß das: „Infolge des Rückgangs der Käufe polnischer Touristen wurden die verfügbaren Warenfonds in stärkerem Maße für die Versorgung der Bevölkerung in der DDR wirksam.“⁴² 1988 wurde eine Zahl von über zehn Millionen Einreisen aus sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern in die DDR errechnet: „Damit partizipieren Ausländer an den Errungenschaften, die im Zuge der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in unserem Land erreicht worden sind. Das bedeutet einen Schaden für die Wirtschaft der DDR und beeinflußt das politische Klima negativ.“⁴³

Epilog

Bis 1989 verbesserte sich die Versorgungslage nicht mehr. Sie verschlimmerte sich vielmehr weiter – ebenso wie die innenpolitische Lage nach der Weigerung der SED-Führung, eine Liberalisierung nach Gorbatschows Vorbild zuzulassen. Bisherige Tabuthemen wie „Intershop“ und Westpakete wurden aufgegriffen. Ende der achtziger Jahre wurde in dem von der SED in Auftrag gegebenen „Sonderauftrag zur gegenwärtigen Versorgungssituation“⁴⁴ erneut in Wiederholung des 1976 von Erich Honecker auf dem IX. SED-Parteitag gesprochenen Wortes festgestellt, daß nur das verbraucht werden könne, was vorher produziert wurde. Der Bericht verwies darauf, daß die seit Ende der siebziger Jahre unter dem Eindruck der polnischen Entwicklung verfolgte Einkommenspolitik zu einem schnelleren Wachstum der Einkommen als der Produktion geführt habe. Hinzu komme, daß das produzierte Angebot nicht den Kaufwünschen der Bevölkerung entspreche, deren freie Geldmengen weder über die hochpreisigen Waren in den „Delikat“- und „Exquisit“-Läden noch über andere Konsumgüter gebunden werden

42 Zu Auswirkungen der zeitweiligen Veränderungen im privaten Reiseverkehr zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen auf dem Konsumgüterinnenmarkt der DDR im Jahre 1981 vgl. Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, DL 102/1487, S. 7.

43 Sonderauftrag zur gegenwärtigen Versorgungssituation, 1989, Außenstelle Coswig, 1989, DL 102/2074, o. S.

44 Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, DL 102/2074.

39 Zit. in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. 12. 1988: „Klassenspaltung im Alltagsleben der DDR“.

40 Vgl. Die Versorgung mit hochwertigen Nahrungs- und Genußmitteln, 1981, in: Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, DL 102/1491, S. 6.

41 So erhielt Berlin pro 1 000 Einwohner die doppelte Anzahl PKWs zur Verfügung gestellt wie in den jeweiligen Bezirken. Auch die durchschnittlichen Wartezeiten waren in der Hauptstadt mit 132 Monaten wesentlich geringer als in den Bezirken, wo 156 Monate auf ein Auto gewartet werden mußte. Vgl. Spezifika der Nachfrage und der Versorgung in Berlin, Hauptstadt der DDR, in: MIM, Nr. 17/1987, S. 1–7.

könnten. Auch hätten die seit 1975 erzielten Umsatzsteigerungen im Handel nichts mit einem erhöhten Kaufverhalten durch die Bevölkerung zu tun, sondern mit Preiserhöhungen. Hinzu komme, daß die Bevölkerung sich sowieso auf Waren aus dem Nichtsozialistischen Währungsgebiet (NSW) orientiert habe und diesen einen größeren moralischen und materiellen Wert als entsprechenden DDR-Produktionen beimesse.

Eine im Februar 1989 fertiggestellte Studie über den Paket- und Postverkehr mit der Bundesrepublik förderte zutage, daß die DDR-Wirtschaft und der Handel auf die private Einfuhr von Konsumgütern und Nahrungsmitteln regelrecht angewiesen waren. Teilweise überstieg die private Einfuhrmenge von Kaffee, Kakao, Oberbekleidung und Schuhen die Menge der in der DDR produzierten Waren⁴⁵. Es sei ein „Trugschluß“, den Stellenwert der Genußmittel in den Paketen geringzuschätzen, da ein Teil der angespannten Versorgungslage auf dem DDR-Markt darüber ausgeglichen werde. Hierbei würde es sich „in jedem Einzelfall um versorgungspolitisch relevante Mengen“ handeln, „die maßgeblich das Versorgungsniveau bei diesen Sortimenten prägen. Stets muß mit Nachdruck darauf verwiesen werden, daß Textilwaren in dieser Größenordnung seit Jahrzehnten über den Postpaket- und Päckchenverkehr in die DDR gelangen und in den Garderobefonds unserer Bevölkerung eingehen. Diese Einfuhrmengen an Textilwaren bieten den Empfängern die Möglichkeit, qualitative und strukturelle Mängel im Warenangebot auch über längere Zeiträume zu überdecken.“ Problematisch sei lediglich, daß über die Einfuhr von hochmodischer Kleidung die Kleidungsansprüche in die Höhe geschraubt würden, ohne daß der Handel in der DDR dem etwas Entsprechendes entgegenzusetzen habe. Auch sei das hierüber an die Nichtempfänger von Paketen vermittelte Frustrationspotential nicht zu unterschätzen: „Anders ist das natürlich bei den Bevölkerungskreisen, die nicht über derartige Kontakte verfügen. Hier wird eine permanente Unzufriedenheit genährt, die durch den Augenschein im Straßenbild oder an der Arbeitsstelle ständig neu geschürt wird. Dieser politische Aspekt, der schon in der Schule beginnt, darf in seiner Bedeutung

nicht unterschätzt werden.“⁴⁶ Doch derartige Warnungen verhallten ungehört.

Die Marktforscher und Ökonomen entwickelten immer wieder das gleiche Szenario, um diese Entwicklung aufzuhalten. Solange das Angebot nicht dazu angetan sei, die Geldüberhänge wirksam abzubauen, sollte auf das Mittel der Kaufkraftstimulierung über Einkommenserhöhungen verzichtet werden. Mehr noch wurde gefordert, die Preise für Mieten, Energie und soziale Leistungen zu erhöhen, um so die Belastung des Staates und die wachsenden Spareinlagen der Bevölkerung abzubauen. Hierfür sollten Preise erhöht, Löhne und Gehälter eingefroren und technisch hochmoderne Waren bereitgestellt werden. All diese Maßnahmen lehnte die SED aus politischen Gründen ab: Sie fürchtete, durch unpopuläre Maßnahmen auf dem Konsumsektor ihre Legitimität noch mehr zu untergraben⁴⁷. Statt Preiserhöhungen anzuordnen, gewährte sie weitere Einkommenserhöhungen, für die bereits seit langem keine Warendeckung mehr vorhanden war. So schien es nur eine Frage der Zeit, bis die SED-Führung ihren politischen und ökonomischen Offenbarungseid leisten mußte. Dies tat Werner Jarowinsky, Sekretär für Handel und Versorgung beim ZK der SED, am 10. November 1989, indem er vor der versammelten SED-Spitze erklärte, die DDR habe seit dem Ende der sechziger Jahre über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gelebt⁴⁸.

Mit der Öffnung der Grenze im November 1989 verschaffte sich die Mehrheit der DDR-Bürger auch Zugang zu den ihnen seit den fünfziger Jahren immer wieder versprochenen Waren. Im Westen konstatierte man, daß die DDR-Bürger das gerade empfangene Begrüßungsgeld unverzüglich in Lebensmittel wie Kaffee, Schokolade und Südfrüchte umsetzten⁴⁹. Alle diese Produkte waren bis dahin nur sporadisch über Westpakete, „Intershop“ oder die Delikatläden in den Konsum der DDR-Bürger eingegangen, hatten aber ihre Konsumerwartungen wesentlich mitgeprägt⁵⁰.

46 Ebd.

47 Vgl. Herbert Koch, Zur Beeinflussung des Bedarfs der Bevölkerung, in: MIM, Nr. 3-4/1984, S. 9-11.

48 Vgl. Hans Hermann Hertle/Gerd Rüdiger Stephan, Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997.

49 Die Satirezeitschrift „Titanic“ widmete das Titelbild ihrer Novembernummer 1989 diesem Einkaufsverhalten.

50 Vgl. hierzu MIM, Nr. 4/1989.

45 Vgl. Analyse des Postpaket- und -päckchenverkehrs für das IV. Quartal 1988 und Einschätzung der Jahresgrößen für 1988, Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, DL 102 VA 248.

Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948–1989

I. Die DDR-Jugend im Arbeitsprozeß Eine Forschungslücke

Im Mitte 1998 veröffentlichten Schlußbericht der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages war ein Abschnitt der Jugend der DDR gewidmet. Im Bericht wird vor allem auf staatliche Formen der Jugendkultur eingegangen und hervorgehoben, daß die Jugendpolitik der SED „insgesamt dazu dienen sollte, die Bindung der Jugend an den SED-Staat zu vertiefen, insbesondere aber ihre Wehrbereitschaft und Arbeitsmoral ständig zu verbessern“¹. Wie die Wehrerziehung und in welchen Formen sich Sport- und Freizeitaktivitäten vollzogen, darauf wird im Bericht näher eingegangen². Wie jedoch die „ständige Verbesserung der Arbeitsmoral“ erreicht werden sollte, läßt der Schlußbericht offen. Wenn in ihm von „Jugendarbeit“ die Rede ist, dann ist damit nicht das Arbeitsleben der Jugendlichen gemeint, sondern wiederum die Jugendpolitik. Damit bleibt die Sphäre, in der einige hunderttausend berufstätige Jugendliche den größten Teil ihres Tages verbrachten, außer Betracht. Was im Schlußbericht als ausgesprochenes Manko erscheint, kann verschiedene Ursachen haben. Eine davon könnte unzureichendes Wissen über diese Materie sein. Denn zur Entwicklung jugendlicher Berufstätiger – speziell zur Arbeiterjugend der DDR – sind seit der Wende nur relativ sparsame Aussagen im Zusammenhang mit der Behandlung der „Massenorganisation FDJ“ bzw. der Berufsbildungspolitik im Sinne von „Jugendpolitik im Betrieb“ gemacht worden³.

1 Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11000, Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bonn 1998, S. 204.

2 Alle drei Gutachten zu Jugendproblemen in der DDR, die im Anhang aufgelistet sind, befassen sich mit Jugendkultur, insbesondere mit der Jugendmusikkultur. Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Rauhut in diesem Heft.

3 Vgl. Peter Hübner, Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag des DDR-Bürgers, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II, 3: Macht, Entscheidung, Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 1743–1745; Barbara Hille, Jugend und Jugendpolitik in der DDR von 1961 bis 1989, in: ebd., Bd. III, 2: Ideologie, Integration und Disziplin, Baden-Baden 1989, S. 1286–1291; Dorle Zilch, Alltag in der FDJ

Dieser Beitrag kann die Forschungslücke nicht schließen, will aber am Beispiel der Jugendbrigaden zeigen, daß die berufstätigen Jugendlichen neben Oberschülern, Studenten und Lehrlingen durchaus ein Thema von Bedeutung für die Erforschung der DDR-Geschichte sind. Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen die Entwicklung und die Alltagsprobleme der Jugendbrigaden selbst, auch wenn der „Jugendarbeit“ von FDJ (Freie Deutsche Jugend), FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und Betriebsleitung mit den Jungarbeitern zwischen 18 und 25 Jahren der notwendige Platz eingeräumt wird.

Literatur zur Geschichte der Jugendbrigaden steht bis heute kaum zur Verfügung, wenn auch „hervorragende Jugendbrigaden“ in den Betriebsgeschichten, die zur DDR-Zeit entstanden, immer wieder gern mit ihren „Initiativen“ genannt wurden. Für die Betriebsarchive kann der Autor nur bestätigen, was bereits Peter Hübner über das Chemiewerk Schwarzheide schrieb: „Es dürfte nicht ganz unsymptomatisch sein, wenn die Aktenlage zum Wirken der FDJ im Werk . . . sehr dürftig erscheint. Mit dem Übergang von Jugendlichen ins Berufsleben trat in der Regel ein Rückzug aus der FDJ-Mitgliedschaft ein. Das wirkte sich unmittelbar auf die Tätigkeit des Verbandes in den Betrieben aus. Auch dürfte die bei aller Verbürokratisierung des FDJ-Apparates an der Basis wenig professionelle Administration ihre Spuren in Form einer schlechten Quellenüberlieferung hinterlassen haben.“⁴ Brigadetagebücher haben Jugendliche offensichtlich viel weniger angelegt als die Brigaden „älterer Werktätiger“, so daß auch diese Quelle nicht sehr ergiebig ist. Die Archivalien des FDJ-Zentralrates und des FDGB-Bundesvorstandes (beide waren letztinstanzlich für die Arbeit mit den Jugendbrigaden verantwortlich) müssen diesbezüglich noch stärker ausgewertet werden. Nach unvollständigen Recherchen des Autors lassen sie weniger Rückschlüsse auf die Entwicklung der Jugendbrigaden zu, als man angesichts der häufigen Nennung von Jugendbrigaden in der „Tribüne“ und „Jungen Welt“ erwarten könnte.

und FDJ im DDR-Alltag, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VII, Bonn – Berlin 1997, S. 87 f., 98.

4 P. Hübner, ebd., S. 1745.

Auf die insgesamt schwierige Quellenlage ist es in erster Linie zurückzuführen, wenn dieser Artikel über die Jugendbrigaden nicht mehr als ein erster Versuch sein kann, ihre Geschichte zu erfassen.

II. Die Jugendbrigaden – Bestandteil der Brigadebewegung in der DDR

Die ersten Jugendbrigaden, zunächst noch Jugendaktivs oder Jugendproduktionsgruppen genannt, entstanden in den volkseigen gewordenen Betrieben mit dem Übergang zur Planwirtschaft 1948. Horst-Otmar Henneberg, einer der wenigen Autoren, die zu DDR-Zeiten bereits über Brigaden geschrieben haben, beziffert ihre Zahl für 1948 auf knapp 500 und für 1949 auf knapp 3 000⁵. Anfang 1954 hatte der Ministerrat der DDR die 5. Anordnung zum 1950 erlassenen Jugendgesetz beschlossen, die den Betrieben erstmals die Aufstellung von Jugendförderungsplänen vorschrieb. Seitdem standen die Jugendbrigaden stärker im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von SED, Regierung und Massenorganisation. Zum zweiten Jahrestag des Ministerratsbeschlusses wurde erstmals der Ehrentitel „Hervorragende Jugendbrigade der Deutschen Demokratischen Republik“ verliehen⁶. Es war daher kein Zufall, daß es eine Jugendbrigade war, der Anfang 1959 die Aufgabe übertragen wurde, ihren Namen unter den Aufruf „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ zu setzen. Im Frühjahr 1959 war jede fünfte Brigade, die sich im „Titelkampf“ befand, eine Jugendbrigade. Die Jugendbrigaden zählten 40 000 Mitglieder⁷. Seit Anfang der sechziger Jahre galten sie als „beste, tausendfach bewährte Form für die Förderung der Initiative und für die sozialistische Entwicklung unserer Jugend“⁸. Im Jahre 1970 zählte man in der DDR 14 000 Jugendbrigaden mit 178 000 Mitgliedern. Das Jugendgesetz vom Januar 1974 berücksichtigte die Jugendbrigaden an hervorragender Stelle⁹. Erstmals am 21. Mai 1977 wurde der „Tag der Jugend“ als ein Höhepunkt

5 Vgl. Horst-Otmar Henneberg, Zur Entwicklung und Organisation der Arbeitsbrigaden in der volkseigenen Industrie, Berlin 1955, S. 163–164.

6 Vgl. Manöver Schneeflocke. Brigadetagebücher 1960–1990 im Museum Berliner Arbeiterleben. Daten zur Zeitgeschichte, o. O., o. J., S. 3.

7 Berechnet nach: Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Berlin 1982, S. 326, und Angaben des FDGB in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 34 (FDGB) P 55/59, unpag.

8 Zitiert aus der „Anordnung des 1. Stellvertreters des Ministerrates für den Jugendförderungsplan im Jahre 1963“.

9 Vgl. Gesetzblatt der DDR (GBl. DDR), I 1974, S. 45.

der „Woche der Jugend und Sportler“ begangen. Drei Jahre später arbeiteten 433 000 jugendliche Berufstätige in Jugendbrigaden, im Jahre 1986 bereits 575 000. Das waren ca. elf Prozent aller am Titelkampf der sozialistischen Brigaden in der Wirtschaft Beteiligten¹⁰.

Jugendbrigaden hatten mit den Arbeitsbrigaden, wie es sie seit 1950 in der Industrie der DDR in großer Zahl gab, und den 1959 geschaffenen „sozialistischen Brigaden“ viel gemein¹¹. Wie diese unterschieden sie sich von den übrigen im Volkseigenen Betrieb (VEB) existierenden Arbeitsgruppen in drei Merkmalen: Ihre Gründung war erstens das Resultat einer Entscheidung der Arbeitsgruppe selbst, d. h., die Bildung von Jugendbrigaden konnte nicht „von oben“ angeordnet, wohl aber beeinflußt werden. Zweitens schlossen auch die Jugendbrigaden jährlich mit der Werkleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) einen Brigadevertrag ab. Sie stellten sich in einem von beiden Institutionen gebilligten „Kampfprogramm“ zusätzliche Produktionsaufgaben, mit denen (meistens) die Menge der herzustellenden Produkte oder (seltener) die Qualität der Produktion gesteigert werden sollte. Wenn sich Jugendbrigaden am betrieblichen Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ beteiligten – was sie seit 1959 in der Regel taten –, übernahmen die Jugendlichen auch Verpflichtungen, die über die Bereitschaft, „sozialistisch zu arbeiten“, hinausgingen. Diese Verpflichtungen bezogen sich einerseits auf Qualifizierungsaufgaben („sozialistisch lernen“). Andererseits wurden unter der Rubrik „sozialistisch leben“ Verpflichtungen zur Teilnahme an kulturellen oder geselligen Aktivitäten der Brigademitglieder nach Feierabend bzw. Unterstützungsmaßnahmen für Schulen („Patenschaften“) oder Kommunen („Aufbau-einsätze“) aufgelistet. Werkleitung und BGL verpflichteten sich im Brigadevertrag, die für die Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne durch die Brigade benötigten Materialien und Zulieferungen „kontinuierlich bereitzustellen“ und die Beteiligung am betrieblichen Wettbewerb sowie die über den Produktionsprozeß hinausgehenden Aktivitäten der Brigaden mit Prämien (für die Besten im Wettbewerb), mit Freistellungen (für Qualifizierungslehrgänge) und durch Subventionierung bei Teilnahme an Kulturveranstaltungen zu unterstützen. Drittens hatten die Jugendbrig-

10 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1988, Berlin 1988, S. 131, dasselbe 1989, Berlin 1989, S. 131, 134.

11 Vgl. Jörg Roesler, Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950–1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97, S. 3–17.

gaden direkten Einfluß auf die Bestimmung ihres Arbeitsgruppenleiters, des Brigadiers. Er wurde in der Regel von den Brigademitgliedern gewählt, mußte aber seit Anfang der fünfziger Jahre auch von der Werkleitung bestätigt werden, d.h. für sie akzeptabel sein.

III. Die Zuständigkeit von FDJ, FDGB, SED und „staatlicher Leitung“ für die Jugendbrigaden

Neben vielen Gemeinsamkeiten wiesen Jugendbrigaden gegenüber den „Durchschnittsbrigaden“ eine Reihe von Besonderheiten auf, die sich überwiegend aus dem unterschiedlichen Verhalten von Jugendlichen und Erwachsenen gegenüber den gleichen Herausforderungen bzw. Unzulänglichkeiten des Fabrikalltags ergaben. Abgesehen von den Größenunterschieden – Jugendbrigaden umfaßten in den letzten 20 Jahren ihrer Existenz im Durchschnitt zwischen 10 und 13 Personen, andere Arbeitskollektive in der Industrie dagegen 18–20 Kollegen¹² – sei an dieser Stelle nur auf die konstitutiven Verschiedenheiten hingewiesen: Während die für Aktivisten und Wettbewerbsbewegung sowie die Brigaden „zuständige“ Massenorganisation der FDGB war¹³, mußte er sich bezüglich der Jugendbrigaden die Verantwortlichkeit mit der FDJ teilen. Im Jahre 1953 erhielten Industriebetriebe der DDR mit mehr als 200 beschäftigten oder auszubildenden Jugendlichen auf Beschluß der Staatlichen Stellenplankommission beim Ministerrat die Anweisung, hauptamtlich politische Mitarbeiter als FDJ-Sekretäre einzustellen¹⁴. Diese traten von nun an beim Abschluß der Jugendförderungspläne als Partner der Werkleitung und im Falle der Jugendbrigaden als Partner der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) auf. Aus der Zuständigkeit (auch) der FDJ-Grundorganisation für die Jugendbrigaden im Betrieb wurde die Forderung nach der FDJ-Mitgliedschaft der Jungarbeiter abgeleitet, zumindest für die in Jugendbrigaden organisierten. „Kern“ einer jeden Jugendbrigade sollte die FDJ-Gruppe sein.

Anders als für die Arbeitsbrigaden gab es für Jugendbrigaden Teilnahmebeschränkungen: Lehrlinge, die doch 70 Prozent ihrer Lehrzeit als

berufspraktische Zeit in einem Betrieb verbrachten, durften keine Jugendbrigaden bilden und auch nicht *Mitglieder* von Jugendbrigaden werden, selbst wenn sie ihre betriebliche Ausbildung vorwiegend in Jugendbrigaden absolvierten. Damit war die untere Altersgrenze der Jugendbrigaden de facto auf 18 Jahre festgesetzt. Die obere betrug, analog zur FDJ-Mitgliedschaft, 25 Jahre. Nach oben waren jedoch „Übertretungen“ eher zulässig.

Die benannten Verantwortlichkeiten von „staatlicher Leitung“, Betriebsparteiorganisation (BPO), BGL und FDJ in den Betrieben legen den Schluß nahe, es habe sich bei ihnen im Vergleich zu den Brigaden „älterer Werktätiger“ um eine viel stärker „von oben“ gesteuerte, bürokratisch reglementierte, eine in größerem Maße *politische* Bewegung gehandelt. Das starke Interesse der SED, „die gesamte junge Generation für den Sozialismus (zu) begeistern“¹⁵, bestärkt diese Vermutung. Der Eindruck, daß mit den Jugendgesetzen bzw. den Existenzraum der Jugendbrigaden regelnden Vorschriften Eigeninitiative immer mehr durch Überwachung und Reglementierung ersetzt worden sei, entsteht aber aufgrund einer vorwiegend auf den Proklamationen des Jugendverbandes und den Beschlüssen des Ministerrates basierenden Einschätzung. Die tatsächlichen Gestaltungsräume für Jugendbrigaden können jedoch nur durch Quellen, die „vor Ort“ entstanden sind und in der Regel zu DDR-Zeiten nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, erschlossen werden. Aus diesen Quellen – internen Berichten der SED, der FDJ, des FDGB, aber auch der Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) – läßt sich erkennen, daß das mit den Jahren aufgebaute politische Anleitungs- und Kontrollsystem der Jugendbrigaden kaum funktionierte und daß auch die gesetzlich verankerten Vorschriften über Organisation und Aufgabenstellung der Jugendbrigaden vielfach von den Werkleitungen – sie waren der einzig wirklich wichtige Partner bzw. Widerpart der Jugendbrigaden – nicht eingehalten wurden.

Für den relativ geringen Einfluß der „zuständigen“ Massenorganisationen gibt es in den archivalischen Quellen häufig Hinweise. Bereits Anfang März 1959, die Bewegung der „sozialistischen Brigaden“ war noch keine zwei Monate alt, bemängelte der Bericht über eine ins Kulturhaus der Leuna-Werke einberufene Konferenz die nachlässige Leitung der Brigaden: „Die Grundorganisationen des FDGB, der FDJ und der Partei müssen sich mehr um die Bewegung der Brigaden der

12 Vgl. ebd.; Neues Deutschland vom 8./9. April 1978; Jochem Cerny (Leiter des Autorenkollektivs), DDR 1976–1980. Eine Chronik, Berlin 1984, S. 75.

13 Vgl. Jörg Roesler, Gewerkschaften und Brigadebewegung in der DDR (Ende der 40er bis Anfang der 60er Jahre) in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 38 (1996) 3.

14 Vgl. P. Hübner (Anm. 3), S. 1744.

15 Detaillierter dazu: Ulrich Mählert, „Die gesamte junge Generation für den Sozialismus begeistern“. Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/93, S. 3–13.

sozialistischen Arbeit' kümmern und diese unterstützen. Es gibt solche Tendenzen, daß bei der Übernahme der Verpflichtungen die Leitungen der FDJ, BGL, Partei dabei sind und daß sich danach kein Funktionär dieser Leitungen mehr sehen läßt... Die allgemeine Klage war: mangelnde Unterstützung durch die Parteileitungen.¹⁶ Ein knappes halbes Jahr später kam die Bezirksleitung der SED Neubrandenburg in einer Sekretariatsitzung zur gleichen Aussage: „Der allgemeine Mangel besteht darin, daß nach der Erklärung, den Kampf um den Titel zu führen, die Unterstützung sowohl durch die PO als auch durch die BGL, FDJ-Leitung und Betriebsleitung nachläßt, wenn nicht sogar aufhört.“¹⁷ Es handelte sich bei der mangelnden „Betreuung“ der Jugendbrigaden – wie sich im Laufe der Jahre herausstellen sollte – nicht um „Kinderkrankheiten“ einer sich rascher als geplant ausbreitenden Bewegung¹⁸, sondern um eine augenscheinlich „systemimmanente“ (An-) Leitungsschwäche.

Bei einer Kontrolle der Arbeit mit den Jugendbrigaden in einem halben Dutzend Kombinat der Schwerindustrie im IV. Quartal 1988 wurde wiederholt bemängelt, was im Falle des Betriebes Leipzig des Metallurgiehandels besonders deutlich angesprochen wurde: „Eine Einflußnahme der BGL und der FDJ-Leitung ist absolut nicht vorhanden. Hieraus resultiert z. B. auch die Tatsache, daß das ‚FDJ-Aufgebot DDR 40‘¹⁹ in den Brigaden kein Thema ist.“²⁰ Ausgerechnet den „Räten der Jugendbrigaden“, die „das Bindeglied zwischen der FDJ-Leitung und den Jugendbrigaden darstellen“ sollten, wurde mit einer Ausnahme Inaktivität bescheinigt. „Den FDJ- und Gewerkschaftsleitungen schlagen wir vor“, heißt es in einem Bericht aus dem Kombinat Kali, „die Arbeit der Räte der Jugendbrigadiere neu zu bilden.“²¹

Wo die Institutionen versagten, hätten womöglich die „Paten“ oder „Betreuer“ die politische Anleitungs- und Kontrollfunktion gegenüber den Jugendbrigaden übernehmen können. Doch in der Regel wurden auch sie nicht oder nur sporadisch wirksam. Typisch ist eine Einschätzung, wie sie für den VEB Metallurgieofenbau Meißen getroffen

wurde: „Durch die staatliche Leitung wurde ein Betreuer der Jugendbrigade eingesetzt. Dieser Betreuer ist aber nur in kritischen Situationen oder anlässlich von Rechenschaftslegungen wirksam geworden.“ Oft wirkte gerade das Bestreben, als Berater „hervorragende Funktionäre“ der Werkleitung einzusetzen, kontraproduktiv, wie im Falle des Kombinats Metallaufbereitung Halle, wo als Betreuer u. a. der Betriebsdirektor, der Technische Leiter und der Produktionsleiter eingesetzt waren. Die hatten für die geforderte kontinuierliche Anleitung der Jugendbrigaden verständlicherweise überhaupt keine Zeit.

Die immer wieder beklagte „mangelnde Anleitung“ – ob nun durch die dafür zuständigen betrieblichen Institutionen oder eingesetzten Personen – ermöglichte andererseits auch weitaus mehr Freiraum für die Selbstorganisation der Jugendbrigaden, als ihnen formal zugestanden war. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, welches die Motivation der Jugendlichen selbst war, in Jugendbrigaden zu gehen, und welche Absichten sie mit ihrem Eintritt in die Brigaden verfolgten.

IV. Die Motivation der Jugendlichen zur Teilnahme an Jugendbrigaden

Ein erstes Motiv klingt vielleicht trivial, hat aber sicher eine große Rolle gespielt: Die Jugendlichen suchten Kontakt zueinander. Man darf nicht vergessen: Die Jungarbeiter bildeten – abgesehen von zentralen und bezirksgeleiteten Jugendobjekten²² – in allen Betrieben, in denen sie arbeiteten, eine Minderheit. Oft verrichteten sie ihre Arbeit vereinzelt zwischen den älteren Arbeitern, die in vieler Hinsicht andere Interessen hatten. Der Anteil der berufstätigen Jugendlichen betrug z. B. 1988 im Hydrierwerk Böhlen knapp 14 Prozent, im Werk Halsbrücke des Bergbau- und Hüttenkombinats Freiberg 11 Prozent und im Betrieb Muldenhütte nicht ganz sieben Prozent²³. In der Minderheit zu sein, das unterschied die Lage der Jugendlichen in diesem Alter grundsätzlich etwa von dem der Studenten und macht den Wunsch nach Kontakten mit anderen Jugendlichen während der Arbeitszeit verständlich. Jugendbrigaden unterlagen zwar der 1952 getroffenen Regelung, daß sie nur „entsprechend dem technologischen Prozeß“ – also nicht aus politischen oder sozialen

16 SAPMO-BA DY 34, A201.1322, unpubl.

17 SAPMO-BA DY 30 (Zentrales Parteiarchiv), IV 2/5 423. PO = (Betriebs-)Parteiorganisation der SED.

18 Vgl. für die sozialistischen und Arbeitsbrigaden Jörg Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 144 f.

19 Seine Termine waren auf den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 ausgerichtet.

20 BA-DDR DC 14 2414, unpubl.

21 Ebd. Die Ausnahme war das Mansfeld-Kombinat.

22 Vgl. dazu Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 1: Lexikon der Organisationen und Institutionen, Reinbek 1994, S. 441–443.

23 Berechnet nach BA-DDR DC 14 2414 unpubl.

Gründen – zugelassen wurden. Dem Wechsel von einer Arbeitsstelle (oder auch Brigade) an eine andere innerhalb des Werkes, wo eine Jugendbrigade bereits existierte oder gegründet wurde, stand allerdings lange Zeit kaum etwas im Wege²⁴.

Ein zweites Motiv war mit dem ersten eng verbunden und ergab sich aus dem Generationskonflikt, der natürlich auch vor den Werktoeren nicht halt machte: Man konnte in der Jugendbrigade der Unterordnung unter „die Alten“ entgehen. Die Jugendbrigade bot – zumindest auf den ersten Blick – Geborgenheit unter seinesgleichen. War dies die passive Seite der Reaktion auf den Generationskonflikt, so gab es auch eine aktive: Man konnte mit „den Alten“ – dies bot sich vor allem bei Brigaden an, die eine von mehreren Schichten umfaßten – in Konkurrenz treten und ihnen beweisen, was man – ohne sie – zu leisten in der Lage war. Besonders günstig waren die Möglichkeiten, „vorzupreschen“, in der Anfangsphase der Arbeitsbrigaden bzw. der Brigaden der sozialistischen Arbeit, wenn die „Alten“ noch zögerten, sich mit der neuen Organisationsform der „kleinsten Produktionseinheit“ bekanntzumachen.

„Ganz besonders hat die Jugend eingeschlagen“, berichtete im März 1950 die Gewerkschaftsvertreterin des Chemiewerks Premnitz auf einem vom Bundesvorstand des FDGB einberufenen „Erfahrungsaustausch“ über Arbeitsbrigaden und bezog sich dabei besonders auf eine „Jungaktivistin von 19 Jahren . . ., die jetzt Brigadeleiterin einer Jugendbrigade ist“²⁵. Auf einer weiteren, am Ende des gleichen Monats organisierten Aussprache hieß es über die Entstehung der Qualitätsbrigaden²⁶ im VEB Maschinenbau Meuselwitz: „Das Beispiel geben zwei Jugendbrigaden, die sich bereits vor einigen Wochen zusammenschlossen, um den Kampf um die Qualitätsverbesserung in kollektiver Arbeit aufzunehmen.“²⁷

Die größere Aufgeschlossenheit der Jungarbeiter gegenüber neuen Organisationsformen der Arbeit dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß der Bundesvorstand des FDGB, als er unter Hinzuziehung des FDJ-Zentralrates die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und

leben“ inszenierte²⁸, die Auffassung vertrat: „Es entspricht dem Wesen dieser Bewegung, daß sie zunächst von Jugendbrigaden ausgeht . . . Die Bewegung sollte fast gleichzeitig von fünf Jugendbrigaden aus verschiedenen Wirtschaftszweigen begonnen werden.“²⁹ Die Idee, den Elan der Jugend bzw. die Rivalitäten zwischen den Generationen zu nutzen, hätte fast die sorgfältig geplante neue „Masseninitiative“ an den Rand des Scheiterns gebracht. In einem „Problem-Bericht von der Konferenz der sozialistischen Presse mit ‚Brigaden der sozialistischen Arbeit‘“ wurde Ende Februar 1959, d. h. sieben Wochen nach dem Start der neuen „Bewegung“, besorgt festgestellt: „Bemerkenswert ist, daß – bis auf wenige Ausnahmen – fast ausschließlich Jugendbrigaden sprachen. Das zeigt, daß die Bewegung noch nicht auf die älteren Kollegen übergreifen hat. In den Buna-Werken war die Reaktion bei den ‚Alten‘ so, daß sie sagten: ‚Uns wollen die (da oben) nicht mehr haben.‘“³⁰

Die Initiatoren der „sozialistischen Brigaden“ sannen auf Abhilfe und machten als Sündenbock die Presse aus. „Es muß ernsthaft kritisiert werden“, hieß es in einer ersten Analyse des Bundesvorstandes des FDGB über die Entwicklung der sozialistischen Brigaden im Januar und Februar 1960, „daß ungenügend auf die Bedeutung der Teilnahme der Brigaden älterer Kollegen eingegangen wird. Aus kleinen Notizen geht aber hervor, daß die Zahl der Teilnehmer aus den Reihen älterer Kollegen weit schneller wächst, als darüber geschrieben wird. Doch die Zeitungen heben nicht die weit komplizierteren Bedingungen solcher Brigaden hervor und würdigen nicht genug ihre Verpflichtungen . . . Es hat den Anschein, als wären die Bezirkszeitungen nur an Jugendbrigaden interessiert.“³¹

Ein weiteres Motiv für Jungarbeiter, sich Jugendbrigaden anzuschließen, lag in ihrer Unzufriedenheit mit der Arbeit von Vertretern der Werkleitung – vom unmittelbar vorgesetzten Meister bis hin zum Direktor – und der Hoffnung, als Jugendbrigade eher Druck auf die (in den Brigadeverträgen stets enthaltene) Sicherung kontinuierlicher Materiallieferungen ausüben zu können. Wie die meisten Arbeiter empfanden es die berufstätigen

24 Der Abneigung der Wirtschaftsleitungen gegenüber der Mobilität zwischen den Betrieben stand lange eine positive Haltung zur innerbetrieblichen Mobilität gegenüber. Zum Fluktuationsverständnis in der DDR während der sechziger bis achtziger Jahre vgl. Katharina Belwe, Die Fluktuation Werktätiger als Ausdruck sozialer Konflikte in der DDR, Bonn 1982, S. 3–32.

25 SAPMO-BA DY 34 A 4043, unpubl.

26 Eine der frühen Benennungen von Arbeitsbrigaden. Vgl. Waltraud Falk/Horst Barthel, Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966, S. 68–69.

27 SAPMO-BA BY 34 18/309, unpubl.

28 Detaillierter dazu Thomas Reichel, Die Brigadebewegung in der DDR, Potsdam 1995, unveröffentlichtes Manuskript, S. 35–42; Jörg Roesler, Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre (hefte zur ddr-geschichte 15), Berlin 1994, S. 30–34.

29 SAPMO-BA DY 34 A 201.1317, unpubl.

30 SAPMO-BA DY 34 A 201.1322, unpubl. Unmittelbarer Anlaß für die Stimmung bei den älteren Arbeitern war ein Beschluß der Werkleitung, an einem neu erbauten Schmelzofen eine Jugendbrigade einzusetzen.

31 SAPMO-BA DY 34 A 201.1318, unpubl.

Jugendlichen als unbefriedigend, zeitweilig wegen stockendem Materialfluß nicht beschäftigt zu sein. Die Leistungslöhner unter ihnen wußten auch, daß Warte- und Stillstandszeiten mit Lohneinbußen verbunden waren. Die Formulierung auf einer der „Ökonomischen Konferenzen“ der Np-tunwerft in Rostock: „Wie wollen wir die Arbeitsproduktivität steigern, wenn die Leistungen unserer Arbeiter durch Entstehen von Lücken in der Produktion in ihrer Initiative gehemmt werden“, ging auf dieses Bewußtsein der Arbeiter ein³². Bei guter Arbeit – und deshalb in der Lokalpresse gefeiert – sowie ohne Zustimmung der Regionalbehörden von FDGB und FDJ nicht auflösbar, hofften sicher viele Jugendbrigaden, beim in der Regel in den Brigadeverträgen vereinbarten „monatlichen Treff Leiter“ gegen das, was ihrer Meinung nach Mißmanagement durch unfähige Betriebsangestellte war, besser vorgehen zu können als in den eigentlich dafür vorgesehenen Produktionsberatungen³³.

Schließlich darf bei der Untersuchung der Ziele, die die SED mit den Jugendbrigaden verfolgte, nicht ignoriert werden, daß die bei Aufrufen zur Teilnahme an Wettbewerben bzw. an der Bildung von Brigaden niemals fehlende politische Argumentation bei Jungarbeitern durchaus auf fruchtbaren Boden fallen konnte. Wenn im Jahre 1950 z. B. von Brigadepolitikern im VEB Maschinenbau Meuselwitz die Brigadebildung u. a. mit den Worten begründet wurde: „Wir müssen zusammenstehen, um unser großes Ziel, die Einheit Deutschlands, einen gerechten Frieden zu erreichen und darüber hinaus zum Weltfrieden zu kommen“³⁴, dann wäre es sicher falsch, das als „ideologisches Beiwerk“ abzutun. Ähnlich dürfte es sich mit Äußerungen verhalten, die von der Identifikation mit der DDR und vom Stolz auf das Errungene zeugen, die aber im Alltag eher als Ablehnung der Entwicklung im Westen Deutschlands denn als Lobeshymne auf die DDR vorgetragen wurden, wie z. B. die Passage aus dem Protokoll einer Belegschaftsversammlung zur Frage der Bildung von Arbeitsbrigaden in der Gießerei eines sächsischen Metallbetriebes vom März 1950, die lautet: „Wir müssen dem Westen zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind und nur durch eigene

Kraft vorwärts kommen können ohne hinterhältige Unterstützung der Westmächte.“³⁵

Solche Äußerungen – so wenig sie heute nachvollziehbar sein mögen – unterscheiden sich deutlich von den Phrasen, derer sich Jugendfunktionäre aus Betrieben, auch Jugendbrigadiere, im offiziellen Schriftverkehr mit dem Zentralrat der FDJ bedienten. Die Brigade „Karl Marx“ des Jugendobjektes „1. Mai“ der Kleinschmiede im Edelstahlwerk „8. Mai 1945“ in Freital z. B. versicherte dem 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, daß sie „die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik“ als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtete, „damit es unserem Klassegegner niemals wieder gelingt, in irgendeiner Weise Einfluß auf unser Territorium zu nehmen“³⁶. Schlimmer noch bestand die Grußbotschaft der Delegiertenkonferenz der FDJ-Grundorganisation des VEB Lokomotivbau Hennigsdorf an den 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ vom November 1968 fast nur aus Versatzstücken offizieller Rhetorik: „Unter Führung unserer ruhmreichen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ versprach die FDJ-Grundorganisation, die Werksjugend zu „glühenden Patrioten“ und zu „kompromißlosen Kämpfern für die Sache des Sozialismus (zu) erziehen“, sich an den „jugendlichen Schrittmachern“ des Werkes zu orientieren und „echte Pioniertaten in Wissenschaft und Technik“ zu vollbringen³⁷. In bezug auf die offiziellen Kontakte zwischen Jugendbrigaden und Betriebs-FDJ einerseits sowie FDJ-Zentralrat andererseits trifft durchaus zu, was im Schlußbericht der zweiten Enquete-Kommission so formuliert wurde: „In der Öffentlichkeit mußte man die ideologischen Sprachmuster beachten.“ Ob das für die betroffenen berufstätigen Jugendlichen bereits die Aneignung „opportunistischer Verhaltensweisen“ zur Folge hatte, wie die Kommission vermutet, sei dahingestellt³⁸.

Es erscheint allerdings angesichts des nach 1990 entwickelten Geschichtsbildes über die DDR notwendig, explizit darauf hinzuweisen, daß viele Anzeichen dafür sprechen, daß über Jahre eine beträchtliche Identifikation der ostdeutschen Arbeiterjugend mit der DDR existierte. In den fünfziger Jahren gab es in der DDR, anders als in der Bundesrepublik, noch keine Meinungsforschung. Ersatzweise können jedoch Informationen über die Entwicklung der Haltung der DDR-Bevölkerung herangezogen werden, die in Aufnahmestellen von DDR-Flüchtlingen in Berlin

32 Zitiert in: Peter Alheit/Hanna Haack/Heinz-Gerd Hof-schen/Renate Meyer-Braun, Gebrochene Modernisierung. Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 50er Jahren, Bd. 1. Sozialgeschichtliche Rekonstruktion, Bremen 1999, S. 534.

33 Zu den Produktionsberatungen vgl. Katharina Belwe, Mitwirkung im Industriebetrieb der DDR. Planung – Einzel-leitung – Beteiligung der Werktätigen an Entscheidungsprozessen des VEB, Opladen 1979, S. 161–165.

34 SAPMO-BA DY 34 A18/309, unpubl.

35 Ebd.

36 SAPMO-BA DY 24 7401 unpubl.

37 Ebd.

38 Deutscher Bundestag, Schlußbericht (Anm. 1), S. 204.

(West) gewonnen wurden. So wurde vom Meinungsforschungsinstitut infratest bei unveröffentlichten, d.h. nur für den internen Gebrauch bestimmten „Tiefeninterviews“ mit aus der DDR abgewanderten Arbeitern, die „mit Bemühen um Repräsentanz“ ausgewählt worden waren, für die Jahre 1953 bis 1959 ermittelt, daß 65 Prozent der Befragten nicht frei „von marxistischer Ideologie“ waren. Bezüglich der für die Ideologen von Plan- und auch Marktwirtschaft wichtigen Frage des Eigentums an der Produktion („soll es privat oder staatlich sein“) vertraten mehr als 40 Prozent der Befragten „radikale“ bzw. „gemäßigt marxistische“ Positionen, und nur acht Prozent glaubten uneingeschränkt an die Notwendigkeit privaten Eigentums³⁹.

Für die siebziger und achtziger Jahre kann auf DDR-eigene, gleichfalls nicht veröffentlichte und nur für den internen Gebrauch bestimmte Befragungen zurückgegriffen werden. Im Jahre 1966 war in Leipzig das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) gegründet worden, dessen langjähriger Direktor der Psychologe Walter Friedrich war. Seit 1970 waren dort in Intervallstudien, ebenfalls mit dem Bemühen um Repräsentanz, Jugendliche befragt worden. Aus den Befragungsergebnissen geht hervor, daß von der Gruppe „junge Arbeiter“ die vom Meinungsforschungsinstitut vorgegebene Auffassung: „Der Sozialismus wird sich in der ganzen Welt durchsetzen. Das ist meine Meinung“ im Jahre 1970 35 Prozent „vollkommen“ bejahten; fünf Jahre später waren es 56 Prozent und im Jahre 1984 noch 44 Prozent, während der Prozentsatz derjenigen, die mit „kaum“ oder „nicht“ antworteten, von 24 Prozent 1970 auf zehn Prozent 1984 zurückging⁴⁰. Die Befragungsergebnisse von infratest (fünziger Jahre) und des ZIJ (von Anfang der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre) lassen m.E. die Schlußfolgerung zu, daß für nicht wenige Jugendliche auch die Bejahung der Politik des „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Bo-

39 Vgl. Arbeiterschaft in der Volkseigenen Industrie der SBZ. Teil I: Analyse, erarbeitet von infratest München 1956 (unveröffentlicht), S. 132 ff.; Jugendliche Flüchtlinge aus der SBZ. Die menschlich-soziale, geistige und materiell-befriedigende Eingliederung jugendlicher Sowjetzonen-Flüchtlinge. Analyse, erarbeitet von infratest, München 1957 (unveröffentlicht), S. 59, 67. Zitiert in: Dietrich Staritz, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt/Main 1996, S. 171 f.

40 Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/90, S. 25, 29. Dieser Trend läßt sich auch anhand gleichgelagerter Fragen nachweisen. So gaben z.B. im Jahre 1970 37 Prozent, 1979 53 Prozent und 1983 55 Prozent der jungen Arbeiter an, „sehr stark“ bzw. „stark“ mit der DDR verbunden zu sein, lediglich zehn Prozent (1987) antworteten mit „kaum“ bzw. „überhaupt nicht“, ebd., S. 30.

den“ ein Motiv war, Jugendbrigaden beizutreten und in deren Rahmen Wettbewerbsverpflichtungen zu erfüllen⁴¹.

V. Der Fabrikalltag einer Jugendbrigade Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre

Politische Bekenntnisse, ob ehrlich gemeint oder ohne persönliches Engagement im „Funktionärsdeutsch“ verfaßt, gehörten allerdings nicht zum Alltag der Jugendbrigaden in den VEB. Der stand vor allem unter *ökonomischen* Vorzeichen⁴²: Hier ging es um höhere Produktion, höhere Produktivität und höhere Qualität, um „strengste Sparsamkeit“, um die Anwendung „fortschrittlicher Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik“ – nicht anders als bei den „Alten“. In der Sprache der betrieblichen Wettbewerbe drückten sich diese Zielstellungen in der Verpflichtung der Brigaden aus, sich an „sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften“ zu beteiligen bzw. „mit jeder Minute, mit dem Gramm Material, mit dem Pfennig“ zu sparen. Die Bemühungen, diesen Forderungen nachzukommen, führten früher oder später auch zu Auseinandersetzungen der Leiter der Jugendbrigaden mit dem Meister⁴³ oder der Werkleitung um „kontinuierliche Zulieferungen und die Vermeidung von Warte- und Stillstandszeiten“⁴⁴.

Bei Jugendbrigaden waren im Brigadevertrag im Abschnitt „Sozialistisch lernen“ generell höhere

41 Zum Meinungsstreit über die Einstellung der Bevölkerung zu „Partei und Regierung“ vgl. u.a. die Auseinandersetzung des Autors mit Stephan Hillsberg in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Podiumsdiskussion im Rathaus Schöneberg vom Juni 1998. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berliner Büro (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik. Eine Dokumentation. Bearbeiter: Daniel Küchenmeister, Berlin 1999, S. 108–116.

42 Vgl. Jörg Roesler, Gab es sozialistische Formen der Mitbestimmung und Selbstverwirklichung in Betrieben der DDR? Zur Rolle der Brigaden in der betrieblichen Hierarchie und im Leben der Arbeiter, in: Utopie Kreativ, 3 (1993) 31–32, S. 127 f.

43 Zum Verhältnis von Brigadier und Meister vgl. Jörg Roesler, Der Brigadier, der Meister und der Plan, in: Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen, Essen 1994, S. 265–278.

44 In welchem Maße diese Aufgaben den Alltag einer Jugendbrigade bestimmten, geht aus dem mehrere hundert Seiten umfassenden „Tagebuch des Brigadiers“ der aus Jugendlichen bestehende Brigade „10. Jahrestag“ im VEB Starkstromanlagenbau Rostock hervor, das von September 1959 bis August 1960 geführt wurde. (Archiv Schreibender ArbeiterInnen, Berlin [ASAB] Rep. 95/118.)

Verpflichtungen zur Qualifizierung enthalten. In der Regel handelte es sich darum, daß Jungarbeiter sich bereit erklärten, noch fehlende Schulabschlüsse nachzuholen, daß junge Facharbeiter sich entschlossen, einen zweiten – in der Brigade anwendbaren – Beruf zu erlernen, Meisterlehrgänge zu besuchen oder ein Studium aufzunehmen. Hinzu kamen eine ganze Reihe „FDJ-spezifische“ Verpflichtungen, auf die von seiten der FDJ-Betriebsleitung besonderer Wert gelegt wurde: Jugendliche Brigademitglieder verpflichteten sich zur Teilnahme am FDJ-Schuljahr und zur Erlangung des „Abzeichens für gutes Wissen“. Sie versprachen, die „Junge Welt“ zu abonnieren und am „Zirkel junger Sozialisten“ teilzunehmen.

Unterschiede zu den Verträgen der Brigaden mit überwiegend „älteren Kollegen“ gab es auch im Abschnitt „*Sozialistisch leben*“ des Brigadevertrages. Auffällig ist einmal die Ausrichtung der Verpflichtungen auf die Vorbereitung des (bis 1962 noch nicht obligatorischen) Militärdienstes. „Um die sozialistische Heimat gegen Überfälle des Feindes zu schützen, eigne ich mir auf der Grundlage des GST⁴⁵ die Grundfertigkeiten der Waffentechnik an“, lautete eine typische Individualverpflichtung im Rahmen eines Brigadevertrages. Andere Mitglieder von Jugendbrigaden versprachen, „durch ... regelmäßige Teilnahme in den Kampfgruppen waffentechnische Kenntnisse zu erweitern und die Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen“. Bereits „gediente“ Jugendliche verpflichteten sich, „den Reservistenlehrgang der NVA⁴⁶ zu besuchen“.

Stärker als in den Verträgen der Brigaden mit vorwiegend „älteren Kollegen“ waren in Jugendbrigaden auch Verpflichtungen zur Teilnahme am „Nationalen Aufbauwerk“ (Enttrümmerungsarbeiten) und an der Ernte in den 1959/60 im Ergebnis der vollständigen Kollektivierung entstandenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Häufig hatten Jugendbrigaden auch Patenschaften mit Schulklassen.

Wie aber sah es mit der Verwirklichung der „jugendspezifischen Vorsätze“ in den Brigadeverträgen aus? Aus einer Analyse des Bundesvorstandes des FDGB aus der ersten Hälfte der sechziger

Jahre (1963) geht hervor, daß die Jugendbrigaden das unzureichende Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten im Betrieb oder am Ort monierten. Die Erfüllung der Verpflichtung, „sozialistisch zu leben“, litt nach ihren Aussagen oftmals unter den langen Wegen von und zur Arbeit, aber auch an der Aufsplitterung der Jugendbrigade auf verschiedene Schichten. Die gemeinsamen Veranstaltungen nach Feierabend kamen oft schon deshalb nicht mehr zustande, weil abends die Schichtbusse nicht mehr fuhren. Positiv hoben die „Kontrollen“ vom Bundesvorstand bei Jugendbrigaden hervor, daß diese „ein ehrliches Verhältnis zur Prämie“ hätten. Anders als in Kollektiven „älterer Kollegen“ würden Jugendbrigaden vielfach begründen, „warum ein Kollege Prämie bekommt“.

Zu den generell gut erfüllten Vertragspunkten gehörten bei Jugendbrigaden Patenschaften mit Schulklassen. Brigademitglieder führten Hospitationen durch, gestalteten Pioniergruppennachmittage und luden die Schüler zu Feierstunden des Jugendkollektivs ein.

Sorgfältig vermieden wurde in den normalen Brigadeabrechnungen des FDGB-Bundesvorstandes, auf sogenannte „besondere Vorkommnisse“ mit Jugendbrigaden einzugehen, die dann eintraten, wenn die zum Fabrikalltag gehörenden Auseinandersetzungen mit den Betriebsfunktionären über Lohn, Leistung und Materialzufuhr einmal eskalierten⁴⁷.

Jugendbrigaden genossen bei den Werkleitungen einerseits besonderes Wohlwollen, weil sie in der Regel auf neue Wettbewerbsinitiativen – mit denen sich der Betrieb schmücken wollte, insbesondere wenn es mit der regulären Planerfüllung nicht so klappte – positiver und schneller reagierten als das Gros der Arbeiter. Andererseits blieb das Verhältnis der Werkleitung zu den Jugendbrigaden insofern ambivalent, als die „staatlichen Leiter“ aus Erfahrung wußten, daß sich gerade Jugendbrigaden energischer gegen Maßnahmen der Betriebsleitung wehrten (bis hin zu Arbeitsniederlegungen⁴⁸) als ältere Arbeiter, wenn sie erst einmal zu der Auffassung gekommen waren, daß ihnen von seiten ihrer Vorgesetzten Unrecht geschah.

45 Gesellschaft für Sport und Technik; 1952 als „sozialistische Massenorganisation für sportlich und technisch Interessierte mit besonderen Aufgaben für die wehrsportliche Erziehung und vormilitärische Ausbildung von Jugendlichen“ gegründet. Vgl. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, Reinbek 1994, S. 344–352.

46 Nationale Volksarmee der DDR.

47 Zu den alltäglichen Konflikten vgl. Jörg Roesler, Die Rolle des Brigadiers bei der Konfliktregulierung zwischen Arbeitsbrigaden und der Werkleitung, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.) Arbeiter in der SBZ/DDR, Essen 1999, S. 413–437.

48 Fallbeispiele für zu Arbeitsniederlegungen führende Arbeitskonflikte führt Peter Hübner an: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 187–192.

VI. Der Fabrikalltag von Jugendbrigaden Mitte der achtziger Jahre

Manches hatte sich Mitte der achtziger Jahre in den Jugendbrigaden gegenüber dem Ende der fünfziger bzw. dem Anfang der sechziger Jahre geändert. Wenn der FDJ-Zentralrat 1985 eine Erfolgsbilanz seiner „Arbeit mit den Jugendbrigaden“ hätte aufmachen müssen, hätte er zweifellos an erster Stelle die Zunahme der Zahl der Brigaden und der Brigadeteilnehmer genannt. Allein seit 1970 – man bezog sich in der DDR nicht mehr gern auf die Zeit vor der Honecker-Ära – war die Zahl der Brigaden auf das 3,2fache und die Zahl der Teilnehmer auf das 2,8fache gestiegen⁴⁹. Beim Zentralrat der FDJ schätzte man ein, daß damit ca. 30 Prozent der Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung in Jugendbrigaden erfaßt waren⁵⁰. Aus der einstigen „Elite“-Bewegung war eine Massenbewegung geworden, auch wenn, wie es der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats formulierte, „von den jungen Facharbeitern im Alter von 18 bis 25 Jahren im Republikdurchschnitt noch nicht einmal ein Drittel die ... Atmosphäre einer Jugendbrigade erleben“⁵¹.

Allerdings befanden sich unter den 44 500 Brigaden vermutlich etliche tausend „Karteileichen“. Eine ABI-Kontrolle im Kombinat Metallaufbereitung mußte z. B. für das Werk Dresden feststellen, daß „im Pendelbogen A 2 Jugendbrigaden ausgewiesen waren, die sich als nicht auffindbar erwiesen“. Auf Nachfrage bestätigte der Betriebsdirektor, „daß diese Jugendbrigaden nicht mehr bestehen“. In den Betrieben des VEB Kombinat Kali schwankte die Zahl der Jugendbrigaden zwischen 186 und 194, je nachdem, ob man sich auf den „Maßnahmeplan des Generaldirektors“ oder die „Abrechnung im Formblatt 0158“ stützte. Bei einer nicht genau zu ermittelnden Anzahl von Jugendbrigaden wurden nicht mehr alle Brigademitglieder in die Vorbereitung, Realisierung und Abrechnung von Vereinbarungen mit der Werkleitung einbezogen. „Bescheid“ wußten teilweise nur noch die Vertreter der BGL, FDJ und der staatlichen Leitung des Betriebes sowie der Jugendbrigadier selbst⁵².

Derartige „statistische Wunder“ und „Strohmann“-Verträge hatten allerdings die Brigadebewegung von Anfang an begleitet⁵³ und waren als

„Zahlenhascherei“ immer wieder bekämpft worden – offensichtlich aber ohne Erfolg⁵⁴. Ungeachtet dessen kann davon ausgegangen werden, daß auch Mitte der achtziger Jahre Tausende, wenn nicht Zehntausende Jugendbrigaden real existierten, ihren Brigadevertrag kannten und viele – keineswegs alle – darüber auch am Jahresende Rechenschaft abgaben. Der auch ohne Berücksichtigung der „Papier-Jugendbrigaden“ beträchtliche Anstieg der Anzahl der Kollektive zwischen dem Beginn der siebziger und der Mitte der achtziger Jahre dürfte vor allem durch einen Wechsel in der „Rekrutierung“ der Jugendbrigaden gelungen sein. Erhoffte man sich Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre Zulauf für die Jugendbrigaden vor allem durch die Propagierung von attraktiven Beispielen, so hatte man im Laufe der siebziger Jahre einen weniger anstrengenden und sichereren Weg gefunden: Die Werkleitungen verlagerten die in der Regel an drei Tagen in der Woche stattfindende berufspraktische betriebliche Ausbildung ihrer Lehrlinge, soweit das vom Ausbildungsprofil her möglich war, in die Jugendbrigaden. Die Lehrlinge für den eigenen Bedarf des Werkes nahmen in den Jugendbrigaden nach Abschluß der Lehre ihre Arbeit auf. „Besonders positiv hat sich bewährt, daß die Lehrlinge das letzte halbe Jahr ihrer Berufsausbildung in den Jugendbrigaden absolvierten, in denen sie nach Abschluß ihrer Lehre eingesetzt werden.“⁵⁵ Dieses Verfahren – auch als „die planmäßige Zuführung von Lehrlingen zur Ausbildung in Jugendbrigaden nach Beendigung der Lehrzeit“ bezeichnet – kam eigentlich allen Beteiligten entgegen: Das Leitungskollektiv im Betrieb einschließlich der SED und der Massenorganisationen kam so relativ problemlos auf eine angemessene Zahl von Jugendbrigaden. Die Lehrlinge selbst waren froh, den Fabrikalltag unter Angehörigen der gleichen Generation aufzunehmen und nicht – als Anfänger auf sich gestellt – „zwischen den Alten“ ihr Berufsleben beginnen zu müssen. Kopfzerbrechen machte dagegen Mitte der achtziger Jahre ein Problem, das in der „Jugendzeit“ der Jugendbrigaden noch keine Rolle gespielt hatte. Ein Kombinat formulierte dies so: „Die Jugendbrigaden jung zu erhalten, ist ein kardinales Problem.“⁵⁶

Im Jugendgesetz von 1974 war noch einmal festgelegt worden, daß die Altersabgrenzung nach oben bei 25 Jahren liegen sollte⁵⁷. Das zu beachten fiel auch dann schwer, wenn reichlich Lehrlinge ausge-

49 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1989 (Anm. 10), S. 132.

50 Vgl. SAPMO-BA DY (SED), IV 2.2039 Nr. 60.

51 SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

52 Vgl. SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

53 Vgl. Gottfried Dittrich, Die Anfänge der Aktivistenbewegung, Berlin 1987, S. 130 ff.

54 Vgl. Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. August bis 3. September 1950, Berlin 1950, S. 75.

55 B. Hille (Anm. 3), S. 1290; SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

56 SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

57 Vgl. Gbl. I 1984, S. 45.

bildet wurden. Die Betriebsleitung wehrte sich dagegen – aus, wie sie es nannte, politischen Gründen –, Arbeiter in Jugendbrigaden hineinzulassen und sie nach Ablauf von sieben Jahren wieder aus den Brigaden zu entlassen, bloß damit dem Gesetz Genüge getan war. Schließlich waren die Brigademitglieder nach etlichen Jahren aufeinander eingespielt, wiesen überdurchschnittliche Leistungen auf. Das Problem, „die Jugendbrigaden planmäßig zu verjüngen . . ., ohne das bestehende Leistungs-niveau zu verlassen“, war offensichtlich kaum zu lösen. Die Herausnahme gerade der Arbeiter mit mehrjähriger Praxis aus der Brigade mußte zu Effektivitätsverlusten führen. Diese Arbeiter blieben folglich in der Jugendbrigade, deren Durchschnittsalter dadurch von Jahr zu Jahr stieg. „So hat z. B. die Jugendbrigade im Betrieb MAB (Maschinen- und Anlagenbau) Rostock ein Durchschnittsalter von 26,7 Jahren“, berichtete die ABI-Inspektion Anfang 1989. „Bei ihrer Gründung im Jahre 1983 waren 66 Prozent der Mitglieder Jugendliche. Zur Zeit sind es noch 28 Prozent. Die Brigade besteht aus Lokfahrern, Kranführern, Rangierern und Anschlägern. Diese für ihre Aufgabenstellung qualifizierten Kräfte der Jugendbrigade können nicht (in andere Bereiche des Betriebes, J.R.) umgesetzt werden. Mit ihrer jetzigen Zusammensetzung und ihrer Arbeitsweise stehen sie im sozialistischen Wettbewerb an der Spitze.“⁵⁸ Die eigentlich anstehende, seit den siebziger Jahren geübte Praxis der „feierlichen Auflösung“ der überalterten Jugendbrigaden, verbunden mit ihrer Überführung in den Kreis der „erwachsenen“ Brigaden, blieb in diesem wie in vielen anderen Fällen aus.

Als Folge der Rentabilitätsüberlegungen der Werkleitungen lag der Anteil der Jugendlichen in den Jugendbrigaden in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in sieben untersuchten Betrieben zwischen 60 Prozent und 26 Prozent⁵⁹. Angesichts dieser Alterszusammensetzung verwundert es nicht, wenn die FDJ-Gruppe in der Regel nicht (mehr) der „Kern“ des Jugendkollektivs war, auch wenn in den achtziger Jahren etwa 60 Prozent der Jungarbeiter in der Industrie formal Mitglieder der FDJ waren. In noch weniger Jugendbrigaden existierten Parteigruppen⁶⁰.

Die Qualifizierungsvereinbarungen spielten in den Brigadeverträgen – verglichen mit dem Ende der fünfziger Jahre – eine geringere Rolle. Dafür gab es objektive Gründe: Die Jugendlichen gingen in der Regel als voll ausgebildete Facharbeiter in die Jugendbrigade. Als Qualifizierungsverpflichtung kam nunmehr in erster Linie die Teilnahme an der

MMM-Bewegung in Frage. Die Zahl der auf dem Leipziger Messegelände gezeigten Exponate erreichte 1985 210 000⁶¹.

Die im Jugendgesetz von 1974 geforderte Bestätigung des Jugendbrigadiers durch die Werkleitung als voll verantwortlicher „staatlicher Leiter seines Kollektivs“ wurde mancherorts, in einigen Betrieben durchgängig, nicht beachtet. Den Jugendbrigaden räumte man oft nur einen – im Verhältnis zu den übrigen Brigaden – minderen Status ein, d. h., die Verantwortlichkeit für die Aufteilung der Arbeit und die Berechnung des Lohnanteiles der Brigademitglieder blieb beim Meister. In anderen Fällen wurden die meist vom Kollektiv gewählten Jugendbrigadiere nicht offiziell von der Werkleitung „berufen und bestätigt“, wodurch verhindert wurde, daß sich die Regionalleitungen der FDJ oder des FDGB „einemischen“ konnten, wenn die Werkleitungen eine unbequem gewordene Jugendbrigade auflösten⁶².

Wichtigster Teil der Brigadeverträge waren, wie schon Ende der fünfziger Jahre, die ökonomischen Festlegungen. Die Probleme mit der unzureichenden Materialzufuhr, mit den Warte- und Stillstandszeiten waren auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht behoben. Beim republikweiten Treffen der Jugendbrigadiere in Zeitz im April 1988⁶³ hagelte es von seiten der Brigadeleiter Kritiken: Die Werkleitungen nähmen den Betriebsplan als „Gesetz des Handelns“ oft nicht ernst und verließen sich auf „Planpräzisierungen“⁶⁴. Die Bereitschaft zu Sonderschichten am Wochenende müsse zurückgehen, wenn das damit bezweckte Aufholen eines Planrückstandes „durch Ausfallzeiten in der Woche“ wieder zunichte gemacht werde. „Unplanmäßige und teilweise noch immer ungeklärte Zulieferungen“ seien „immer noch das Hauptproblem beim Kampf um die Planerfüllung“. Jugendbrigadiere aus dem Bauwesen und der Landwirtschaft schließlich machten auf den verschlissenen Zustand ihrer Maschinen und Geräte aufmerksam⁶⁵. Der Bericht über die Beschwerden der Jugendbrigadiere ging immerhin

58 SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

59 Berechnet nach SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

60 Vgl. D. Zilch (Anm. 3), S. 87.

61 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1989 (Anm. 10), S. 131. MMM = Messe der Meister von Morgen.

62 In den Betrieben des Rohrleitungsbaus waren in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre 144 von 161 Jugendbrigaden bestätigt, im Stammbetrieb des Mansfeldkombinats 216 von 280 (SAPMO-BA DC 14, 2404).

63 Anlaß war der 40. Jahrestag des Kongresses junger Arbeiter volkseigener Betriebe in Zeitz, vgl. Manöver Schneeflocke (Anm. 6), S. 1.

64 Planpräzisierung: Anpassung der für das Jahr vorgesehenen Planerfüllung an die tatsächlich erreichten Leistungen des Betriebes. Dadurch wurde erreicht, daß die Jahresendprämie auch bei Unterschreitung der vorgesehenen Leistung „stimmte“.

65 Vgl. SAPMO-BA DY 30 IV 2.2039 Nr. 60, Bl. 32.

bis ins Politbüro. Zur Beseitigung offensichtlicher Mißstände wurde ein Ministerratsbeschluß „zur Arbeit und Förderung der Jugendbrigaden“ gefaßt und die ABI mit Kontrollen zur Feststellung der Situation in den Betrieben beauftragt⁶⁶. Doch um diese Zeit war der Niedergang der Jugendbrigaden bereits nicht mehr aufzuhalten.

VII. Die Jugendbrigaden am Ende der DDR

Wenn die Statistik der Jugendbrigaden in mancher Hinsicht auch geschönt war: Daß es mit den Jugendbrigaden bergab ging, ließ sich auch an ihr erkennen. Im Jahre 1986 überschritt die Bewegung der Jugendbrigaden auch quantitativ ihren Höhepunkt. Seit 1987 verringerte sich die Zahl der Mitglieder von Jugendbrigaden jährlich um mehr als 30 000, obwohl die Überalterung der Brigaden und sicher auch die Zahl der „Karteileichen“ zunahm. Die Betriebe waren Ende 1988/Anfang 1989 noch bemüht, den Rückgang auf die aus demographischen Gründen nachlassende Zahl der ins Berufsleben eintretenden Lehrlinge zurückzuführen⁶⁷. Nur in einigen Berichten – so in einem aus dem Verarbeitungsbetrieb Halsbrücke des Braunkohle-Heizkraftwerks Freiberg vom September 1988 – wurde zugegeben: „Obwohl die Lehrlinge ihre praktische Ausbildung vorwiegend in den Jugendbrigaden erhalten und planmäßig nach Lehrabschluß dort eingesetzt werden, reichen die Anstrengungen der staatlichen Leiter, diese Kollektive als Jugendbrigaden zu erhalten, nicht aus.“⁶⁸

Die Beschwerden auf dem Zeitzer Kongreß der Jugendbrigadiere, die Schwierigkeiten der Betriebe, Jugendliche für Jugendbrigaden zu rekrutieren, legen den Schluß nahe, daß sich im Verhältnis der Jugendlichen zu „Partei und Regierung“ ab Mitte der achtziger Jahre ein Wandel vom überwiegenden Vertrauen in die Richtigkeit von deren Politik zu Mißtrauen und zu Resignation vollzogen hat. Die Meinungsumfragen des Instituts für Jugendforschung belegen diesen Trend: Die Identifikation mit der DDR, die bei jungen Arbeitern 1985 noch 57 Prozent betragen hatte, sank 1986 auf 46 Prozent, auf 32 Prozent im Mai 1988 und auf 19 Prozent im Oktober 1988⁶⁹.

66 Vgl. SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

67 Die Zahl der Jugendlichen in der DDR ging von 1985 bis 1989 um fast eine halbe Million (463 000 Personen) zurück. Vgl. Edeltraud Schulze/Gert Noack (Hrsg.), *DDR-Jugend. Ein statistisches Handbuch*, Berlin 1995, S. 26.

68 SAPMO-BA DC 14 2404, unpubl.

69 Berücksichtigt wurden alle Antworten, die das vorgegebene Statement „Ich fühle mich mit der DDR eng ver-

Von der historischen Perspektive des realen Sozialismus waren im Jahre 1984 noch 44 Prozent der Jungarbeiter überzeugt, im Oktober 1988 dagegen nur noch sechs Prozent⁷⁰. Wer sich als „Star“-Jugendbrigadier weiterhin exponierte, riskierte Spannungen mit seiner Brigade⁷¹.

Angesichts des rasanten Vertrauensverlustes von „Partei und Regierung“ unter der Jungarbeiterschaft mußte es geradezu makaber wirken, wenn selbst Anfang 1989 noch einmal der Geist der Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ – 1959 als „sozialistische Starbrigade“ in den DDR-Medien gefeiert – beschworen wurde, um für sozialistische Tugenden zu demonstrieren. Auf der dieses Mal allein vom FDGB organisierten Konferenz mit Mitgliedern „langjährig erfolgreicher sozialistischer Kollektive“, die am 5. Januar 1989 im Chemiekombinat Bitterfeld stattfand, eröffnete den „Erfahrungsaustausch“ ein seinerzeitiges Mitglied der Brigade „Nikolai Mamai“. Ihm wie auch dem halben Dutzend weiterer Redner war als „Ziel des Erfahrungsaustausches“ aufgetragen worden, „zu zeigen, wie der Kampf um den Ehrentitel dazu beiträgt, im sozialistischen Wettbewerb vorbildliche Leistungen zu erzeugen, sortiments- und vertragsgerechten Erfüllung und Überbietung der Planaufgaben zu vollbringen, sozialistische Denk- und Verhaltensweisen bei allen Werktätigen auszuprägen, das Bedürfnis nach ständiger Aneignung der Weltanschauung der Arbeiterklasse und beruflich-fachlicher Weiterbildung sowie an einem interessanten und vielseitigen kulturellen und sportlichen Leben“ zu fördern⁷².

Wie dreißig Jahre zuvor ging es in Bitterfeld erneut um die Verwirklichung einer von „oben“ bis ins Detail entworfenen Konzeption. Während diese 1959 – bei aller Inszenierung – doch auf eine grundsätzlich aufgeschlossene Arbeiterjugend traf, von der Kollektive wie die „Mamais“ ein besonders aktiver Teil waren, stieß die Veranstaltung vom Januar 1989 völlig ins Leere. Die Jugendbrigaden, 40 Jahre zuvor mit deutlicher Anteilnahme der Arbeiterjugend gebildet, sollten in der Wende ebenso sang- und klanglos auseinandergehen wie die sozialistischen Brigaden der „Alten“⁷³.

bunden“ mit „sehr stark“ bzw. „stark“ beantwortet hatten. Vgl. W. Friedrich (Anm. 40), S. 30.

70 Vorgegeben waren die Sätze: „Der Sozialismus wird sich in der ganzen Welt durchsetzen. Das ist meine Meinung.“ Berücksichtigt wurde die Antwort „Vollkommen“. Vgl. W. Friedrich, ebd., S. 29.

71 Vgl. Wolfgang Kohrt/Joachim Fieguth, *Der Jugendbrigadier*, in: *Neues Deutschland* vom 8./9. August 1992.

72 SAPMO-BA DY 34 S 645/887, unpubl.

73 Zu Überlegungen zu den Ursachen des „stillen Abschiedes“ der Berufstätigen von der Brigadebewegung vgl. Jörg Roesler, *Die Brigaden, Produktionseinheit und sozialistische Gemeinschaft*, in: L. Elm/D. Keller/R. Mocek, (Anm. 3), S. 216–219.

Rockmusik in der DDR

Politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen

Das Thema „Ostalgia“ hat nach wie vor Konjunktur: Ossi-Freizeitparks, DDR-Feten, Honecker-Dubletten, „das Bier von hier“ – und natürlich Ost-Musik. Kaum ein Medium kann offenbar den schrillen, scheinbar anachronistischen Bildern widerstehen. Da drängelt sich junges und altes Disko-Volk an Einlassern im FDJ-Hemd vorbei, zahlt die DDR-typischen 3,10 Mark Eintritt, ordert Cola-Wodka und schwitzt bis zum Morgenrauen zu den Platten von den Puhdys, Silly und Karat. Ist das der Schrei nach der guten, alten DDR, ein tanzender Protest gegen den Westen? Oder ist das einfach „Kult“, gedankenleer und nur auf Konsum versessen?

Der Bertelsmann-Konzern hatte diese Frage am schnellsten beantwortet. Er hat im Dezember 1993 den gesamten Nachlaß der ostdeutschen Rock- und Pop-Produktion gekauft und „recycelt“ ihn seither bis zum letzten Ton. Selbst der eingefleischte Fan kommt da kaum noch mit. Bertelsmann hat Dutzende der alten Hits im Angebot, die besten Langspielplatten des DDR-Rock auf CD und auch bislang unveröffentlichtes Archivmaterial. Man findet immer wieder neue Wege, um die alten Songs zum x-ten Male zu verkaufen.

„Ost-Rock“ ist ein Marktfaktor. Innerhalb von fünf Jahren konnte Bertelsmann mehr als 30 Millionen DM Umsatz mit Rock und Pop aus der DDR verbuchen. Den größten Coup landete das Unternehmen im Oktober 1998 bei McDonald's. Da wurde in den „neuen Bundesländern“ neben Coke und Burger auch eine Best-of-CD mit dem Titel „Mitten ins Herz. 16 Top-Hits aus dem Osten“ angeboten, zum Dumpingpreis von 9,95 DM. Dieser Fall von „Cross Promotion“, so der Branchenjargon, hat selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen: Binnen eines Monats wurden 370 000 CDs abgesetzt. Das sind Dimensionen, die sonst der Star-Liga unserer Tage vorbehalten bleiben. Im März 1999 startete Bertelsmann einen zweiten Sturmangriff auf die Portemonnaies der McDonald's-Kunden – mit ähnlich durchschlagendem Erfolg¹.

1 Alle Angaben wurden beim „Geschäftsbereich Amiga-Marketing“ der Hansa Musik Produktion GmbH, einer Gesellschaft der Bertelsmann Music Group, erfragt.

Wie waren die politischen und alltagskulturellen Verhältnisse in der DDR beschaffen, die eine Rockmusik wachsen ließen, deren Verfallsdatum noch lange nicht in Sicht ist? Und wie sahen die Bedingungen konkret in den siebziger Jahren aus, der künstlerischen Kernphase des DDR-Rock, von der die Marketingstrategen auch heute noch am stärksten profitieren? Um diese Fragen soll es im folgenden gehen².

I. Rock und Politik in der DDR

1. Staat und Rock. Im Koordinatenkreuz der Macht

Gemessen am Erziehungsanspruch der DDR-Kulturpolitik war Rockmusik als Kunstleistung wie im sozialen Gebrauch durch Jugendliche zu keiner Zeit apolitisch. Ihre nicht zu übersehene Relevanz im Alltag der Massen hat sie von Anfang an in das Visier der Machthaber gerückt. Nach jahrelangen Prinzipiendebatten über Schaden und Nutzen wurde sie mit dem Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 und dem nun einsetzenden Kurs in Richtung „Konsumsozialismus“ als wichtiger Faktor der Jugend- und Kulturpolitik anerkannt. Ein gigantischer bürokratischer Apparat geriet in Bewegung, der das plötzliche Objekt der Begierde fördernd wie knebelnd umarmte.

a) Kulturtheoretische Maximen

Die Wurzeln der politischen Auseinandersetzung mit den Phänomenen des Rock reichen bis in die fünfziger Jahre zurück. Hier wurde das Feld der populären Musik als kulturpolitisches Neuland wahrgenommen, und hier wurden die theoretischen Fronten herausgearbeitet, die mit der Zeit in institutionelle Strukturen gerannen. Die Debatten entzündeten sich vornehmlich an den künstlerischen und sozialen Eigenarten des Jazz, Schlagers und Rock'n'Roll. Im wesentlichen kristallisierten

2 Der Beitrag entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts „Rock in der DDR 1973 bis 1982. Politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen“.

sich drei Grundsätze heraus, die dann auch das Verhältnis von Staat und Rock bis zum Ende prägten.

Erstens: „Sozialistische Tanz- und Unterhaltungsmusik“³ sollte sich in ihrem künstlerischen Profil von den Produkten des Westens abgrenzen. Die „leichte Muse“ galt nach Lenins Lehre von den zwei Kulturen einer Klassengesellschaft als Revier der Profitjäger und „Meinungsmonopole“ des „sterbenden Imperialismus“. Walter Ulbricht verkündete 1959 auf der 1. Bitterfelder Konferenz: „Es genügt nicht, die kapitalistische Dekadenz in Worten zu verurteilen, gegen Schundliteratur und spießbürgerliche Gewohnheiten zu Felde zu ziehen, gegen die ‚Hotmusik‘ und die ekstatischen ‚Gesänge‘ eines Presley zu sprechen. Wir müssen etwas Besseres bieten.“⁴

Zweitens: Populäre Musik erhielt den politischen Auftrag, ihre Rezipienten im Sinne der Utopie der „allseitig und umfassend entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ zu erziehen. Diese Bestimmung korrespondierte mit einem engen Verständnis von Gestalt und Inhalt. Verbale Botschaften sollten den kulturpolitischen Dogmen zufolge den „neuen Menschen“ thematisieren und gesellschaftliche Konflikte möglichst ausblenden. In handwerklicher Hinsicht regierte ein nicht ausrottbarer wie schwammiger Kunstzentrismus. Die Attribute kreisten um Schlagworte wie „melodischer und harmonischer Reichtum, Volkstümlichkeit und Verständlichkeit der musikalischen Aussage“⁵.

Drittens: Über allen didaktischen Postulaten thronte ein geradezu pathologisches Sicherheitsdenken. Die alltagskulturellen Spezifika des sozialen Gebrauchs populärer Musik – wie informelle Gruppenbildung, Hedonismus und Ausstiegsattitüde – wurden als Kontrollverlust gewertet und hielten die Kommandostellen vom ZK der SED bis zum Ministerium für Staatssicherheit in Atem. Das Erklärungsmuster, das man für diese Erscheinungen parat hatte, blieb über die Jahrzehnte konstant: Die „imperialistischen Gegner“ und nicht die eigenen Verhältnisse hatten an allem Schuld. Man jagte einen „Klassenfeind“, der nie ruhte und den Sozialismus noch mit Sounds und Rhythmen zu „unterwandern“ trachtete. Populäre Musikkulturen, die aus dem Westen in die DDR sickerten, fielen bis in die siebziger Jahre a priori unter das Verdikt der „ideologischen Diversion“. Später

schied man nach politisch und ästhetisch grob zugeschnittenen Kriterien in progressive und reaktionäre Trends.

b) Juristische Regulative

Die kulturtheoretischen Maximen der SED erhielten mit zahlreichen Gesetzen und Richtlinien juristische Verbindlichkeit. Sie organisierten die praktische Musikausübung bis ins Detail. Eine zentrale Rolle spielten die Regelungen zu Status und Inhalt. Wer seinen Lebensunterhalt als Sänger oder Instrumentalist verdienen wollte, hatte ein entsprechendes Studium an einer der vier Musikhochschulen zu absolvieren und den sogenannten „Berufsausweis“ zu erwerben. Professionalität definierte sich in der DDR nicht über den „Marktwert“ eines Künstlers, sondern über seine Qualifikation.

Die ostdeutsche Rockszenen zählte zum Schluß rund 110 Berufs- und 2 000 Laienkapellen. Letztere durften nur dann öffentlich auftreten, wenn ihnen von der Kulturabteilung des zuständigen Rates des Kreises eine „Spielerlaubnis“ erteilt wurde. Das schrieb die „Anordnung Nr. 2 über die Ausübung von Tanz- und Unterhaltungsmusik“ vom 1. November 1965 fest⁶. Über die Vergabe dieser Vollmacht entschieden nicht nur künstlerische Kriterien, sondern auch dehnbare Parameter wie „äußeres Auftreten“ und „gesellschaftliche Wirksamkeit“⁷.

Fragen des Repertoires regelte die „Anordnung über die Programmgestaltung bei Unterhaltungs- und Tanzmusik“, die 1958 verabschiedet wurde und ebenfalls bis zur „Wende“ gültig blieb⁸. Ihr zufolge hatten mindestens 60 Prozent aller öffentlich aufgeführten Werke von Komponisten der DDR, der Sowjetunion oder der „Volksdemokratien“ zu stammen bzw. urheberrechtlich frei zu sein. Erst Ende der achtziger Jahre begann der Staat, den engen juristischen Rahmen der Aufführung populärer Musik schrittweise zu weiten. Er visierte die Novellierung einzelner gesetzlicher Bestimmungen an – u. a. zum Amateurstatus, zu Honorarfragen und Leistungsschutzrechten.

Darüber hinaus ist die schleichende „Kapitalisierung“ von Schaffensbedingungen, seit jeher ein Charakteristikum der Rockszenen, sanktioniert worden. Einer der größten Durchbrüche war die Legalisierung des Manager-Berufes. Schätzungen zufolge kam die Vermittlung von Auftritten

3 Tanz- und Unterhaltungsmusik: kulturpolitisches Synonym für das komplette Genrespektrum populärer Musik.

4 Walter Ulbricht, Fragen der Entwicklung der sozialistischen Literatur und Kunst, in: Zur sozialistischen Kulturrevolution, Bd. 2, Berlin (DDR) 1960, S. 474.

5 Grundsätze sozialistischer Kulturarbeit im Siebenjahrplan, in: Kulturkonferenz 1960, Berlin (DDR) 1960, S. 438.

6 In: GBl. DDR, Teil II, 15. November 1965, S. 777–778.

7 Diese Kategorien waren Bestandteil des „Bewertungsbogens für Leistungsbeurteilung aller Laientanz- und Unterhaltungskapellen der DDR“; sie blieben bis 1989 verbindlich.

8 In: GBl. DDR, Teil I, 18. Januar 1958, S. 38 f.

im Rocksektor, die strenggenommen ausschließlich den staatlichen Konzert- und Gastspieldirektionen oblag, zu 95 Prozent auf Initiative der sogenannten „organisatorischen Leiter“ der Kapellen zustande⁹. Nicht minder fällig war die Klärung der juristischen Arbeitsgrundlagen der zwei Dutzend medienreifen Privatstudios, die ausgangs der achtziger Jahre den Löwenanteil der DDR-Rockproduktion bestritten.

c) Institutionelle Verwaltung

Über die Einbindung in das institutionelle Netz der staatlichen Kulturverwaltung war Rock in der DDR direkt an politische Interessen gekoppelt. Der Produktion und Verbreitung dieser Musik widmete sich ein riesiger bürokratischer Apparat. Dazu gehörten u. a. die Ministerien für Kultur, Justiz, Handel und Versorgung, Volksbildung und Staatssicherheit, ferner Rundfunk, Presse, Fernsehen, Musikverlage, die Anstalt zur Wahrung der Aufführungsrechte, die Künstleragentur, das Komitee für Unterhaltungskunst, die Konzert- und Gastspieldirektionen, das Leipziger Zentralhaus für Kulturarbeit, diverse Veranstaltungsstätten sowie Einrichtungen zur Aus- und Weiterbildung, die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden, SED, FDJ, FDGB und der Kulturbund, der Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler, Forschungsinstitute und ungezählte VEB, die entweder Instrumente, technisches Equipment und Tonträger produzierten oder als „Patentbetriebe“ für Amateurbands fungierten¹⁰. Die Arbeit all dieser Organe und Instanzen wies – bezogen auf den Zusammenhang von „Rockmusik und Politik“ – drei Besonderheiten auf.

Erstens: Die für die DDR-Gesellschaft typische Kluft zwischen Intention und Wirklichkeit traf ohne Abstriche auch für den Rocksektor zu. Entscheidende Reibungsverluste traten in der Vermittlung der politischen Zielvorgaben durch die kulturverwaltenden Institutionen auf – gewissermaßen die Schaltstellen zwischen Theorie und Praxis. Sie standen sich nicht nur mit ihrem Planungswahn permanent selbst im Wege, sondern waren auch unterschiedlich starken Realitätszwängen ausgesetzt. Aus dieser Konstellation resultierte ein institutioneller Separatismus, der sich nicht selten zum paradoxen Kleinkrieg auswuchs und den Postulaten der Kooperation und Koordinierung völlig zuwiderlief.

9 Vgl. Christian Bartmann, ohne Titel, in: Generaldirektion beim Komitee für Unterhaltungskunst (Hrsg.), Kongreß der Unterhaltungskunst, Bd. 2, Berlin (DDR) 1989, S. 111.

10 Einen Überblick bietet Katrin Penzel, Studien zur Institutionalisierung von Rockmusik. DDR-Rockmusik im Gefüge der Institutionen des gesellschaftlichen Kulturbereiches, Humboldt-Universität, Berlin 1988, Diss. A.

Zweitens: Neben den allseits schwärenden Interessenkonflikten prägte ein deutliches Handlungsgefälle zwischen Zentrale und Region den politischen Umgang mit Rockmusik in der DDR. Zwar saßen auf den Berliner Führungsetagen etliche der entscheidenden „Hardliner“ und „Verhinderer“, doch auch problembewußte Köpfe, die letztlich dafür verantwortlich waren, daß sich die schwerfälligen bürokratischen Strukturen nicht festfraßen. Realistisch denkende und schlichtungswillige Funktionäre hinterließen bis in das ZK der SED ihre Spuren. Die meisten von ihnen kapitulierten allerdings früher oder später vor den Gesetzen des Apparats und zogen sich auf nervenschonendere Posten zurück. Noch desolater sahen die Dinge auf regionaler Ebene aus. Hier regierten in vielen Fällen Kleinmut und die stoische Trägheit des Amtschimmels. „Bloß nicht auffallen“ lautete die Devise verschreckter Bürokraten. Ungezählt sind die Beispiele, wo Gemeinde- oder Kreisvorsteher Auftrittsverbote über (nicht selten sogar medienpräsente) Bands verhängten, weil sie zu starkem Andrang und Krawalle befürchteten. Da nahm man lieber kulturelle Ödnis in Kauf. Auch der begehrte Reisepaß für Gastspiele im Westen scheiterte immer wieder an der Entscheidungsangst der lokalen Behörden.

Drittens: Charakteristisch für das Verhältnis von Rock und Politik in der DDR war, daß die offiziellen Steuerungsmechanismen über ihren eigenen Effizienzangel hinaus von informellen Strukturen gebrochen wurden, die jener Musik im Alltag erst das Überleben sicherten. Hierzu gehörten die Netzwerke der Fans, die fehlende Publizität ausglich, oder die über das ganze Land verstreuten privaten Veranstalter. Sie ließen sich vom Umsatz leiten und nicht von staatlichen Auflagen. Existentielle Nischen schufen sich auch die Künstler selbst. Sie flüchteten in kleinkapitalistische Enklaven und kriminelle Grauzonen. Manager, Privatstudios oder illegale Kassetteneditionen höhnten das rechtlich verbrieftete Produktions- und Organisationsmonopol des Staates aus. Der typische DDR-Rockmusiker mischte ausgiebig auf dem Schwarzmarkt mit, verletzte permanent die Devisen- und Zollgesetze und unterlief die Honorarbestimmungen. Natürlich blieb das den zuständigen Stellen nicht verborgen. Sie verschlossen aber lieber die Augen, als den großen Konflikt heraufzubeschwören.

d) Medien

Eine zentrale Stellung in der Vermittlung der musikpolitischen Grundsätze der SED besaßen die Medien. Sie hatten die Richtlinien der Partei in adäquate Produkte zu transformieren. Auf musikproduzierender und -verbreitender Ebene agierten

der staatliche Rundfunk, der VEB Deutsche Schallplatten in Gestalt seines Popmusik-Labels Amiga und das Fernsehen der DDR. Presse, Funk und TV waren direkt der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED unterstellt und damit an strikte Argumentationsvorgaben gebunden.

Außerdem mußte jedes einzelne Medium in Abstimmung mit der Parteispitze seine Aktivitäten langfristig planen. Das hat das mögliche Maß an Flexibilität und Innovation erheblich beschnitten. Sowohl Amiga als auch der Rundfunk¹¹ gliederten ihren jährlichen Gesamtausstoß an Schallplatten bzw. Studioproduktionen von vornherein streng prozentual, um die Forderung nach einer ausgewogenen Präsentation der einzelnen Genres zu erfüllen. Demzufolge waren 25 Prozent dem Schlager vorbehalten, 25 Prozent Rock und Pop, 15 Prozent Blues und Jazz, 15 Prozent Song, Chanson, Folk und Liedermachern, 10 Prozent Stimmungs- und Kinderliedern sowie 10 Prozent Musical und Operette¹². Quasi vom Schreibtisch aus wurden auch die Auflagenhöhen von Tonträgern festgelegt.

Natürlich trieb diese mechanische Verplanung von Kapazitäten ihre Blüten, weil weder Kreativität noch Nachfrage in dieser Form zu kalkulieren waren. Ihre Spuren hinterließen auch die ästhetischen und ideologischen Filtermechanismen der Medien. Rundfunk und Amiga besaßen mit den sogenannten Lektoraten erprobte Zensurinstanzen. Sie befanden einmal pro Woche über die Konservierungs- und Sendewürdigkeit neuer Songs. An ihrem Urteil scheiterten zahlreiche Lieder, die als wertlos oder heikel eingestuft wurden.

2. Jugend und Rock. Politische Dimensionen des alltäglichen Musikgebrauchs

Rockmusik funktioniert als eine „Sozialisierungsinstanz ersten Ranges“¹³, als ein Medium jugendlicher, „das ihre eigenen Erfahrungen öffentlich macht“¹⁴. Oder anders formuliert: Sie sucht nicht die „Flucht vor der Realität, sondern hinterfragt die Kategorien, die diese organisieren“¹⁵. Darin liegt ihre politische Sprengkraft. Rockmusik bildet den Kristallisationskern zahlreicher Jugendkulturen – von den Rock'n'Roll-Fans der fünfziger

Jahre, den Mods und Hippies der sechziger und siebziger Jahre bis hin zu den Gruffies, Punks und Techno-Freaks der achtziger und neunziger Jahre. Sie steht als Klammer für ein ganzes Arsenal von Verhaltensmustern, Stilen und Images und fungiert als ein Mittel zur Abgrenzung. Nur der Kreis der Eingeweihten kann ihre Codes entschlüsseln. Ihr sozialer und kultureller Kontext ist ein Raum der Selbstverwirklichung und -findung.

In der DDR wurden die sozialen und kommunikativen Qualitäten der Rockkultur durch das spezifische Klima der „geschlossenen Gesellschaft“ zusätzlich aufgewertet. Sie avancierte für viele zum Symbol für „Freiheit“ und „Anderssein“ und vermittelte Werte, die mit den Normen des sozialistischen Menschenbildes kollidierten. Unter dem Stern des Rock etablierten sich Nischen, Handlungsräume, in denen Befindlichkeiten ausgelebt und soziale Erfahrungen gesammelt werden konnten, die sonst verwehrt blieben. Der Staat verlor an Einfluß. Ablesbar wurde das an habituellen Besonderheiten und den Attitüden der Fans, dem Gruppenverhalten der Gleichgesinnten oder an den regelbrechenden Vorstellungen über Sexualität, Moral und Hedonismus.

Hier wurde unablässig gesellschaftlicher Konfliktstoff produziert, der über die ästhetischen und sittlichen Vorbehalte der älteren Generationen hinaus politische Konsequenzen nach sich zog. Dem Willen der SED zufolge sollte die Erziehung der Jugendlichen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ bis in die private Sphäre von Freizeit und Familie garantiert sein. Dafür waren Organisationen wie die FDJ und kulturelle Einrichtungen etwa in Gestalt der staatlichen Jugendklubs zuständig. Ihre tägliche Arbeit sah sich jedoch mit vielfältigen bürokratischen und ideologischen Zwängen konfrontiert. Wollten sie die Jugendlichen erreichen, hatten sie sich mit deren Bedürfnissen zu arrangieren. Deshalb wurden immer wieder Kampagnen initiiert, die die Rockkultur kontrollieren, entschärfen und in eine „sozialistische Jugendtanzenmusik“¹⁶ kanalisieren sollten. Was sich zu experimentell oder renitent gebärdete, wanderte in das Hoheitsgebiet privater Veranstalter und kirchlicher Einrichtungen ab.

Anders als die Debatten um das ästhetische und künstlerische Profil des DDR-Rock, die mit den Jahren abflauten, standen die Phänomene jugendkultureller Bewegungen permanent im Fadenkreuz des Staates. Hier sah man die drei Grundforderungen der politischen Steuerung verletzt: die Doktrin der Abgrenzung vom Westen, das

11 Neben seiner Sendetätigkeit war der DDR-Rundfunk der Hauptproduzent von Rockmusik.

12 Vgl. Monika Bloß, *Popularität. Aspekte zum Funktions- und Wirkungszusammenhang populärer Musik*, Humboldt-Universität, Berlin 1989, Diss. A, Bd. 1, S. 152.

13 Peter Wicke, *Vom Umgang mit Popmusik*, Berlin 1993, S. 16.

14 Ders., *Rockmusik. Zur Ästhetik und Soziologie eines Massenmediums*, Leipzig 1987, S. 10.

15 Iain Chambers, *Urban Rhythms. Pop Music And Popular Culture*, London 1985, S. 209.

16 Anfang der siebziger Jahre von der FDJ ausgegebener Slogan.

Erziehungspostulat und vor allem das Prinzip von „Ordnung und Sicherheit“. Dieser Aspekt blieb bis zuletzt die zentrale Schnittstelle von Staat und Rockalltag. Vor allem die Stasi investierte hier gewaltige Energien. Ihr Ministerium verabschiedete im Mai 1966 eine „Dienstsanweisung zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR“. Bis zur „Wende“ gültig, gab dieses Strategiepapier die Interpretations- und Handlungsschablonen vor, die den Umgang des MfS mit der Rockkultur prägen sollten. Unter anderem hieß es: „Durch zielgerichtete Werbungen unter Mitgliedern der westlich orientierten Musikgruppen und ihrer Anhängerschaft ist eine ständige operative Kontrolle zu sichern.“¹⁷ Die Stasi lieferte mit ihren Berichten und Analysen auch die Stereotype für die Erklärung der Wurzeln rockkultureller Jugendszenen, die den machrinternen Diskurs bestimmten. Sie entdeckte hinter den Phänomenen einen psychologischen Schachzug des „Klassenfeinds“. Natürlich ging eine solche Sichtweise an den realen Problemen vorbei. Zwar stammten die Images der einzelnen rockkulturellen Szenen tatsächlich aus dem Westen – ihre Inhalte bezogen sie aber aus den „spezifischen sozialen und kulturellen Konfliktsituationen der DDR“¹⁸. Sie waren damit nicht mehr als ein Rohstoff, der auf fruchtbaren Boden fiel. Oder anders gesagt: „Die ‚Baupläne‘ wurden benutzt, um eigene Erfahrungen im Arrangement der Bausteine, in der Kombination von Zeichen manifest werden zu lassen.“¹⁹

II. DDR-Rockmusik in den siebziger Jahren. Politik und Alltag

1. Bestandsaufnahme

Der erste Kulminationspunkt der politischen Anerkennung des Rock in der DDR war im Jahr 1973 erreicht, der letzte 1982. Im Vorfeld der „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“, die 1973 in Ostberlin ausgerichtet wurden und dem Staat internationale Reputation einbringen soll-

17 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Zentralarchiv (ZA), MfS VVS 008–365/66, Bl. 18.

18 Peter Wicke, Die Entwicklung der Jugendszenen in der DDR. Förderung der Rock- und Pop-Kultur, in: Rainer Jogschies (Hrsg.), Rock & Pop '89. Kritische Analysen – Kulturpolitische Alternativen (II), Hagen 1991, S. 28.

19 Manfred Stock/Philipp Mühlberg, Die Szene von innen. Skinheads, Gruffies, Heavy Metals, Punks, Berlin 1990, S. 236.

ten, sind landeseigene Bands in einer bis dato ungekannten Intensität gefördert worden. Die Medien öffneten sich, das infrastrukturelle Netz wurde perfektioniert, die X. Weltfestspiele selbst stiegen mit zahlreichen Konzertveranstaltungen zur „Bewährungsprobe für die DDR-Rockgruppen“²⁰ auf. Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich 1982, in der finalen Phase vor der Entscheidung über die Stationierung US-amerikanischer und sowjetischer Atomraketen in Europa. Damals versuchte der Honecker-Staat, mit einer lautstarken Friedenspolitik international Gehör zu finden. Diese Ambitionen trafen sich mit dem künstlerischen Protest einheimischer Kapellen und mündeten in die Festivalreihe „Rock für den Frieden“, die bis 1987 alljährlich im Palast der Republik ausgerichtet wurde. Zwischen den Zäsuren von 1973 und 1982 erstreckte sich eine historische Etappe, die in dreierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung war.

Erstens: Die siebziger Jahre haben sich als künstlerisch fruchtbarster Abschnitt in die Geschichte des DDR-Rock eingeschrieben. Hier fächerte sich das stilistische Spektrum auf und prägten sich regionale Szenen aus, die die unterschiedlichen Spielarten repräsentierten. Art Rock war vornehmlich im Dresdner Raum beheimatet, Folk und Blues im thüringischen Süden, Hard Rock fand in urbanen Zentren (vor allem Berlins) sein Domizil. Hinter den kreativen Aufbrüchen verbargen sich mehrere Faktoren. Zum einen erlaubten die günstigen kulturpolitischen Konstellationen der jungen Ära Honecker ein hohes Maß an Experiment und Selbstverwirklichung. Außerdem wirkten bahnbrechende internationale Entwicklungen als Vorbild. Seit jeher suchten einheimische Bands den Schulterschuß zu den anglo-amerikanischen Trends. Anders als in den sechziger Jahren, als die pure Kopie dominierte, mühten sie sich nun, den globalen Gestus des Rock in eine eigene Sprache zu transformieren – die Grundbedingung, um von den ostdeutschen Medien produziert zu werden. Hinzu kam, daß in den siebziger Jahren eine neue Generation von professionellen Künstlern an den Start ging. Sie hatten eine Spezialausbildung in „Tanz- und Unterhaltungsmusik“ an einer Musikhochschule absolviert und brachten ein enormes Potential an Ehrgeiz und Handwerk in die bislang von Amateuren beherrschte DDR-Rockszenen ein.

Zweitens: Landeseigene Rockmusik erreichte in den siebziger Jahren ihr Popularitätsmaximum. Schallplattenaufnahmen sprengten nicht selten die Marke von 250 000, nationale Hitparaden stießen auf ein beachtliches Interesse, die beliebtesten Bands gaben im Schnitt über 200 Konzerte pro

20 Peter Wicke, Anatomie des Rock, Leipzig 1987, S. 214.

Jahr. Ihre Songs, die eine nie wieder erreichte musikalische und soziale Qualität aufwiesen, fanden mühelos ein Massenpublikum. Anfang der achtziger Jahre wendete sich jedoch das Blatt, und die Resonanzkurve des DDR-Rock fiel ins Bodenlose.

Drittens: Zwischen 1973 und 1982 wurden die Extreme der politischen Bewertung des Rock ausgelotet. Die Amplitude reichte von euphorischer Förderung bis zum Rückzug in restriktive Härte. Nach dem Höhepunkt der X. Weltfestspiele gerieten die kulturellen Pänomene des Rock zunehmend in die Kritik. Daran hatte die Stasi einen erheblichen Anteil. Sie gab ab 1974 verstärkt „alarmierende Vorfälle“ in der Veranstaltungssphäre zu Protokoll: überregionale Fanbewegungen zu den Konzerten und Tanzabenden, Verstöße gegen Ruhe und Ordnung, „dekadentes Showgehabe“, Alkoholmißbrauch und sexuelle „Entgleisung“. Im Juli 1975 legte das MfS eine umfangreiche „Information über negative Auswirkungen bei Auftritten von Beat-Formationen“ vor²¹. Zu den Adressaten gehörten das ZK der SED, die Ministerien für Kultur sowie des Innern und der FDJ-Zentralrat. Wie üblich, wurden einzelne Vorkommnisse als Indikatoren bedrohlicher Tendenzen ins Feld geführt. Mit seinem Bericht trat das Mielke-Ministerium eine Lawine los: Das ZK der SED ordnete an:

- „– Durch das Komitee für Unterhaltungskunst sind spürbare Veränderungen im Aussehen und Auftreten der vertraglich im Betreuungsverhältnis stehenden Beatgruppen herbeizuführen.
- In Sendungen des Rundfunks wie bei DT 64 u. a. ist eine ausgewogene Gestaltung von Tanzmusiksendungen verstärkt zu sichern und eine zu einseitige Betonung bestimmter (harter) Beattypen zu vermeiden.
- Es ist eine Regelung zu schaffen, die gewährleistet, daß ein konzentriertes Auftreten von Beatgruppen nur mit Zustimmung des Ministers für Kultur erfolgen darf.“²²

Eben noch auf den Wogen der Aufbruchseuphorie der frühen siebziger Jahre, gerieten die Bands abermals unter administrativen Druck. Die bisher schon nicht allzu lange Leine sollte sich mit weite-

ren Zwischenfällen im Veranstaltungsallday weiter straffen.

2. Fallbeispiele

a) *Das Menetekel von Altenburg*

Den schwersten Rückschlag erlitt die ostdeutsche Rockszene nach der 1000-Jahr-Feier der Kreisstadt Altenburg vom 9. bis 11. Juli 1976. Dort traten in zahlreichen Open-Air-Veranstaltungen die populärsten Bands des Landes auf, was mehrere tausend „Gammler“ aus der ganzen Republik mobilisierte. Ihr Anblick und Benehmen störte das Bild des sozialistischen Volksfestes erheblich. Die älteren Bürger stießen sich an den langhaarigen Jugendlichen, die enorme Mengen Alkohol konsumierten und in den Rabatten nächtigten, im Schloßteich nackt badeten und schließlich mit der Polizei aneinandergerieten. Politische Unmutsbekundungen gegen die Uniformierten und den Staat gaben den Dingen eine zusätzliche Brisanz. In den Zentralen der SED und des MfS zog das Debakel von Altenburg drakonische Maßnahmen nach sich. Wie ein Räderwerk griffen kultur- und sicherheitspolitische Disziplinierungsstrategien ineinander und beschnitten wichtige Entfaltungsräume des Rock. Einmal in Gang gesetzt, war dieser Mechanismus schwer zu stoppen. Neuerliche Vorfälle, die nun besonders eifrig registriert wurden, hielten ihn permanent in Schwung.

b) *Das Verbot der Klaus Renft Combo*

Ein besonderes Exempel restriktiver Härte wurde mit dem Fall Renft statuiert. Das Verbot dieser Gruppe vermittelt ein aussagestarkes Bild von den Grenzen der staatlichen Rockförderung, den Zensur- und Entwicklungsstrategien der Medien, vom Handlungsgefälle zwischen politischer Zentrale und Region, vom Umgang mit der eigenen Geschichte und auch von den inneren Konflikten einer etablierten Kapelle, die zwischen Anpassung und Widerstand zerriß²³.

Die Leipziger Klaus Renft Combo gehörte zu den populärsten Rockformationen der DDR. Sie stieg nach etlichen Umbesetzungen und Profilkorrekturen Anfang der siebziger Jahre im Vorfeld der X. Weltfestspiele zum staatlichen Aushängeschild der „sozialistischen Jugendtanzmusik“ auf. Renft genoß eine starke Medienpräsenz, erhielt staatliche Subventionen, hohe Gagen und Auszeichnungen. Das kostete sie jedoch erheblich an Prestige unter ihren Fans. Sie warfen der Band einen Aus-

21 BStU (Anm. 17), ZA, ZAIG 2411, Bl. 3 und 4.

22 Standpunkt und Vorschläge der Abteilungen Kultur, Jugend und Agitation des ZK der SED zur Verstärkung der politisch-ideologischen und künstlerischen Einflußnahme auf die Entwicklung der Beat-, Schlager- und Tanzmusik, des Jugendtanzes und zur Zurückdrängung nichtsozialistischer Erscheinungen auf diesem Gebiet, 22. September 1975, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 24/A11227.

23 Detaillierter dazu Michael Rauhut, Blues in Rot. Der Fall Gerulf Pannach und das Verbot der Klaus Renft Combo, in: Deutschland Archiv, 31 (1998) 5, S. 773–782.

verkauf solcher Ideale wie Bodenhaftung und Integrität vor.

Die Combo geriet in eine Identitätskrise und spaltete sich in Fraktionen. Während die eine Hälfte auf Diplomatie und Kompromisse setzte, rüstete die andere zum Muskelmessen mit dem Staat. Sie wußte den Liedermacher Gerulf Pannach hinter sich, der Anfang der siebziger Jahre etliche große Renft-Hits getextet hatte. Pannach war inzwischen mit ketzerischen Songs und vor allem durch seine Kontakte zu Wolf Biermann zum „Staatsfeind“ aufgestiegen, sein Fall avancierte zur politischen Chefsache. Im September 1974 verlor er seine Spielerlaubnis. Als sich die Renft-Combo mit ihm solidarisierte und ihn in ihren Konzerten illegal auftreten ließ, richtete sich das Visier von SED und Stasi auch auf die Band. Es schloß sich ein fataler Kreis: Über Pannach driftete die Gruppe in das Umfeld der Staatsaffäre Biermann. Die Berliner Kulturzentralen, die Renft bis dahin ausgiebig gefördert hatten, zogen ihre Hand zurück und überantworteten die Band den für ihren Dogmatismus berüchtigten Leipziger Behörden. Diese sprachen am 22. September 1975 ein endgültiges Verbot aus. Ein Teil der Combo fand in anderen DDR-Rockgruppen ein neues Betätigungsfeld, der Rest landete wegen fortdauernder politischer Vergehen im Gefängnis und wurde schließlich in den Westen abgeschoben. Der Name Renft blieb im Osten Deutschlands bis 1989 tabu.

c) Ausreiseschicksale

Zahlreiche Rockmusiker sahen in der Ausreise oder Flucht „nach drüben“ den einzigen Weg aus einer Identitäts- und Schaffenskrise der Szene, die sich Ende der siebziger Jahre dramatisch zuspitzte. Ab 1976 setzte ein folgenreicher künstlerischer Exodus ein. Der Weggang solch profilprägender Persönlichkeiten wie Nina Hagen, Veronika Fischer, Franz Bartsch, Angelika Mann, Hansi Biebl, Stefan Diestelmann, Holger Biege, Hans-Joachim Neumann, Ute Freudenberg und Heinz-Jürgen Gottschalk war ein irreparabler Verlust. Das traf ebenso zu für den endlosen Strom von exzellenten Instrumentalisten, Textern und Managern zu, die im Arbeiter- und Bauern-Staat keinerlei Perspektive mehr sahen.

Der Seitenwechsel einiger der besten ostdeutschen Musiker ist in zweierlei Hinsicht für das Verhältnis von Rock und Politik relevant. Zum einen wurde mit diesem radikalen Schritt das Ausmaß der Probleme deutlich, die auf den Künstlern lasteten. Zwar hatte jeder, der das Land verließ, auch ganz private Motive – entscheidend waren aber immer fehlende berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und der damit verbundene Illusionsverlust. Darüber geben auch die entsprechenden Unterlagen der Staatssicherheit Auskunft. Sie belegen in einzigartiger Weise die Grenzen der kulturpolitischen „Verwaltung“ des Rock, aber auch die Ränke- und Muskelspiele um die Pfründe der Aktivisten der Szene. Die Fälle persönlicher Betroffenheit sind von hohem exemplarischem Wert: Sie liefern einen aufschlußreicheren Einblick in den Alltag des Rockmusikmachens und der Jugendkultur in der DDR als die zentralen Bestandsaufnahmen und kritischen Lageberichte der SED.

Zum anderen zeigt der interne politische Umgang mit der Ausreiseproblematik auf der zentralen Machtebene, daß man ganz genau um die Konsequenzen für die kulturelle Landschaft und für das deutsch-deutsche Verhältnis wußte und deshalb den Schaden zu minimieren versuchte. Hatte sich ein Prominenter zum Gang von Ost nach West entschlossen oder war „republikflüchtig“ geworden, bemühten sich die obersten Instanzen um Vermittlung – abgesehen von den Fällen, wo Musiker vorsätzlich aus politischen Gründen abgeschoben wurden. Meist waren es führende Funktionäre der Generaldirektion beim Komitee für Unterhaltungskunst, des Staatlichen Komitees für Rundfunk, des ZK der SED oder des Kulturministeriums, die mit den Betroffenen (nicht selten schon im Westen) Kompromisse aushandeln wollten. Sie boten bessere Arbeitsbedingungen in der DDR an, versprachen stärkere Medienpräsenz, Fördergelder oder den Reisepaß und waren bei hochkarätigen Künstlern bereit, größte Privilegien zu garantieren. Die Sängerin Veronika Fischer und der Jazz-Rock-Pionier Klaus Lenz lebten z.B. mehrere Jahre mit einem Dauervisum in Westberlin, ohne ihre DDR-Staatsbürgerschaft zu verlieren. Letztlich liefen aber alle Versuche, prominente Musiker zur Rückkehr zu bewegen, ins Leere. Einmal offen ausgebrochen, waren die Konflikte nicht mehr zu schlichten.

Andreas Ludwig: Objektkultur und DDR-Gesellschaft. Aspekte einer Wahrnehmung des Alltags

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/99, S. 3–11

Die Objektkultur der DDR bietet einen spezifischen Zugang zu ihrer Alltags- und Sozialgeschichte. Als bislang weitgehend vernachlässigter Quellenbestand vermag sie Fragestellungen an Lebensweise, alltägliche Praxis und Erfahrungsgeschichte zu vermitteln. Anhand verschiedener Beispiele zeigt der Beitrag Deutungsdimensionen von gesellschaftlicher wie persönlicher Geschichte auf, die sich über Objekte, Anschauung und Kommentierung vermitteln. Gefragt wird nach Sprache und Ästhetik der Alltagskultur, nach biographischen Dimensionen sowie der Spezifik und Vergleichbarkeit der DDR-Objektwelt mit derjenigen der „alten“ Bundesrepublik. Die DDR-Objektkultur wird an einigen Orten der Öffentlichkeit in Form musealer Ausstellungen präsentiert. Sie trägt damit zur Veranschaulichung von alltäglichen Lebensverhältnissen in der DDR bei. Darüber hinaus können Ähnlichkeiten wie Unterschiede zur Konsumwelt und zum Alltagsverhalten in der „alten“ Bundesrepublik dargestellt werden.

Voraussetzung für die Aneignung der Alltagskultur unter historischer Perspektive ist deren vorsorgende Sicherung und Bewahrung in Museen und Sammlungen. Der Beitrag argumentiert vor dem Hintergrund und den Erfahrungen mit einer solchen Sammlung: dem „Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR“ in Eisenhüttenstadt.

Annette Kaminsky: „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“. Konsumpolitik in der DDR.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/99, S. 12–20

In den fünfziger Jahren verkündete die SED offiziell den Kampf an der deutsch-deutschen Konsumfront, den sie eigenen Verlautbarungen zufolge bis 1961 gewonnen haben wollte. Sie hatte nach den politischen Erfahrungen von 1953 erkannt, daß die Legitimierung ihres Machtanspruchs und die Zustimmung unter der Bevölkerung nicht zuletzt davon abhingen, wie es ihr gelang, die nach wie vor bestehenden Versorgungsprobleme zu lösen und die wachsenden Konsumbedürfnisse zu befriedigen.

Während sie in den fünfziger und sechziger Jahren dem selbstgestellten Ziel in Gestalt des im Westen erblickten „Weltstandards“ hinterherjagte, versuchte sie den Blick der Bevölkerung spätestens in den siebziger Jahren verstärkt auf die „sozialistischen Errungenschaften“ in der DDR zu richten und sie so von der ständigen Vergleichsperspektive abzubringen. Die Bevölkerung jedoch trieb die Wirtschaftsbürokraten längst mit ihren hochgesteckten Erwartungen nach einem „allseits verbesserten Lebensniveau und -standard“ vor sich her. Was die SED als positive Bilanz ihrer Politik darzustellen versuchte, war für die Bürger zu Selbstverständlichkeiten geworden, aus deren Vorhandensein sich wenig politisches Kapital oder Zustimmung zur Politik der SED schlagen ließ. Vielmehr dominierte die Kritik an den stetig sich verschlechternden Einkaufs- und Konsummöglichkeiten, die von der Bevölkerung in den achtziger Jahren im Vergleich mit der Bundesrepublik als so mangelhaft empfunden wurden wie zur Zeit der Abschaffung der letzten Rationierungen im Jahre 1958.

Jörg Roesler: Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948–1989

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/99, S. 21–31

Verglichen mit Studenten, Oberschülern und Lehrlingen ist über den Alltag berufstätiger Jugendlicher in der DDR zwischen 18 und 25 Jahren noch wenig bekannt, wenigstens soweit er sich hinter den Werktores vollzog. Zwischen 35 000 (1949) und 575 000 (1986) Jungarbeiter – in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre fast jeder dritte berufstätige Jugendliche – verbrachten ihren Arbeitstag in Jugendbrigaden, unmittelbar angeleitet von einem Jugendbrigadier.

Jugendbrigaden wurden bei der Arbeitsvergabe und Materialverteilung teilweise gegenüber den Brigaden „älterer Werktätiger“ bevorzugt, was wiederholt deren Unmut erregte. Sie standen aber auch mehr als die anderen Brigaden unter politischer Aufsicht der SED, des FDGB und der FDJ, ohne daß diese tatsächlich in der Lage waren, die Jugendbrigaden wirksam zu beeinflussen und zu kontrollieren. Als Vertragspartner, aber auch als Widerpart der Jugendbrigaden zählte vor allem die Werkleitung, deren Verhältnis zu den einerseits wegen ihrer Effektivität geschätzten und andererseits aufgrund ihrer oft unkonventionellen Verhaltensweisen mißtrauisch beäugten Jugendbrigaden stets ambivalent blieb.

Höhepunkt der Entwicklung der Jugendbrigaden war das Frühjahr 1959, als diese – ausgehend von der schnell zur „Starbrigade“ werdenden Bitterfelder Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ – ein Drittel der Mitglieder der „sozialistischen Brigaden“ stellten. Damit machten sie „den Alten“ in den Fabriken – von den Initiatoren der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, leben und lernen“ unerwünschte – Konkurrenz.

Mit den Problemen der Jugendbrigaden mußte sich auch das Politbüro beschäftigen, nachdem es im Mai 1988 auf dem Zeitzer Kongreß der Jugendbrigadiere zu massiver Kritik an der Wirtschaftsführung gekommen war. Versuche einer Wiederbelebung der seit 1987 zahlenmäßig rückläufigen Bewegung der Jugendbrigaden scheiterten. 1989/90 lösten sie sich ebenso sang- und klanglos auf wie die Brigaden ihrer „älteren Kollegen“.

Michael Rauhut: Rockmusik in der DDR. Politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/99, S. 32–38

Rockmusik war in der DDR als Kunstleistung wie im sozialen Gebrauch durch Jugendliche zu keiner Zeit apolitisch. Ihre nicht zu übersehende Relevanz im Alltag der Massen hat sie von Anfang an in das Visier der Kontroll- und Sicherheitsorgane des Staates gerückt. Nach jahrelangen Prinzipiendebatten über Schaden und Nutzen wurde sie mit dem Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 als wichtiger Faktor der Jugendpolitik anerkannt. Der staatliche Umgang mit Rockmusik folgte drei Grundsätzen: Sie sollte sich durch künstlerische Eigenständigkeit von den Produkten des Westens abgrenzen, ihre Rezipienten nach kommunistischem Persönlichkeitsideal erziehen sowie im Alltag sicherheitspolitisch kontrollier- und steuerbar sein. Diese Maximen wurden gesetzlich fixiert und schlugen sich – mehr oder weniger effizient – in der Arbeit der „rockverwaltenden“ Institutionen und Medien nieder.

Ihr spannungsreichstes Verhältnis gingen Rock und Politik in den siebziger Jahren ein. Hier wurden die Extreme der offiziellen Bewertung zwischen euphorischer Förderung und restriktiver Härte ausgelotet. Nach dem Höhepunkt der „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ von 1973 gerieten die alltagskulturellen Phänomene des Rock ins Kreuzfeuer von SED und Stasi. Vereinzelt Zusammenstöße zwischen Fans und Staatsmacht, etwa im Rahmen der 1000-Jahr-Feier der Stadt Altenburg, lieferten die Argumente für ein schärferes Durchgreifen. 1975 wurde mit der Auflösung der Klaus Renft Combo das erste Berufsverbot über eine DDR-Band verhängt. Zahlreiche Musiker sahen bald in der Ausreise gen Westen den einzigen Weg aus einer sich zuspitzenden Identitäts- und Schaffenskrise.